

Stenographisches Protokoll

50. (verlangte) Sitzung des Kärntner Landtages – 30. Gesetzgebungsperiode
Mittwoch, 19. September 2012

Inhalt

Fragestunde (S. 5273)

Aktuelle Stunde (S. 5275)

Antragsteller: F-Klub

Thema: „Die Auswirkungen der Bundesheerreform auf die Feuerwehren, die Rettungsorganisationen, den Katastrophenschutz und sonstige Freiwilligenorganisationen in Kärnten“

Redner: Dipl.-Ing. Gallo (S. 5275), Schober (S. 5276), Ing. Hueter (S. 5277), Holub (S. 5278), Zellot (S. 5279), Obex-Mischitz (S. 5280), Poglitsch (S. 5281), Mag. Ragger (S. 5283), Ing. Rohr (S. 5284), Wieser (S. 5285), Gritsch (S. 5286), Köchl (S. 5287)

Zur Geschäftsordnung: Schober (S. 5289), Ing. Rohr (S. 5289)

Tagesordnung (S. 5289)

1. Ldtgs.Zl. 94-12/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Föderalismus-, Volksgruppen-, Flüchtlings- und Immunitätsangelegenheiten betreffend Änderung des Gesetzes, mit dem die Kärntner Landesverfassung, das Gesetz über die Geschäftsordnung des Kärntner Landtages und das Kärntner Landesrechnungshofgesetz 1996 geändert werden

./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatter: Grebenjak (S. 5290)

Redner: Holub (S. 5290), Ing. Rohr (S. 5291), Dipl.-Ing. Gallo (S. 5292), Ing. Hueter (S. 5293), Mag. Tauschitz (S. 5294)

Antrag auf Rückverweisung gem. § 60 Abs. 5 K-LTGO (S. 5293)

Einstimmige Annahme (S. 5294)

Gemeinsame Generaldebatte zu TOP 2 und TOP 3 (S. 5294)

2. Ldtgs.Zl. 13-9/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Föderalismus-, Volksgruppen-, Flüchtlings- und Immunitätsangelegenheiten zur Regierungsvorlage betreffend die Verordnung der Landesregierung vom 7. August 2012, mit der die Referatseinteilung geändert wird

Berichterstatter: Grebenjak (S. 5294)

Einstimmige Annahme (S. 5295)

3. Ldtgs.Zl. 13-10/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Föderalismus-, Volksgruppen-, Flüchtlings-, und Immunitätsangelegenheiten betreffend die Verordnung der Landesregierung vom 3. September 2012, mit der die Referatseinteilung erlassen wird

Berichterstatter: Grebenjak (S. 5295)

Mehrheitliche Annahme (F: ja, SPÖ: nein, ÖVP: ja, Grüne: nein) (S. 5296)

4. Ldtgs.Zl. 39-31/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Infrastruktur, Wohnbau, Verkehr, Straßen- und Brückenbau, Bau- und Energiewesen und Feuerwehr betreffend die Petition vom 31.5.2012 betreffend Generalsanierung der Amlacher Landesstraße L 3 überreicht durch Abgeordneten Mandl

Berichterstatter: Mandl (S. 5296)

Redner: Ing. Haas (S. 5296), Ing. Ebner (S. 5297, 5298), Ing. Hueter (S. 5297), Holub (S. 5298)

Mehrheitliche Annahme (F: ja, SPÖ: ja, ÖVP: ja, Grüne: nein) (S. 5299)

5. Ldtgs.Zl. 137-6/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Budget, Landeshaushalt und Finanzen betreffend Budgetierung des Inklusionsprozesses in Kärnten

Berichterstatter: Poglitsch (S. 5299)

Redner: Dr. Lesjak (S. 5299), Adlassnig (S. 5300), Obex-Mischitz (S. 5301), Trettenbrein (S. 5302)

Einstimmige Annahme (S. 5302)

6. Ldtgs.Zl. 147-6/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Budget, Landeshaushalt und Finanzen betreffend Auflösung des Kärntner Landtages vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode Neuwahlen JETZT

Berichterstatter: Leikam (S. 5302)

Redner: Grebenjak (S. 5303), Strauß (S. 5303), Dr. Lesjak (S. 5305), Holub (S. 5307), Köchl (S. 5308), Mag. Darmann (S. 5310, 5321, 5324), Ing. Rohr (S. 5316),

Ing. Hueter (S. 5319), Mag. Cernic (S. 5322)

Zur Geschäftsordnung: Ing. Rohr (Antrag Vertagung gemäß § 60 Abs. 5 K-LTGO) (S. 5319)

Abstimmung zur Vertagung (mehrheitliche Annahme – Lobnig, Dipl.-Ing. Gallo, Mag. Darmann: nein, SPÖ: ja, ÖVP: ja, Grüne: ja) (S. 5325)

7. Ldtgs.Zl. 147-9/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Budget, Landeshaushalt und Finanzen betreffend Auflösung des Kärntner Landtages vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode Neuwahlen JETZT

./. mit Gesetzentwurf

Berichterstatter: Leikam (S. 5325)

Notwendiges Präsenzquorum von 2/3 der Abgeordneten ist nicht gegeben, daher Schließung der Sitzung durch den Präsidenten gem. § 65 Abs. 6 K-LTGO (S. 5326)

Beginn: Mittwoch, 19.9.2012, 11.04 Uhr

Ende: Mittwoch, 19.9.2012, 15.05 Uhr

Beginn der Sitzung: 11.04 Uhr

V o r s i t z : Erster Präsident **Lobnig**, Zweiter Präsident **Schober**, Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo**

A n w e s e n d : 34 Abgeordnete

E n t s c h u l d i g t : **Seiser, Jantschgi**

Mitglieder der Landesregierung:
Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Scheuch**, Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Dr. Kaiser**, Landesrat **Mag. Ragger**, Landesrätin **Dr. Prettnner**

E n t s c h u l d i g t : Landeshauptmann **Dörfler**, Landesrat **Dr. Waldner**

B u n d e s r ä t e : **Mitterer, Pirolt, Blatnik**

E n t s c h u l d i g t : **Petritz**

S c h r i f t f ü h r e r : Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich begrüße Sie zur 50. Sitzung des Kärntner Landtages, eine Jubiläumssitzung! Es ist eine verlangte Sitzung. Gemäß § 44 Abs. 2 K-LTGO haben die Antragsteller die Behandlung eines Dringlichkeitsantrages zum Thema „Neuwahlen JETZT“ angekündigt. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich darf Sie alle ganz, ganz herzlich begrüßen sowie die Gäste auf der Zuschauergalerie! Herzlich willkommen! Ich begrüße auch die Vertreter der Medien sowie alle Vertreter, die via Internet unsere Sitzung mitverfolgen! Geschätzte Damen und Herren, ich begrüße natürlich auch die Vertreter des Bundesrates, die Bundesrätin, die Bundesräte sind anwesend sowie die Regierungsmitglieder, allen voran den Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Kurt Scheuch sowie Frau

Lobnig

Landesrätin Dr. Beate Prettner und Herrn Landesrat Mag. Christian Ragger! Andere weitere Regierungsmitglieder müssten noch folgen, mit Ausnahme derer, die sich für die heutige Sitzung entschuldigt haben, der Herr Landeshauptmann Gerhard Dörfler, er weilt im Ausland. Der Herr Landesrat Dr. Wolfgang Waldner hat sich entschuldigt sowie die Abgeordneten Herren Herwig Seiser und Hermann Jantschgi wegen Krankheit. Wir wünschen ihnen von dieser Stelle

aus baldige Genesung, damit sie ihre Arbeit auch zum Wohle der Kärntnerinnen und Kärntner hier im Hohen Hause wieder aufnehmen können! Ich begrüße von der Fachbeamtenschaft den Landesamtsdirektor Dr. Dieter Platzer sowie die weiteren Beamten, die heute hier von den Regierungsbüros an der Sitzung teilnehmen und hier anwesend sind!

Geschätzte Damen und Herren! Wir kommen nun am Beginn dieser Sitzung zur

Fragestunde

Ich komme zur Aufrufung der 1. Anfrage:

**1. Ldtgs.Zl. 368/M/30:
Anfrage des Abgeordneten Strauß an
Landesrätin Dr. Prettner**

Ich ersuche nun, die Frage zu stellen!

Abgeordneter **Strauß** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Kärntner Landtages, aber auch auf der Zuhörertribüne und via Internet! (3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: *Bist du überhaupt zuständig?*) Ich darf Sie jedenfalls recht herzlich begrüßen! Ich begrüße auch recht herzlich die Energiereferentin, Frau Dr.^m Prettner! Sehr geschätzte Frau Landesrätin! Nachdem ja die Kärntner Medien vorige Woche sehr intensiv über den geplanten Verkauf von Landesvermögen an die RWE berichtet haben und dementsprechend auch der Unmut in der Kärntner Bevölkerung schon zu spüren ist:

Wie stehen Sie als Energiereferentin des Landes Kärnten zum beabsichtigten Verkauf von Landesvermögen, in Form von Anteilen der Kärntner Energieholding an die RWE?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Frau Landesrätin, Sie sind nun am Wort! Bitte, zu sprechen!

Landesrätin **Dr. Prettner** (SPÖ):

Herr Abgeordneter! Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne! Ich möchte zu Ihrer Fragestellung vielleicht gleich eingangs einmal mein Befremden über die Information zu diesem Thema kundtun, denn ich als zuständige Energiereferentin habe vom Verkauf der Kelag-Aktien des Landes Kärnten durch Medien erfahren, und zwar war am 10. Juli 2012, am Morgen der Regierungssitzung, ein Artikel in der Kleinen Zeitung mit der Überschrift: „Land verkauft wieder Kelag-Anteile an die RWE.“ Da möchte ich schon etwas ganz klar zurückweisen, dass das Land Kärnten, das hier im Landtag durch die Herren Abgeordneten und die Frauen Abgeordneten und in Form der Regierungsmitglieder repräsentiert wird, nicht gefragt wurde! Diese Entscheidung war ein Alleingang des Finanzreferenten, der sich in höchster Eile und im stillen Kämmerlein diesen Verkauf ausgedacht – ich hoffe, dass er ihn nicht durchziehen wird – und ihn eingeleitet hat. Hier einmal das erste Befremden meinerseits, dass es vor dem 10. Juli keine Informationen zu diesem Thema gegeben hat und dass wir in der Regierungssitzung mit der Art und Weise der Abwicklung konfrontiert worden sind. Da fragt sich jede Kärntnerin und jeder Kärntner und ich als Energiereferentin frage mich: Warum verkauft man Kärntner Anteile an der Kelag? Und zwar, wenn ich mir vor Augen führe, dass die Kelag eines der bestfunktionierenden Unternehmen im Lande Kärnten ist, dass die Kelag mit hoher Identität für Kärntnerinnen und Kärntner ausgestattet ist, denn es gibt 1.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sehr, sehr zufrieden

Dr. Prettnner

sind. Es ist eine Lehrlingsausbildungsstätte, die es in diesem Ausmaß nur sehr selten gibt. Über 100 Lehrlinge haben hier die Chance, eine Lehrstelle und in weiterer Folge auch ein Berufsleben bei der Kelag zu absolvieren. Das fragt man sich natürlich auch, wenn man die Zahlen ansieht, dass die Kelag in den letzten 17 Jahren eine Wertsteigerung von sagenhafter Vervierfachung geschafft hat. Das heißt, im Jahre 1995 war der Wert der Kelag bei 420 Millionen, derzeit sind wir bei 1,7 Milliarden Wert, also eine Vervierfachung des Wertes. Hier gibt es noch einige hard facts zu nennen, nämlich, dass die Kelag den Umsatz von 365 Millionen Euro im Jahr 2001 innerhalb von zehn Jahren auf 1,66 Milliarden Euro steigern konnte. Die Investitionen wurden von 45 Millionen Euro im gleichen Zeitraum auf 173 Millionen Euro gesteigert: Halten eines A-Ratings und damit einer Spitzenposition unter Energieunternehmen im europäischen Raum, Erweiterung der heimischen Wasserkraft, nämlich unserer Wasserkraft, Wasser in Kärnten, von 850 Megawatt 2001 auf 1.210 Megawatt wird es im Jahr 2014 sein. Hier sind vor allem die Investitionen in die Großbaustelle, in die größte Energiebaustelle am Reißbeck mit hinzuzurechnen. 191 Millionen investiert die Kelag dort. Die Kelag hat gerade ein Kraftwerk in Tröpolach, das in Umsetzung ist. Es ist eine Photovoltaik-Anlage fertiggestellt worden in St. Veit, ein Biomassewerk in Villach fertiggestellt, mit Anfang des Jahres in Betrieb gegangen. Ein Biomassekraftwerk wird gerade errichtet in Spittal. Der Spatenstich hat vorige Woche stattgefunden. Die Kelag hat ihre Beteiligung bei der Restmüllverwertung (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) aufgestockt. Das heißt, hier gab es eine enorme Wertsteigerung. Hier gibt es auch enorme Gewinne für das Land Kärnten, allein im letzten Jahr eine Dividende von 10 Millionen Euro, die dem Budget des Landes Kärnten zufließt. Da fragt man sich: Warum verkauft man so ein Unternehmen? Warum verkauft der Finanzlandesrat? Hier muss man sagen, wahrscheinlich hat er seine Lehre beim damaligen Landeshauptmann absolviert, der den Hypo-Verkauf (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen! Die Redezeit ist abgelaufen! – 3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Was reden Sie da? Er hat ja nicht das Unternehmen verkauft!*) in

ähnlicher Art und Weise abgewickelt hat. Es ist ein Verrat an den Kärntnerinnen und Kärntnern, wenn man diese Anteile verkauft und den Landtag damit nicht befasst! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und von Zuschauern auf der Zuhörertribüne.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Ich darf bitte darauf aufmerksam machen, dass Beifallskundgebungen von der Zuhörertribüne aus nicht erlaubt sind. Bitte, sich daran zu halten! Ich darf nun fragen, gibt es von der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall! Von der ÖVP-Fraktion? – Auch nicht! Bitte, Herr Abgeordneter, dann haben Sie die Möglichkeit der Zusatzfrage!

Abgeordneter **Strauß** (SPÖ):

Danke, keine Zusatzfrage!

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Somit ist die Frage beantwortet. Hohes Haus! Die 2. Anfrage:

2. Ldtgs.Zl. 369/M/30:

Anfrage des Abgeordneten Zellot an Landesrat Dr. Waldner

Die Anfrage kann nicht aufgerufen werden, da das zuständige Regierungsmitglied, Landesrat Dr. Waldner, heute nicht anwesend ist. Ich frage daher den Abgeordneten, ob er diese Anfrage mündlich oder schriftlich beantwortet wissen möchte? Herr Abgeordneter Zellot: Wollen Sie diese Anfrage schriftlich oder mündlich? (*Abg. Zellot: Mündlich!*) Mündlich bei der nächsten Sitzung. Es wird so vorgegangen.

Hohes Haus! Wir kommen somit zur Durchführung der Aktuellen Stunde.

Lobnig

Aktuelle Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des freiheitlichen Landtagsklubs vor. Nach dem Rotationsprinzip sind die Freiheitlichen an der Reihe. Das Thema lautet: „Die Auswirkungen der Bundesheerreform auf die Feuerwehren, die Rettungsorganisationen, den Katastrophenschutz und sonstige Freiwilligenorganisationen in Kärnten.“ Ich erteile als erstem Redner der antragstellenden Fraktion das Wort, und zwar hat sich gemeldet der Dritte Präsident Dipl.-Ing. Gallo. Ich erteile dir das Wort! Ich darf nun ersuchen, zu sprechen! Bitte sehr!

Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer, wo immer Sie auch sind! Noch nie in der jahrzehntelangen Geschichte des Österreichischen Bundesheeres hat es das gegeben, was wir derzeit erleben. Der amtierende, der zuständige Bundesminister kämpft gegen die eigenen Truppen! Er demontiert die Führung, die er teilweise selbst geholt hat. Und er will sowohl dem Bundesheer als auch den Freiwilligen-, Rettungs- und Hilfsdiensten die Grundlage, das Fundament entziehen mit sinnlosen Zahlenspielen. Sowohl hinsichtlich der Kosten als auch der Mannschaftsstärken argumentiert er sein Tun mit Professionalisierung und Qualitätssteigerung. Dabei erweist sich der Herr Minister Darabos eher als hilflos, planlos, sinnlos, wertlos. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Darabos' Koalitionspartner in Wien steht habt acht, meckert ein wenig und das war es dann schon. Der Herr Oberbefehlshaber des Bundesheeres, unser Herr Bundespräsident, schweigt wieder einmal. So schön kann Überparteilichkeit sein. (*Abg. Zwanziger: So schaut's aus!*) Am 20. Jänner nächsten Jahres soll jetzt das Volk befragt werden mit Fragen, die maximal den kleinsten, gemeinsamen Nenner der Wiener Koalition darstellen. Denn die wesentliche Frage dabei wird nicht gestellt, nämlich was sind die Ziele, die Aufgaben für das österreichische Bundesheer, was brauche ich zur Erfüllung und in welchem Umfang? Das heißt, was will ich, welche Anforderungen stelle ich sowohl an das Bundesheer als auch die sozialen

Rettungs- und Hilfsdienste, an die Freiwilligen von Feuerwehr, Wasserrettung, Bergrettung usw. und wie definiere ich dieses Ziel und wie erreiche ich es? Das Motto jetzt lautet daher „Ich weiß zwar nicht wohin, dafür bin ich als Erster dort.“ Der Herr Minister hat das sehr schön vorgezeigt. Am 30. September des Vorjahres war bei ihm die Wehrpflicht noch in Stein gemeißelt. Einen Tag später, am 1. Oktober, fordert er die Abschaffung der Wehrpflicht. Kein Wort hört man interessanterweise auch jetzt darüber, dass bei der Abschaffung der Wehrpflicht auch die Abschaffung der Neutralität diskutiert werden muss, denn eines muss man dennoch klar aussprechen: Wenn sich der Herr Minister durchsetzt, dann wird die Waffengewalt in Österreich in die Hände einiger Söldner gelegt. Und die Frage ist, wollen wir das? Dass von SPÖ und Darabos auch der Zivildienst abgeschafft werden soll, ist noch schlimmer, denn diese Abschaffung ist ein Stich ins Herz der Freiwilligkeit, der Kameradschaft und des Idealismus. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Es gibt dazu keine Lösungen, nur Beruhigungspillen für die Menschen, das Chaos ist vorprogrammiert. Nicht verschweigen darf ich, dass es mit der Abschaffung der Wehrpflicht auch zu Kasernenschließungen kommen wird. Das hat mit Wirtschaftskraft für die Regionen, wo die sind, mit Arbeitsplätzen, mit Arbeitsplätzen der Zulieferer und deren Wirtschaftskraft viel zu tun. Das sollte man auch aussprechen. Schon jetzt werden Ausrüstungsgegenstände, wie zum Beispiel Panzer verkauft. Das sieht so aus, wie wenn eine Freiwillige Feuerwehr, nur weil seit ein paar Jahren kein Brand zu löschen war, ihre Löschfahrzeuge verkaufen würde. Ein Aus bei der Abschaffung der Wehrpflicht gibt es auch für die Militärmusik, auch das sage ich hier im vollen Bewusstsein. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Argument, dass da lautet, durch das Berufsheer würde das Ganze – auch für den Katastrophenschutz – in professionelle Hände gelegt und damit eine Qualität gesteigert, hinkt. Denn waren die, die bisher unter Einsatz ihres Lebens gerettet, geborgen, geschützt und geholfen haben, Stümper oder Dilettanten? Diese Aussage ist in Wirklichkeit eine Beleidigung all jener, die ihr Menschenleben

Dipl.-Ing. Gallo

eingesetzt haben für die Allgemeinheit! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Und nicht weniger schlimm ist die Geringschätzung, die zuletzt auch ein Kabarettist, nicht unserer hier, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) sondern ein österreichischer gesagt hat, nämlich dass Soldaten im Schlamm herumschippeln würden. Auch das ist eine Beleidigung, die ich hier zurückweise, sondern ganz im Gegenteil, ich danke allen, die immer wieder geholfen haben und weiter helfen werden! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Ich komme zum Schluss. Als heimat-treue Kärntner und Mitglieder einer Familienpartei sind wir stolz auf die Geschichte unseres Landes, wir bekennen uns daher nicht nur dazu, sondern auch dazu, unsere Heimat, wie es in der Verfassung heißt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen und ehrenamtliches Wirken auch maximal zu unterstützen! Daher Ja zur Wehrpflicht, Ja zum Zivildienst, (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) es lebe das Österreichische Bundesheer! Daher bitte ich um Unterstützung der Petition, die wir aufgelegt haben, denn auch das ist Schutz der Heimat! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächster Redner am Wort ist der Zweite Präsident Rudolf Schober und ich ersuche dich, zu sprechen. Bitte, Herr Präsident!

Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine geschätzten Damen und Herren auf der Zuschauertribüne! Die österreichische Bundesregierung hat eine Vorgabe gemacht, nämlich, dass am 20. Jänner eine Volksbefragung durchzuführen ist. Als Land und vor allem als politische Partei haben wir die Verpflichtung, die Bevölkerung sachlich korrekt und vor allem ehrlich (*3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Wendehals!*) aufzuklären, zu informieren und ihnen alle Vor- und Nachteile aufzuzeigen. Eine parteipolitische Einflussnahme oder gar dieses Thema als Wahlkampfthema zu verwenden, halte ich schlichtweg für ungeeignet und ich sage es ganz offen, das ist aus meiner Sicht auch verantwortungslos. Seien wir ehrlich, die Bedrohungslage hat sich Gott sei Dank wesentlich

verändert und wenn ein System besser sein soll, dann sollte man darüber zumindest diskutieren. Es ist ein Fixum, wir brauchen das österreichische Bundesheer einerseits für den Katastrophenschutz. Deshalb müssen wir uns unbedingt dafür einsetzen, dass das Pionierbataillon in Kärnten zu verbleiben hat, wir müssen uns unbedingt dafür einsetzen, dass der Hubschrauberstützpunkt in Klagenfurt zu verbleiben hat. Zweitens brauchen wir das österreichische Bundesheer zur Aufrechterhaltung der friedenserhaltenden Maßnahmen. Und ich sage Ihnen eines, ich habe im Jahre 1992 miterlebt, als mein damals 18-jähriger Sohn einrücken hätte sollen, als es an der Grenze zu – damals noch – Jugoslawien gekriselt hat. Ich hatte meine Bedenken. Ein junger Mann mit 18 Jahren, null Ahnung, hätte einrücken sollen. Gott sei Dank hat es damals einen nunmehr in Pension befindlichen Militärkommandanten Spath gegeben, der es untersagt hat, dass die Jungmänner dort an dieser Grenze ihren Dienst zu versehen hätten. Und eine Selbstverständlichkeit ist, dass all jene Organisationen, die heute von Zivildienern bedeckt werden, dass diese Arbeit, auf welche Art auch immer, zu machen ist. Ich sage Ihnen jetzt eines: Ob mit oder ohne Wehrpflicht, das österreichische Bundesheer ist in dieser Situation, in der es sich derzeit befindet, nicht in der Lage, alle ihm gestellten Aufgaben, die ihm aufgrund des Gesetzes vorgegeben sind, zu erfüllen. (*3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Ja, weil der Darabos ... – Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Warum sind sie nicht zu erfüllen? (*Abg. Poglitsch: ... Das ist ja unglaublich!*) Ich darf vielleicht bitten, dass man mich ausreden lässt! (*Der Vorsitzende, die Glocke läutend: Bitte am Wort ist der Präsident! Bitte um Aufmerksamkeit!*) Liebe Freunde von FPÖ und ÖVP, ich darf euch schon daran erinnern, dass im Jahre 2001 ein damaliger Verteidigungsminister Scheibner damit begonnen hat, das österreichische Bundesheer zu reformieren und vor allem zu reduzieren, die Mannstärke von 110.000 auf 55.000 zu reduzieren. Ich darf schon daran erinnern, dass ein damaliger Verteidigungsminister Platter, der ÖVP zugehörig, eine weitere populistische Maßnahme gesetzt hat, nämlich den Wehrdienst auf sechs Monate zu verkürzen, den Zivildienst auf sechs Monate zu verkürzen und vor allem den Milizdienst abzuschaffen. Und diesen „Pinkel“, um es kärntnerisch zu bezeichnen, hat der nunmehrige Verteidigungsminister Norbert Darabos zu überneh-

Schober

men gehabt. Die wohl populistischste Maßnahme, meine geschätzten Damen und Herren, war die größte Fehlentwicklung dieser Republik, nämlich die Anschaffung der Abfangjäger. In dem Wissen, dass man das österreichische Bundesheer reduziert, wurden diese sündteuren Gerätschaften angeschafft. Und ich frage euch: Was ist denn mit diesen viel versprochenen Gegengeschäften geworden? Ich kann Ihnen sagen, das hat alles in kriminellen Machenschaften geendet. Und wenn man von der Neutralität spricht, die Schweiz und Schweden haben auch die Neutralität, aber den Wehrdienst haben sie sicher nicht. (*Abg. Rossmann: Die haben aber auch Abfangjäger!*) Deshalb, meine geschätzten Damen und Herren, denke ich, wir sollten ehrlich daran gehen, (*3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Dann fang bei dir an!*) diese Diskussion zu führen, wir sollten damit verbinden, dass vor allem jene Organisationen, die Zivildienstler, die sogenannten Zivis haben, auch die nötige Ausrüstung haben. Und ich sage Ihnen noch etwas: Wenn heute jemand bei der Feuerwehr ist, wenn er beim Roten Kreuz ist (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) oder wo auch immer, dann ist seine Grundeinstellung so, einem Menschen, der in Not geraten ist, zu helfen. Wir werden das mit den vorhandenen Zivis in dieser Art oder in einer neuen Organisation mit Sicherheit auch schaffen. Und zum Schluss noch einen Satz. Ich halte es für völlig unangebracht, dass eine politische Partei in Kärnten sagt, wir Kärntner wollen die Wehrpflicht aufrecht erhalten. Das ist immer noch aufgrund der Volksbefragung den Damen und Herren, den Kärntnerinnen und Kärntnern vorbehalten und überlassen. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Ing. Ferdinand Hueter und ich erteile dir das Wort. Bitte!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren auf der Zusehertribüne und zu Hause an den Internetschirmen! Von unserer Seite ist ganz klar zu erkennen, die ÖVP ist ganz klar für die Beibehaltung der Wehrpflicht (*Bei-*

fall von der ÖVP-Fraktion.) und zwar deswegen, weil sie sich bewährt hat. Ich glaube, man spielt wirklich nicht mit dem Feuer. Gerade das, was man jetzt hört und einige Vorredner haben das bereits erkannt, wenn sogar der Verteidigungsminister selbst das Bundesheer in Frage stellt, (*Abg. Tiefnig: Die Wehrpflicht!*) dann braucht man nicht mehr viel dazu erklären, weil ich glaube, der müsste normal zu 100 Prozent hinter dem Bundesheer stehen. (*Zwischenruf aus der F-Fraktion.*) Das ist etwas anderes, dass er nicht beim Bundesheer war, das verzeihe ich jedem, weil es kann jeder täglich klüger werden. Bei der Diskussion jetzt hin zu einem Berufsheer, da muss ich wirklich mit offenen Karten und vor allem mit der ganzen Wahrheit reden. Ich glaube, man braucht sich nur ein bisschen umzuhören, auch auf höchster Ebene in SPÖ-Kreisen ist das ja nicht eine ungeteilte oder uneingeschränkte Befürwortung, da gibt es sehr viele Skeptiker, auch bei Landeshauptleuten, Voves, Burgstaller seien genannt, auch der Wehrsprecher der SPÖ. (*Abg. Tiefnig: ÖVP auch!*) Ja, wird es auch ein paar geben! Aber von unserer Seite gibt es ein eindeutiges Ja zur Wehrpflicht und ein eindeutiges Ja zum österreichischen Bundesheer. Vor allem muss man eines auch wissen: Wenn man heute über das Bundesheer so ganz oberflächlich diskutiert, dann redet man von gewissen Dingen wie vom Zivildienst und all diesen Sachen quasi gar nicht. Genau unsere Zivilorganisationen, Caritas sei hier genannt, Rotes Kreuz, Altenheime, Diakonie, Hilfswerk, Jugendschlafstelle, Krankenhäuser, Kärntner Volkshilfe, Samariterbund, SOS Kinderdorf, Kärntner Landesfeuerwehrverband, und, und, und, ohne die Zivildienstler wäre vieles in unserem Sozialbereich gar nicht aufrecht zu erhalten. Ich glaube, das müssen wir ehrlich diskutieren. Das ist für eine politische Auseinandersetzung nicht die richtige Spielweise, man sollte da wirklich zurück zur Tagesordnung, zurück auf den Boden der Realität gehen. Man wäre auch dem Bundesheer und vor allem jenen, die sich da zu 100 Prozent einsetzen, sprich dem Kaderpersonal gegenüber ja äußerst unfair, heute bereits quasi zu sagen, eure Arbeit war nicht ganz richtig, wir brauchen ein Berufsheer und, und, und, weil es vielleicht in anderen europäischen Staaten so ist. Man sollte schon ein bisschen über die Grenzen hinausschauen nach Deutschland. Die haben jetzt schon Riesensprobleme bei der Lukrierung der Soldaten. Das geht nicht so auf Knopfdruck, wir

Ing. Hueter

brauchen jetzt 20.000 Mann und jedes Jahr was weiß ich noch alles. Das Zweite, das auch erwähnenswert ist, ist der Altersschnitt, ich glaube, das ist nicht ganz ohne. Da sind noch so viele Fragezeichen dabei und ich würde eines sagen, dass man reformieren und dass man auch im jetzigen System Verbesserungen durchführen kann und auch muss, da sind wir überhaupt nicht dagegen, ganz im Gegenteil, aber bei der Wehrpflicht sind wir zu 100 Prozent dafür.

Für die Gemeinden ist der Katastrophenschutz unserer Bevölkerung, glaube ich, auch ein ganz wesentlicher Bereich, gerade in Kärnten als einem alpinen Land. Denkt einmal bitte nach, wer soll das machen? Heuer im Sommer haben wir das erlebt in der Steiermark und zum Teil auch bei uns, die ganzen Hochwässer. Im Winter mit den Lawineneinsätzen: Ich verweise auf den Winter 2008, da haben wir in Kärnten 180 Soldaten abgestellt gehabt, die im oberen Gailtal die Häuser abgeschaufelt haben. Wer soll denn das tun? Wenn mir da einer sagt, wer das alles machen wird und ein besseres Angebot bringt, bitte herbei damit! Der Brand am Tabor im Drautal 2002 hat es gezeigt, da war das Bundesheer drei Wochen lang im Einsatz. Bitte stellen Sie sich das vor und das war auch auf höchster Ebene im Bund der Fall, dass wirklich einige gemeint haben, wenn wir das Bundesheer abschaffen, dann wird das die Freiwilligkeit, die Feuerwehr 1 : 1 übernehmen. Wer das auch nur einmal ange-dacht hat, der kennt sich so viel aus wie die Kuh beim Schifahren, weil es ist unerträglich, zu glauben, dass eine Feuerwehr heute drei Wochen lang solche Katastropheneinsätze auszuhalten hat. Das ist unmöglich! Wenn man nur ein bisschen in die Feuerwehr hineindenkt, wir sind jetzt schon am Limit und diese Aufgabenbereiche im Katastrophenschutz können wir als Feuerwehr gar nicht machen. Deshalb glaube ich, sollte man, um das Paket wirklich abzurunden, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) – Danke, Herr Präsident! – wirklich auf den Boden der Realität zurückkehren. Wir als ÖVP sagen ganz klar Ja zur Wehrpflicht, Ja zu Verbesserungsvorschlägen, aber Nein zu einer Diskussion, so wie sie jetzt geführt wird, Nein zu einem Berufsheer, weil wir ganz einfach glauben, das heutige Bundesheer erfüllt die Aufgaben zu 100 Prozent. Sie sind wirklich tüchtig, sie sind wirklich gut und deshalb sehen wir überhaupt keine Veranlassung, hier irgendwas zu verändern. In

diesem Sinne ja zur Wehrpflicht! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Holub und ich erteile dir das Wort. Bitte!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Danke schön, Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist schon interessant, wie sich die Meinungen änderten in den letzten 30 Jahren. Ich kann mich erinnern, im Jahr '74 habe ich als erster Kärntner um den Zivildienst angesucht.

Ich musste eine Kommission bestehen, die mich stundenlang befragt hat, was mir da einfällt, dass ich auf niemanden schießen will. Ich musste sogar psychiatrische Atteste vorlegen, weil ich keine Waffe in die Hand nehmen wollte. Die, die eine Waffe in die Hand nehmen wollten, mussten keine psychiatrischen Atteste bestehen oder bekommen oder ansuchen. Das ist schon ein interessanter Ansatz, wenn man jetzt dann am 20. Jänner darüber das Volk befragt: Wo soll man denn eigentlich hingehen? Was ist denn in den Jahren passiert? Der Zivildienst hat sich etabliert, weil es eine Alternative zur Zwangsverpflichtung war, nicht mit der Waffe zu dienen. Jetzt ist der Zivildienst so viel größer und so viel wichtiger geworden, dass man aufgrund der gesetzlichen Verquickung von Wehrdienst und Zivildienst da nicht mehr hinauskommt, weil man den Zivildienst so braucht. Das ist ja auch nicht eine logische Geschichte, dass ich aufgrund des Bundesheeres jetzt Angst um den Zivildienst haben muss. Aber was ist noch passiert? Vor lauter Populismus haben viele Parteien, die an der Macht waren, immer wieder geschaut, wie entspreche ich dem Volk am meisten. Und das arme Bundesheer hat einmal links hinspringen müssen, einmal rechts hinspringen müssen, einmal waren es neun Monate, einmal waren es acht Monate, einmal sechs Monate, dann war es zweimal je drei Monate geteilt. Ich kann mich noch erinnern, der Zivildienst ist ähnlich geblieben. Ich habe damals, glaube ich, noch ein Jahr gemacht statt neun Monaten. Die anderen machen jetzt nur mehr neun Monate. Sei es, wie es sei, ich habe sehr viel gelernt. Ich bin

Holub

auch nicht böse auf die Zeit. Ich bin noch über zehn Jahre freiwillig beim Roten Kreuz geblieben und habe viel mehr Blut dort gesehen als in der Politik heutzutage, obwohl das manche anders sehen. Für mich war es wichtig, ich habe viel gelernt. Man sieht jetzt, dass die Zivildienstler in Österreich die Macht übernommen haben: Faymann, Darabos und Holub. Man sieht, dass die Zivildienstler langsam anfangen, das Bundesheer umzukrempeln. Das ist auch nicht, glaube ich, die richtige Art und Weise, dass man unbedingt die Zivildienstler dem Bundesheer vorsetzen muss, dass das Bundesheer eigentlich an seinen Aufgaben gehindert und nicht bestärkt wurde. Die Politiker haben immer geschaut, was will das Volk haben und nicht, was braucht das Militär. Seitdem ich in der Politik bin und mit dem Bundesheer ein sehr, sehr gutes Einvernehmen habe und wir uns gegenseitig schätzen, weil wir von der anderen Seite kommen, ist der Respekt eigentlich ein sehr ehrlicher. Es ist für mich nachvollziehbar, dass die ihre Aufgaben eben nicht machen können. Wir haben eine andere Welt, wir haben eine andere Bedrohung, wir haben eine andere Sicherheitspolitik und wir haben vor allem eine andere demografische Entwicklung. Wir haben nicht mehr so viele junge Leute. Es macht absolut keinen Sinn, Menschen sechs Monate auszubilden und dann nach Hause zu schicken und dann die Nächsten sechs Monate auszubilden. (*Abg. Rossmann: Was ist mit der Miliz?*) Stellt euch vor, das würde man in der Medizin machen, dann hätte man lauter unfertige Ärzte. Alle würden nur an Krankheiten sterben. Das funktioniert so nicht! Die Grünen sind seit 30 Jahren, seitdem es sie gibt, immer gegen eine Zwangsverpflichtung gewesen. Ein freiwilliges Heer Ja, und von mir aus Berufswege, die da sind: Zehn Jahre in der Politik und die restliche Zeit bei der Polizei. Natürlich nicht so eine Ghettoisierung und eine schlechte Bezahlung, dass nur bestimmte Berufs- oder nicht Berufsgruppen da hineinkommen. Aber wenn wir uns jetzt ansehen, 17 Länder in Europa – von Albanien bis Ungarn – haben die Wehrpflicht abgeschafft. Wir sind ja nur mehr in Gesellschaft von Estland, Finnland und Griechenland, die die Wehrpflicht haben. (*Abg. Zwanziger: Das sind neutrale Staaten!*) Es geht auch den jungen Menschen eine Zeit verloren. Es geht Ausbildung verloren. Es lässt sich ausrechnen, dass es wirklich sehr viel billiger ist. Die Ausbildung kostet im Moment 213 Millio-

nen und nachher kostet sie 39 Millionen. Das ist ja nicht nichts! Trotzdem werden wir eine neue Sicherheitsdoktrin brauchen. Wir müssen sehen, die Bedrohungen kommen jetzt nicht unbedingt am Land von außen. Wir werden auf die großen Panzer verzichten müssen, die wir vielleicht nur mehr ausstellen werden. Wir werden ganz andere Probleme haben, nämlich, da ist der Terrorismus, da ist die Energiefrage, da werden Klimaflüchtlinge sein, und, und, und, auch die ganze Integration. (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) Aber auch die geistige Landesverteidigung, wo so mancher in Österreich und in Kärnten unbewaffnet ist, ist natürlich auch eine große Herausforderung. Ich würde sagen, wenn der Kurt Scheuch schon sagt, 20. Jänner, Volksabstimmung oder Volksbefragung, warum nicht? Aber warum auch nicht die Wahl so früh wie möglich, damit Kärnten auch ein bisschen freier wird, sonst rufen wir das Bundesheer. Danke schön! (*Einzelbeifall von Abg. Dr. Lesjak.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich auf der Regierungsbank den mittlerweile eingetroffenen Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Peter Kaiser begrüßen! Herzlich willkommen! Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Heersprecher, Abgeordneter Roland Zellot. Ich darf ihn ersuchen, zu sprechen, bitte!

Abgeordneter **Zellot** (F):

Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Liebe Zuhörer! Wer gestern die Fernsehsendung „Report“ angesehen hat, die vom ORF gedreht wurde und nicht von der FPK, dann kann man eindeutig feststellen, es gibt ein massives Schwergewicht für die Beibehaltung der Wehrpflicht! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Meine geschätzten Damen und Herren, diesen Beitrag kann ich Ihnen auch begründen, wieso etwas so ausfällt. Wenn Sie die Vergangenheit über die Aufträge, die das Österreichische Bundesheer bekommen hat, betrachten, die Verpflichtung der Auslandseinsätze, ganz egal, in welcher Art und an welchem Ort, wenn man über die Durchführung der Assistenzeneinsätze nachdenkt – ich will auch gar nicht auf den As-

Zellot

sistenzeinsatz im Burgenland eingehen – wenn man über die Verpflichtung nachdenkt, die nachgekommen ist über den Notruf der einzelnen Bezirkshauptleute, über den Katastrophenschutz, der pünktlich und so schnell als möglich gefolgt ist, wenn man nachdenkt, dass Österreich die EU-Präsidentschaft fehlerfrei abgehalten hat mit Infrastruktur und Sicherheit, wo das Österreichische Bundesheer und auch meine Einheit in Österreich tätig war und man dann hergeht und sagt, wir brauchen jetzt Profis, ja, meine geschätzten Damen und Herren, wer hat denn in der Vergangenheit diese Tätigkeiten gemacht? (*Beifall von der F-Fraktion.*) Ich glaube schon, das hat ja keine Partei gemacht, zwei Landeshauptleute haben diese Diskussion aufgezo- gen. Der Wiener Landeshauptmann und der Niederösterreichische Landeshauptmann haben alle ganz narrisch gemacht, deswegen ist das gekommen. Hier ist in die Volksbefragung eine Ruhe eingeleitet. Wenn Sie diese Diskussion mit den Experten über eine Berufsarmee mit den deutschen Experten vergleichen, dann müssen Sie so korrekt und ehrlich sein und klar definiert haben, ob der Bundesrepublik Deutschland das Projekt „Berufsheer“ gelungen ist oder noch nicht: Wie schaut die zukünftige Strategie aus? Wie viel brauchen wir an Mann? Wie viel brauchen wir an Gerät? Was kostet das? Dann wird das Projekt durchgeführt. Meine geschätzten Damen und Herren, wir wissen nicht, was das kostet. Das ist Ehrlichkeit, wir wissen nicht, was das Berufsheer kostet. Das Berufsheer kostet den Steuerzahler mehr, weil ein Berufssoldat mehr bezahlt bekommt und mit 40 Jahren ist der Berufssoldat weg! Das ist ja das Problem. Ich habe lachen müssen, als gestern der Starlinger ganz geschickt über sein Berufsheer geredet hat. Wissen Sie, was in dieser Kaserne passiert? Da kommen die, die in der Kronen Zeitung das Inserat mit € 5.000,- Belohnung lesen, um 09.00 Uhr in die Kaserne. Dann haben sie die Belehrung, eine sozialrechtliche Belehrung: Wie schaut das Pensionsrecht aus? Wie schaut es mit der Pensionsversicherung aus? Wie schaut es mit der Prämie aus? Wenn sie dann draufkommen, wenn sie das nicht so durchziehen, wie es da drinnen steht, dann kriegen sie die Prämie nicht, wissen Sie, was dann bei 50 Prozent, die hineinkommen, passiert? Um 11.00 Uhr verlassen sie die Kaserne und die, die ganz „angefressen“ sind, die lassen den Rucksack dort stehen und gehen. Da sieht man, dass das nicht funktioniert.

Weil der, der in eine neue Berufssparte eintreten will, der möchte auch sehen: Wie schaut meine Zukunft aus? Wie lange kann ich dort dienen? Wie ist meine soziale Absicherung? Was habe ich für ein Risiko? Dort gehe ich nur hin, weil ich wahrscheinlich momentan keinen anderen Job finde. Ich glaube, das wäre vielleicht ein bisschen ehrlich. (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) Der, der etwas anderes sagt, lieber Herr Dritter Präsident, du brauchst nur hingehen zur nächsten militärischen Veranstaltung und genau das sagen. (*Abg. Mag. Darmann: Zweiter Präsident!*) Zweiter Präsident, Entschuldige! – (*3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Ich will nichts zu tun haben mit dem!*) Du willst mit dem nichts zu tun haben. Das Bundesheer kann die Aufträge nicht erfüllen. Du kannst das beim nächsten Traditionstag bei der Angelobung sagen. Sag das einmal vor den Rekruten und vor deinen Vorgesetzten, dann kommt die Wahrheit einmal auf den Tisch, deswegen wäre es vernünftig, das Sparen und die Sicherheit und sich weiterhin für die Wehrpflicht einzusetzen! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Obex-Mischitz. Ich erteile ihr das Wort! (*3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Der Schober ist ein Wendehals wie der Darabos!*)

Abgeordnete **Obex-Mischitz** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie man wieder gehört hat, ist das heute ein Thema, wo die FPK Stimmung machen kann, Ängste schüren kann, (*3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Was für Ängste?*) und sogar Unwahrheiten verbreiten kann. Da stellt sich Ihr Landeshauptmann hin und erklärt großartig: „Kärnten sagt Ja zur Wehrpflicht.“ (*3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Natürlich!*) Das ist noch nicht dezidiert heraus. Das kann man genauso wenig glauben, wie seine Aussagen von vor zwei Jahren, und da zitiere ich aus der Kleinen Zeitung von gestern: „Als Kassier der Partei weiß ich über jeden Cent und Euro Bescheid.“ Mittlerweile wissen wir ja, was das heißt: Gar nichts! (*Abg. Zellot: Er ist nicht der Landeshauptmann von Niederösterreich!* – *Beifall von*

Obex-Mischitz

der SPÖ-Fraktion.) Dann stellen Sie sich heraus und reden über Pflichtbewusstsein, Disziplin, Heimattreue und Ehre. (3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: *Ich hätte fast etwas gesagt! Aber die haben wir schon!*) Dann frage ich mich schon, wenn der Landeshauptmann am 26. Juli in der ZIB 2 dem Armin Wolf auf die Frage, ob er Bescheid weiß über Parteispenden, sagt: „Ich gebe mein Ehrenwort, (Vorsitzender: *Frau Abgeordnete, ich würde Sie bitten, zur Sache zu sprechen und nicht hier vom Thema abzukommen! Ich ersuche Sie, bitte, beim Thema zu bleiben!*) dass kein Cent in die Parteikasse geflossen ist.“ (Vorsitzender: *Ich fordere Sie auf, bitte, zur Sache zu sprechen! – Abg. Zellot: Wo sind wir denn!*) Okay, wie auch immer! Wenn man aber ganz sachlich an das Thema herangeht, dann sage ich, Abschaffung der Wehrpflicht würde jetzt bedeuten, dass alle jungen Männer nicht mehr verpflichtet werden, dass die, die zum Heer gehen wollen, weil sie dort arbeiten wollen, sich freiwillig und gerne dort für einen Job bewerben können. Alle, die nach einem Lehr- oder nach einem Schulabschluss sofort arbeiten oder studieren gehen wollen, können das ohne Zeitverlust tun. Zum Argument, dass man dort Disziplin, soziale Kompetenz oder sogar Bettenmachen und Zusammenräumen lernt, dann sage ich Ihnen als Mutter von zwei mittlerweile erwachsenen Söhnen: (Abg. Zwanziger: *Als Lendorferin!*) Was die Jungs bis 18 Jahren nicht gelernt haben, lernen sie beim Bundesheer auch nicht mehr! (Beifall von der SPÖ-Fraktion. – 3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: *Sie verwechseln Ihre Söhne mit jemandem anderen!*)

Die Abschaffung der Wehrpflicht – wir reden nicht von der Abschaffung des Bundesheeres – ist natürlich auch untrennbar mit der Abschaffung des Zivildienstes verbunden, keine Frage. Ein Zivildienst, der vor Jahren bei der Einführung verspottet worden ist, geächtet worden ist, wo die jungen Männer als Drückeberger und Feiglinge beschimpft worden sind, wie er gekommen ist, ist heute die Säule des Sozialsystems. Unglaublich! (Beifall von der SPÖ-Fraktion.) Was wird jetzt angeboten als Ersatz für diesen sicher wichtigen Zivildienst? Es wird ein freiwilliges soziales Jahr angeboten – das ist geplant – freiwillig für alle Männer und auch für alle Frauen, ganz wichtig, unabhängig vom Alter, KV-rechtlich entlohnt, pensionsversicherungsrechtlich und sozialversicherungsrechtlich

abgesichert. (Abg. Zellot: *Das ist es ja jetzt auch!*) Was, bitte, ist daran schlecht? (Beifall von der SPÖ-Fraktion.) Dieses freiwillige soziale Jahr ist zukunftsorientiert, (3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: *Schauen wir einmal! – Lärm im Hause. – Der Vorsitzende betätigt die Glocke.*) danke – und das ist modern. Wenn man sich die Kärntner Arbeitsmarktdaten anschaut, wir haben 16.000 Arbeitslose, 600 verpflichtete Zivildienstler in Kärnten. Diese Arbeit, die diese 600 verpflichteten Zivildienstler leisten, würde umgewandelt werden in 400 freiwillige, fixe Arbeitsplätze. (3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: *Jetzt kommen ein paar Abgeordnete auch dazu!*) Die brauchen wir wie einen Bissen Brot! (Beifall von der SPÖ-Fraktion.)

Ganz kurz noch zur freiwilligen und zur ehrenamtlichen Tätigkeit, weil das in Frage gestellt wird. Jeder und jede, die ehrenamtlich tätig ist oder war, oder alle, die in diesem Land freiwillig tätig sind, die kennen dieses Gefühl, wie das ist, wenn man geholfen hat. Dieses Gefühl kann man für kein Geld der Welt kaufen. (Beifall von der SPÖ-Fraktion.) Diese Menschen, die das jetzt machen, machen diese freiwillige und/oder ehrenamtliche Tätigkeit (Vorsitzender: *Noch eine halbe Minute Redezeit!*) mit der Wehrpflicht jetzt und diese Menschen wird es auch geben, wenn es die Wehrpflicht nicht mehr gibt, ganz sicher!

Also zusammenfassend: Das Bundesheer soll bei Katastrophen mit höchster Qualität und Professionalität, und das will jeder, agieren können, gar kein Thema und unser Sozialsystem bekommt gute KV-rechtlich abgesicherte Arbeitsplätze. Was will man mehr! (Beifall von der SPÖ-Fraktion.)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Poglitsch und ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Poglitsch** (ÖVP):

Danke schön, Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es zeigt sich wieder eindeutig, die SPÖ spielt mit der Sicherheit der Menschen in diesem Land, denn das, was die Abgeordnete Obex-Mischitz von sich gegeben hat, das ist etwas, das man sicher-

Poglitsch

lich nicht vertreten kann, wenn sie davon spricht, alle abgesichert durch einen ordentlichen KV-Lohn. Liebe Frau Abgeordnete Obex-Mischitz, ich darf Ihnen ein Zitat von einem Generalstabschef Edmund Entacher vorlesen: „Die unterste Grenze für Mehrkosten in einem Berufsheer sind ein Plus von 200 Millionen Euro. Dazu kommen noch die Kosten für Rüstung jener Ausstattung, die sich wiederum im Bereich von 200 Millionen bewegt, also insgesamt 400 Millionen Euro.“ Und das ist ein Profi, der das sagt. Und dann sagt er auch über Deutschland und jetzt passt bitte auf, weil ihr Deutschland und die anderen Berufsheere in den Mund genommen habt: „Auch in Deutschland gibt es entgegen der offiziellen Angaben die Zahl der benötigten Freiwilligen nicht.“ Das heißt ganz einfach, dass du nicht so viele Freiwillige rekrutieren kannst, dass du die Sicherheit hier in diesem Land aufrecht erhalten kannst. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Und das kann es ja wohl wirklich nicht sein, deswegen sagen wir eindeutig ein Ja zur Wehrpflicht. Ich sage euch auch, warum. Es gibt ein paar Beispiele und ich möchte gern wissen, ob irgendwer in diesem Land nach diesen Beispielen, ob aus der Bevölkerung oder der Politik, unsere Truppe noch als Laientruppe bezeichnet, so wie das der Herr Darabos gemacht hat. Ich erinnere nur an den September 2012, vor ein paar Tagen, als wir einen Großeinsatz gehabt haben – da hast ja auch du beim Sicherheitstag darüber berichtet, lieber Präsident Schober – als wir die kleine Franca gesucht haben. Es waren über 100 Bedienstete des Bundesheeres, Wehrdiener, mit dabei bei dieser Suche und die Leute und die Menschen, vor allem die Mutter dort vor Ort, waren froh, dass es sie gegeben hat und dass die einen Einsatz gemacht haben. Ich erinnere nur an den Juli 2012, als wir das Hochwasser und die Murenabgänge in der Steiermark gehabt haben. Wer war denn dort beim Schaufeln? Wer hat denn den Menschen dort vor Ort geholfen? Wer ist denn mit schwerem Gerät gekommen? Es waren die Pioniere, weil die Feuerwehr nicht in der Lage gewesen wäre, das allein zu bewältigen, was sie auch offen zugibt. Und das, liebe Freunde, wollen wir abschaffen? Das kann ja wohl nicht im Sinne des Erfinders sein. Im März 2011, als wir den riesigen Eisstau am Klopeinersee gehabt haben, wo wirklich viel Gut in Gefahr war, war es wieder das Bundesheer, *(Es herrscht Unaufmerksamkeit im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)* unser Kärntner Bun-

desheer, das dort im Einsatz war und dementsprechend auch den Schaden behoben hat. Ich sage es ganz offen, wenn ich jetzt nur den Rot-Kreuz-Präsidenten Ambrozy zitieren darf und das ist ja weiß Gott kein ÖVPLer und auch bei Gott kein FPKler oder Grüner, der eher aus eurer Richtung „noch“ kommt. Was hat denn der gesagt? *(Abg. Köchl: Was heißt denn „noch“?)* Das weiß man ja nicht, wenn ihr so eine Politik macht, kann es ja möglich sein, dass er sich von euch abwendet. Das ist ja leicht möglich! *(Abg. Köchl: Ja, wahrscheinlich! – Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Wenn ihr sagt, den Wehrdienst abschaffen, heißt das in gleicher Folge auch den Zivildienst abzuschaffen. Das bedeutet für das Rote Kreuz in Kärnten Mehrkosten in Höhe von 10 Millionen Euro! Wir haben gerade wieder den Rettungseuro dementsprechend in die Höhe gehoben. Liebe Freunde, was wollt ihr denn dem Land antun mit dem? Wenn ihr glaubt, und da bin ich schon auf der Linie der FPK, dass die Kärntnerinnen und Kärntner das für gut befinden, dann werdet ihr euch noch täuschen. Und wenn ihr sagt, die Mehrheit will, dass das abgeschafft wird, hier in diesem Landtag ist das garantiert nicht so, weil die ÖVP sagt eindeutig ein Ja zur Wehrpflicht. Da werden wir uns auch dementsprechend so verhalten. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Ich darf vielleicht auch noch einen Bericht herausnehmen, von dem, ich sage einmal, Profis, die das berechnet haben. Da gibt es einen tollen Bericht, den solltet ihr einmal lesen: „Ohne Wehrpflicht explodieren die Kosten für das Heer und im Sozialdienst in den nächsten zehn Jahren in der Höhe von mehreren Milliarden Euro.“ Ja, liebe Freunde, woher werden wir denn das nehmen? Never change a running system! Unser Bundesheer, unsere Wehrpflicht hat sich über Jahre hinweg dementsprechend auch als gut herausgestellt und ihr wollt das einfach so abschaffen? Sagt das den Leuten draußen genau so und redet nicht um den heißen Brei herum! Ihr wollt in dem Sinne den Wehrdienst abschaffen, ihr wollt das Bundesheer in der jetzigen Form abschaffen. Wen wir jetzt darüber reden, dass wir hier reformieren sollen, dann bin ich schon bei euch, eine Reform gehört her. Es hat im Regierungsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP der Minister Darabos seinerzeit den Auftrag dafür bekommen, hier eine Reform zu machen, aber nicht, den Wehrdienst abzuschaffen. Er hat versagt, über Jahre hinweg. Es hätte ja auch nicht anders sein können, nach-

Poglitsch

dem er ja nie beim Bundesheer war, wie soll er denn wissen, wie es dementsprechend dort zugeht. *(Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!)* Danke schön, Herr Präsident! Wir haben auch nichts anderes erwartet. Ich sage ganz deutlich, ich lasse unser österreichisches Bundesheer nicht als „Laientruppe“ beschimpfen und ich sage eindeutig Ja zum Wehrdienst, das ist in Österreich so Pflicht und das soll auch so bleiben, es ist gut für unsere Kärntnerinnen und Kärntner! Danke schön! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes hat sich unser Sozialreferent gemeldet, Landesrat Mag. Christian Ragger und ich erteile dir das Wort. Bitte!

Landesrat **Mag. Ragger** (F):

Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Präsident! Geschätzte Abgeordnete! Nachdem Sie ja Multiplikatoren sind und wir heute die Aktuelle Stunde zum Anlass genommen haben, über die Wehrpflicht und deren Abschaffung zu diskutieren, möchte ich Ihnen aus der Sicht des Sozialreferates vor Augen führen, was das für das Bundesland Kärnten in Hinkunft bedeuten wird, weil ich ja mehrere Zuständigkeiten bekleide. Einerseits natürlich die Zuständigkeit des Roten Kreuzes, das vorher erwähnt wurde, und ich möchte Sie vielleicht einleitend noch einmal daran erinnern, was im Jahr 2006 passiert ist. Als man nur den Zivildienst von zwölf auf neun Monate reduziert hat, hat das damals Auswirkungen gehabt, dass wir beim Roten Kreuz einerseits nicht nur 3 Millionen Euro Mehrkosten gehabt haben, kumulativ in drei Jahren, sondern darüber hinaus auch der Rettungseuro damals verdoppelt worden ist. Das hat bedeutet, dass die Gemeinden im Jahre 2007/2008 doppelte Erhöhungsbeiträge für den Rettungseuro bezahlen mussten und er damals angestiegen ist auf € 5,30. Wir haben in weiterer Folge in den letzten zwei Jahren mit dem Rot-Kreuz-Präsidenten verhandelt, der gesagt hat, auch dieser Betrag ist durch das Abfallen der Zivildienstler immer stärker gefährdet und wir brauchen einen weiteren Erhöhungsbetrag. Wir konnten gemeinsam mit dem Gemeindebundpräsidenten sicherstellen,

dass der Erhöhungsbeitrag des Roten Kreuzes 27 Prozent betragen hat und wir jetzt auf € 6,30 sind. Vorige Woche ist halt der Herr Präsident wieder vorstellig geworden bei uns in der Landesregierung und hat gesagt, das ist noch einmal zu wenig, denn wenn das jetzt wegfällt, können wir noch einmal 30 Prozent dazuschlagen. Das heißt, zu € 6,30 30 Prozent dazu, würde wieder bedeuten, dass die Gemeinden eine Belastung von knapp 3 Millionen Euro haben, plus dem Land haben wir 6 Millionen Euro und mit der Verringerung – so wie es der Herr Abgeordnete gesagt hat – kommen wir wahrscheinlich auf € 10,--. Das ist aber noch nicht der wesentliche Punkt, meine Damen und Herren, nämlich, das Rote Kreuz ist einer der Hauptbelastungsträger in diesem Bereich, wenn Sie den Grundwehrdienst abschaffen wollen. Aber das viel Schlimmere dabei ist, nämlich, dass Sie beginnen, ein duales System aufzubauen. Auf der einen Seite will der Bundesminister eine Sozialarbeit mit verpflichtender Versicherung einführen, aber haben Sie sich einmal gefragt, was die Feuerwehrleute dazu sagen? Oder werden die Feuerwehrleute dann auch pflichtversichert werden? Oder werden alle freiwilligen Mitarbeiter in der Diakonie oder auch in der Caritas dann pflichtversichert sein? Wissen Sie, was das für unser Sozialsystem bedeutet? Wissen Sie, was das für den stationären Bereich bedeutet, nachdem wir jetzt schon in diesem Bereich bei den BAGS-Kollektivvertragsverhandlungen 10-prozentige Steigerungsstufen haben? Wissen Sie, dass der Bund nicht mehr als 13 Millionen Euro pro Jahr für den stationären Bereich mitzahlt und wir heuer bereits Ausgaben von 205 Millionen Euro haben, die das Land und die Gemeinden zu teilen haben? Ich werde mich nächstes Jahr fragen und auch der Bürgermeister in Sittersdorf wird sich fragen, wo wird er denn noch Ertragsanteile herbekommen, wenn Sie die Wehrpflicht abschaffen werden, weil die Sockelbeträge auf über € 2.000,-- steigen werden und wir es uns nicht mehr leisten werden können, eine stationäre Einrichtung zu betreiben, wenn Sie in der kurzen Zeit kein adäquates Sozialsystem mit Sozialdienst aufbauen werden können? Daher glaube ich, sollten Sie diesen unausgegorenen Vorschlag sicherlich mit Ihrem Bundesminister noch einmal an den Tisch zurückgehend neu diskutieren, denn eines kann ich Ihnen garantieren, wir werden im Sozialbereich darniederliegen, weil es nicht mehr finanzierbar ist. Und das

Mag. Ragger

haben Sie dann zu verantworten mit einem un-
ausgegorenen Vorschlag, nur weil Sie ein paar
Soldaten abschaffen wollen. Das kann doch
nicht Ihr Ernst sein! (*Beifall von der F-
Fraktion.*) Sie sind, wie mit allen Ihren Vor-
schlägen, die Sie bis jetzt in den letzten drei
Jahren gebracht haben, einfach verantwortungs-
los! Ein berühmter Präsident hat einmal gesagt,
wie soll man die Sozialisten bewerten? Die So-
zialisten sind immer in der Vergangenheit, den-
ken über ihre Historie nach, in der Gegenwart
bringen sie nichts aus dem Bereich heraus und in
der Zukunft probieren sie, irrealer Entwicklungen
zu tragen, die sie nicht verfolgen können. (*Ein-
wände aus der SPÖ-Fraktion.*) Wissen Sie, wer
das gesagt hat? Der Franz Josef Strauß! Das
sollten Sie sich vielleicht überlegen, Ihre sozia-
listische Politik hat sich leider endlich – und das
haben auch die Kärntnerinnen und Kärntner in
den letzten 20 Jahren gesehen – ad absurdum
geführt, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute
Redezeit!*) Sie haben dieses Land leider ernsthaft
dazu missbraucht, Parteibuchwirtschaft zu ma-
chen und jetzt wollen Sie auch noch den freiwil-
ligen Personen in diesem Land das Letzte her-
ausziehen, indem Sie ihnen einen obligatori-
schen Sozialdienst aufs Auge drücken werden!
Diese Situation ist untragbar und verantwort-
ungslos, kommen Sie zurück an den wirklichen
Tisch, nämlich der Verhandlungen, und lassen
Sie die Wehrpflicht Wehrpflicht sein! (*Beifall
von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Klub-
obmann Ing. Reinhart Rohr und ich erteile das
Wort. Bitte, Herr Klubobmann!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen
und Herren! Einige Fakten: 1.800 Wehrdiener
im Dienst fürs Vaterland als billige Kellner in
Unteroffiziers- und Offizierskasinos. (*Abg. Zel-
lot: Gibt ja gar kein Offizierskasino!*) 1.600
Wehrdiener als Chauffeure für die Chefmilitärs
im Einsatz. Und nur 900 Wehrdiener werden als
Pioniere ausgebildet. 60 Prozent der jährlich
23.000 Wehrpflichtigen werden für nicht militä-
rische Tätigkeiten eingesetzt und alleine zum

Erhalt des Systems braucht das Bundesheer dar-
über hinaus 1.300 Wehrdiener als Köche. Meine
Damen und Herren, glauben Sie, das sind die
Anforderungen an ein modernes, den europäi-
schen Standards entsprechendes Bundesheer?
Deswegen braucht das Bundesheer auch eine
entsprechende Reform, deswegen braucht es
einen qualitativ hochwertigen Katastrophenschutz,
deswegen brauchen wir in Kärnten natür-
lich auch eine Pionierkaserne, ein Pionierbatail-
lon für einen effizienten Katastrophenschutz,
damit im Ernstfall die Qualität bei Katastrophen
auch von Profis gewährleistet wird. (*3. Präs.
Dipl.-Ing. Gallo: Wer ist denn in Villach Bür-
germeister?*) Wenn es um den Auslandseinsatz
geht, meine sehr geschätzten Damen und Herren,
kommen dort keine Wehrpflichtigen und
Grundwehrdiener zum Einsatz, das ist einfach
eine dumme Diskussion, die da vorgespiegelt
wird, sondern das sind Profis, die in den Aus-
landseinsatz gehen. Und wenn es um den In-
landsschutz geht, dann geht es schon lange nicht
mehr darum, „pragmatisierte Schützengräben“
zu schaffen, wie sie in einer Wochenzeitung in
dieser Woche betitelt wurden, sondern da geht es
darum, neuralgisch wichtige, strategisch wichti-
ge Punkte zu schützen und vor allem dem Cy-
ber-War entsprechend den Krieg anzukündigen,
nämlich in einer effizienten Bekämpfung. Das ist
nicht möglich mit Grundwehrdienern, das ist
nicht möglich mit Wehrpflicht, sondern das ist
nur möglich mit Spezialisten. Und der Zivil-
dienstersatz, meine geschätzten Damen und Her-
ren, ich denke, das ist eine Chance. Das ist eine
Chance für zumindest 400 Menschen in Kärnten,
dass sie ein Jahr ordnungsgemäß angemeldet,
versichert, mit einem garantierten Mindestlohn
sich in den Dienst der Sache stellen. Wenn wir
heute wissen, wie viele Teilzeitbeschäftigungs-
verhältnisse gerade im Bereich der Frauen gege-
ben sind, wie viele teilweise Mehrfachbeschäfti-
gungen erforderlich sind, dass die Menschen
zum Leben über die Runden kommen, dann
denke ich mir, ist das vielleicht auch eine Chan-
ce, gerade für die Frauen, mit diesem freiwilli-
gen sozialen Jahr Kompetenz, Qualifikation
auch für zukünftige Berufsmöglichkeiten zu
schaffen. Die Freiheitlichen, wenn ich mir das
anschauen, da wird argumentiert, freiwillige Or-
ganisationen, Wasserrettung und Feuerwehr sind
abhängig von der Wehrpflicht. Meine Damen
und Herren, was hat denn das damit zu tun? Das
ist doch völliger Lug und Trug, wenn Sie versu-

Ing. Rohr

chen, das der Bevölkerung vorzugaukeln! Wissen Sie, wann das Feuerwehrleben beginnt für die Interessierten? Ab dem 10. Lebensjahr können Jugendliche ins Jugendfeuerwehrwesen einsteigen. Dafür habe ich als Feuerwehrreferent gesorgt, (3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: *Das ist nicht die Wahrheit!*) i dass wir das massiv vorangetrieben haben! (Beifall von der SPÖ-Fraktion.) Weit über 1.000 Jungfeuerwehrmänner und Jungfeuerwehrfrauen sind heute bei 399 Feuerwehren aktiv und genauso ist das bei der Wasserrettung. Meine Damen und Herren, das hat mit der Wehrpflicht nichts zu tun! Gehen Sie zur Wasserrettung an der Faaker See, an den Ossiacher See, nach Sattendorf, was weiß ich, wo noch überall hin, (3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: *Rauschele See!*) ich kann Ihnen das als Präsident der Österreichischen Wasserrettung in Kärnten bestätigen. Der Adi Stark kann es als Vizepräsident auch bestätigen. Dort sind junge Leute am Werk, die als Rettungsschwimmer eingesetzt werden, ausgebildet werden und die am Ende (Vorsitzender: *Noch eine halbe Minute Redezeit!*) dann auch eine freiwillige Organisation entsprechend hochhalten.

Und Heimattreue der FPK: Versuchen Sie doch nicht, Kärnten zu vereinnahmen, indem Sie sagen, Sie repräsentieren die Kärntnerinnen und Kärntner! Sie repräsentieren

höchstens noch 20, wenn es hoch kommt 25 Prozent. (Zwischenruf von Abg. Mag. Darmann.) Wenn der Herr Landeshauptmann glaubt, die Kärntner Bevölkerung zu vereinnahmen durch Agitieren, dann ist es unsere Pflicht, den Rest der Kärntnerinnen und Kärntner, nämlich 80 Prozent, (Vorsitzender: *Bitte, zum Schuss zu kommen! Die Redezeit ist abgelaufen!*) die mit euch überhaupt nichts mehr zu tun haben wollen, entsprechend zu informieren und von unseriöser Agitationspolitik fernzuhalten. (Beifall von der SPÖ-Fraktion.)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Wieser. Ich ersuche ihn, zu sprechen, bitte!

Abgeordneter **Wieser** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir reden heute über die Auswirkungen der Bundesheerreform auf die Freiwilligenorganisationen. Ich würde aber hinzufügen, wir reden alle miteinander über die Auswirkungen nicht auf die Freiwilligenorganisationen, sondern über die Auswirkungen auf die gesamte Bevölkerung in Kärnten und in Österreich. Eine Bundesheerreform – ja! – ist dringend notwendig. Das wissen wir alle, dass sich hier etwas ändern muss, aber wir haben verschiedene Möglichkeiten. Ich trete dafür ein, dass wir das Bundesheer in der Form reformieren, dass wir versuchen, einen Teil für die militärische Ausbildung zu gewinnen, die die Landesverteidigung übernehmen sollen und wollen, einen Teil für den Katastrophenschutz auszubilden und einen Teil im Zivildienst zu behalten, weil wir ihn dringend brauchen und weiter auch in diesem Zivildienst beschäftigen wollen. Wir wollen eine Reform, aber nicht eine Reform auf Zuruf eines Bürgermeisters, der seine Wahlen gewinnen will und deswegen die allgemeine Wehrpflicht abschaffen will, ein von seiner Warte her, vom Bürgermeister Häupl, wahrscheinlich großartiger Wahlschmäh, den er dann auch umgesetzt hat. Er hat zufälligerweise einen Minister getroffen, der auf seiner Seite steht, der liegend umfällt, der vorher noch für die allgemeine Wehrpflicht eingetreten ist und sie als unverzichtbar erklärt hat und der plötzlich – diesem Bürgermeister gefällig – sofort darauf verzichtet und der – ich würde sagen – umfällt und unserem Bundespräsidenten, der sich für die allgemeine Wehrpflicht immer eingesetzt hat, in den Rücken fällt.

Ich glaube, dass wir auch heute schon Berufssoldaten haben, die Offiziere sind, Unteroffiziere, die bezahlt werden, die hier wirklich hervorragende Arbeit in diesem Bereich leisten, denn niemand von uns wird davon ausgehen, dass ein Abfangjäger von einem Rekruten pilotiert wird. Wir haben bereits Berufssoldaten, die Profis sind, aber Profis, wie es auch Klubobmann Rohr gesagt hat, bei den Auslandseinsätzen. Er bestätigt damit, dass jene, die in den Auslandseinsätzen tätig sind, in der überwiegenden Mehrheit nicht Berufssoldaten sind, die angestellt sind, sondern die, die den Grundwehrdienst abgeleistet haben und sich dann für Auslandseinsätze

Wieser

melden. Er sagt damit eigentlich, dass diese in diesem Bereich bereits zu Profis ausgebildet sind. Ich glaube, dass wir hier international Anerkennung bekommen haben, dass unsere Soldaten im Auslandseinsatz auch hervorragende Arbeit leisten, vom Golan bis nach Bosnien, in allen Bereichen.

Wenn wir von der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht reden, müssen wir alle zur Kenntnis nehmen, dass dann auch Kasernen geschlossen werden. Ich frage die SPÖ-Abgeordneten, ob sie wirklich der Meinung sind, dass ein Bürgermeister in Bleiburg der Ansicht ist, wenn er seine Bevölkerung vertritt, dass sich die Bevölkerung dort ohne eine Kaserne, ohne die Anwesenheit des Bundesheeres sicherer fühlen wird. Ich glaube und gehe davon aus, nicht nur von der wirtschaftlichen Seite wird Bleiburg für seine Kaserne kämpfen, sondern auch mit Sicherheitsargumenten. Wir brauchen ein Bundesheer für die Katastropheneinsätze. Wenn wir heute bei den Katastropheneinsätzen die Grundwehrdiener hernehmen, dann sind das Fachleute. Jeder von ihnen kommt zum Bundesheer nach einer Berufsausbildung. Er ist ausgebildeter Tischler, er ist ausgebildeter Maurer, er ist ausgebildeter Zimmermann, was immer, (*Abg. Strauß: Und dann? Was ist er dann?*) oft bis hin zu den Ärzten. Sie alle sind dann in der Lage, in Katastrophenfällen auch wirklich zu helfen, sich dort einzusetzen. Ich frage euch: Werden Berufssoldaten, die eine Ausbildung zum Offizier, zu einer militärischen Ausbildung gemacht haben, dann bereit sein, in der Lage sein, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) den Katastropheneinsatz wirklich in der Form zu machen? Wird die Bevölkerung bereit sein, das Geld aufzubringen, nachdem die Zeit jetzt schon kurz wird, um den Zivildienst abzudecken, unsere Hilfsorganisationen zu unterstützen? Wir alle werden tiefer in die Tasche greifen müssen, vom Bund, Land hin bis zur Bevölkerung, weil damit nämlich auch die Kosten steigen werden und das Land und der Bund die Kosten an die Bevölkerung weitergeben werden, indem dann auch die Krankenversicherungen und derlei Dinge dann dementsprechend höhere Kosten haben werden. (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen! Die Redezeit ist abgelaufen!*) Ich bin davon überzeugt, wenn die SPÖ immer der Meinung ist, nur nichts freiwillig, nichts unbezahlt, so gehe ich davon aus, dass jeder Jugendliche bereit

sein muss, (*Vorsitzender: Herr Abgeordneter! Sie sind eine halbe Minute über der Redezeit! Ich muss Ihnen das Wort entziehen!*) für die Allgemeinheit zu wirken! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gritsch. Ich ersuche ihn, zu sprechen, bitte!

Abgeordneter **Gritsch** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Zuhörer! Sehr verehrte Regierungsglieder! Wie Sie ja alle wissen, war das Kapitel Öffentliche Ordnung, Sicherheit eines, das hier im Hause eigentlich ohne nennenswerte Debatte immer einstimmig geführt worden ist. Umso verwunderlicher für mich, dass es nunmehr als notwendig erachtet wird, das Bundesheer für die Durchführung der Katastrophenhilfe nicht mehr heranzuziehen. Es wird die Meinung vertreten, dass aus Kärntner Sicht dies die 24.000 Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren bewerkstelligen könnten. Dazu ist zu sagen, die heimischen Feuerwehren in Kärnten rücken jährlich zu in etwa 3.000 Katastropheneinsätzen aus. Vor allem Erdbeben, Felssturz, Lawinen, Hochwasser, Überschwemmungen, verstopfte Kanäle, Notstromversorgung, Pumparbeiten, Sturmschäden, Schneebruch, Eisbefreiungen sind es, wo unsere Feuerwehrmitglieder im Einsatz stehen. Umso wichtiger natürlich auch die Stellungnahme des Landesfeuerwehrverbandes. Auch der Landesfeuerwehrkommandant Meschik, der nunmehr als Bundesfeuerwehrkommandant-Stellvertreter auch im Einsatz steht, hat gemeint – und seine Meinung ist uns natürlich wichtig und seine Position – und er meint: „Obwohl die Kärntner Feuerwehren eine Vielzahl von Einsätzen abdecken, ist die Mitarbeit und Unterstützung durch das Österreichische Bundesheer unabdingbar.“ Beispiele gibt es genug, wie die Bereitstellung von Hubschraubern bei Waldbränden, beispielsweise die Herstellung von Behelfsbrücken durch die Pioniere oder die Unterstützung auch bei langjährigen Einsätzen. Auch sind die Feuerwehren bei der Katastrophenhilfe nur bedingt einsetzbar. Wir wissen natürlich, dass sie gerne

Gritsch

Personen helfen, die in Not geraten, sei es bei Unfällen, Bränden oder anderen Hilfeleistungen. Das ist jedoch nur möglich, wenn auch die dementsprechenden Firmen mitspielen. Wie Sie alle wissen: Wie sieht es aus, wenn sich der Einsatz über mehrere Tage zieht? Wie viele Personen können von ihrer Arbeit fernbleiben? Wer bezahlt den Dienstausfall? Genau deshalb ist das Bundesheer gefragt. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Diese haben nämlich die entsprechende Ausrüstung, Gerätschaften, um auch tagelang vor Ort zu bleiben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie Sie alle wissen, haben wir hier jahrelang diese Debatte geführt. Es sind Anträge dementsprechend an der Zahl eingebracht worden, Schönwetteranträge, Absichtserklärungen, um hier eine Lösung zu finden. Ich kann mich ja noch erinnern, wie der Herr Klubobmann Rohr gemeint hat in seiner Eigenschaft als Feuerwehrreferent: „Jetzt haben wir eine rot-schwarze Bundesregierung. Es wird kein Problem sein, das Entgeltfortzahlungsgesetz dementsprechend einzuführen. Ich werde dafür sorgen und auch hier werden wir die Lösung finden.“ Geschehen ist nichts, weil er gerade früher von Lug und Trug gesprochen hat, soviel zu diesem Thema. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Anders unsere Innenministerin, die gerade vorige Woche in einem Arbeitsgespräch mit dem Schweizer Verteidigungsminister gemeint hat: „Sicherheit ist das größte Gut!“ Und auch der Verteidigungsminister in der Schweiz hat gemeint, nachdem ja auch die mit dieser Thematik beschäftigt sind, dass es dort keine Mehrheit der Bevölkerung in den Kantonen geben wird, die zu einer Auflösung beitragen werden. *(Abg. Tiefnig: Sicherheit hat mit Krieg nichts zu tun!)* Beide betonen, dass bei großen und länger andauernden Katastrophen nur das Militär das notwendige Durchhaltevermögen zeigen kann und dass auch ein Berufsheer in Krisenzeiten eindeutig zu klein und in normalen Zeiten zu groß erscheint. Warum sollte man auch budgetäre Mittel ausgeben für ein Berufsheer, das auch deutlich weniger an Sicherheit bringen würde? *(Beifall von der F-Fraktion. – Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!)*

Wenn auch ständig aus dem Verteidigungsministerium Zahlen präsentiert werden, wonach ja eigentlich nur wenige Grundwehriener im Einsatz stehen, so sei es am Beispiel des Hochwassereinsatzes in Niederösterreich, wo ich recher-

chiert habe, gezeigt. Von 13.000 Militaristen waren 11.000 Grundwehriener, die in hervorragender Manier *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen! Die Redezeit ist abgelaufen!)* über wochenlange Zeit diesen Einsatz bewerkstelligt haben. So wie es die ÖVP gemeint hat, never change a winning system, da gebe ich Ihnen recht, aber das hätten Sie auch auf Bundesebene schon vorher Ihrer Bundespartei mitteilen können, *(Vorsitzender: Herr Abgeordneter!)* bevor es zur Zustimmung zur Abstimmung gekommen ist. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Ein Redner geht sich noch aus, und zwar ist das der nächste Redner, Abgeordneter Köchl. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Köchel** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Zuhörer! Liebe Mitglieder der Regierung! Eine Volksbefragung ist etwas ganz, ganz Gutes und das ist in Ordnung. Wenn eine Regierung der Meinung ist, so etwas abzuhalten, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, sie sollen darüber entscheiden, dann finde ich das gut. Ich finde es nicht gut, wenn es hier im Kärntner Landtag diskutiert wird, denn wir hätten in Kärnten wichtigere und andere Probleme zu diskutieren als darüber, wie die Bevölkerung aus dem Gefühl heraus hier abstimmen wird. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Ich glaube, jeder Einzelne wird recht haben, wie er entscheidet. Für uns als Sozialdemokraten ist klar, dass es nicht sinnvoll ist, einen Grundwehrdienst in dieser Art und Weise vorzuführen, ein Bundesheer, das eingeschränkt ist, junge Männer richtig auszustatten mit Kleidung, mit anständigen Waffen. Denn es war die FPK- oder BZÖ- und ÖVP-Regierung, die die Eurofighter gekauft hat und dadurch ist dieses Bundesheer – wie heißt das? – *(Zwischenruf von Abg. Trettenbrein.)* Du hilfst mir schon, weil du kennst dich da genau aus. Sie können dadurch nicht mehr richtig handeln, sie sind „manöverunfähig“, deshalb glaube ich, geschätzte Damen und Herren, *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* dass es an der Zeit ist, hier etwas Neues zu suchen. Sehen wir es als neue Chance für junge Menschen in Österreich, nachdem

Köchel

viele Jugendliche zum Teil arbeitslos sind vor allem hier in Kärnten, hier ein Sozialjahr zu haben mit einer guten Bezahlung, mit einer sozialen Absicherung. Warum geben wir den jungen Menschen nicht die Chance, sich hier für die Öffentlichkeit einzubringen? Oder glaubt ihr, es ist sinnvoller, dass ein junger Mann sechs Monate lang ein Schützenloch auf- und zugräbt, dass er davon etwas lernt und in 20 Jahren noch etwas davon hat? Ich kann es mir nicht vorstellen, dass es sinnvoll ist, irgendeinem Unteroffizier oder Offizier sechs Monate zu dienen, ihm ein Getränk, einen Kaffee oder etwas anderes zu bringen. Ich glaube, es gibt eine sinnvollere Ausbildung! Es ist ja erwiesen, dass beim Bundesheer, wenn man es im Durchschnitt sieht, ein Mann nur einen Tag in den sechs Monaten für einen Katastropheneinsatz vorhanden sein muss. Einen Tag in den sechs Monaten wird er für einen Katastropheneinsatz herangezogen. *(Abg. Mag. Darmann: Zum Glück passiert nicht mehr!)* Denn in 95 Prozent der Fälle, bei Wohnblöcken und wo auch immer sind unsere Feuerwehren, unsere freiwilligen Helfer an Ort und Stelle und machen diese Katastrophen und helfen unserer Bevölkerung. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Da könnt ihr mir das nicht erklären, was die Feuerwehr – und ihr werdet jetzt ja nichts auslassen, um von euren Themen abzulenken, von eurem Schlamassel hier in der Kärntner Landesregierung abzulenken, *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* um letztendlich hinauszugehen und bei Feuerwehrveranstaltungen zu sagen, was es eigentlich für eine Sauerei ist, dass man den Grundwehrdienst weggibt. Es hat das eine mit dem anderem überhaupt nichts zu tun, aber das ist so typisch. Ihr macht eine künstliche Front, ihr macht eine Hetze, ihr schürt Neid. Das ist genau das, weil ihr von den Kärntner Themen ablenken wollt. Wir Sozialdemokraten sehen das als eine große Chance, für 600 Buben und Mädchen hier in Kärnten ein Jahr lang eine zusätzliche Arbeit zu bekommen, eine anständige Bezahlung zu bekommen. Es ist gleichzeitig auch eine große Chance für unsere Frauen, eine gerechte Bezahlung *(Es herrscht Lärm im Hause. – Der Vorsitzende lässt die Glocke anklingen.)* und eine Absicherung in der Sozialversicherung. Ich glaube, dass das sehr, sehr wichtig ist. Und wenn der Herr Dritte Präsident Gallo sagt, der Minister Darabos macht den Kampf gegen eigene Truppen, *(3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Ja, selbstverständlich!)* muss ich sagen, ist das einfach eine

Sauerei! Er macht den Kampf gegen Eurofighter, die ihr verursacht habt, wo ihr euch mitbeteiligt habt, auch bei den Kosten. Und ich weiß nicht, wie groß das Ganze auch hier gewesen ist, wieviel Geld ihr dafür bekommen habt, dass das so gemacht wurde. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Und die Angst zu schüren, dass die Militärmusik in diesem Land nicht mehr vorhanden sein wird, *(3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Selbstverständlich!)* da muss ich sagen, wir haben Musikkapellen, die in jedem Ort von den Gemeinden bestens unterstützt werden. *(3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: So stehst du hinter der Militärmusik!)* Davon bin ich überzeugt und es wird auch eine Militärmusik geben, denn auch Berufssoldaten können musizieren. Das kann nicht nur ein Grundwehrediener, der spielt nämlich dort die meiste Zeit gar nicht mit, das sind Berufssoldaten.

Und wenn ihr hergeht und von Heimattreue redet, *(3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Ja, das stört dich!)* das stört mich nicht, *(Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!)* weil ihr nicht heimattreu seid! Ihr habt dieses Land an den Rand geführt, ihr habt sogar eingestanden, das wird heute noch auf der Tagesordnung sein, dass wir neu wählen werden müssen. *(3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo und Abg. Trettenbrein lachen.)* Der Kurti Scheuch wird jetzt sogar am 20. Jänner mit dem Bundesheer zugleich wählen, weil er auch eingesehen hat, dass es so nicht mehr weitergehen kann! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Das verstehe ich darunter. Und wenn der Herr Landesrat Ragger sagt, das ist Parteibuchwirtschaft, was hier in Kärnten die Sozialdemokraten die letzten 20 Jahre gemacht haben, *(Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen, die Redezeit ist abgelaufen!)* dann muss ich sagen, ihr habt die letzten 20 Jahre eine Wirtschaft gemacht, aber nicht wir Parteibuchwirtschaft! *(LR Mag. Ragger: Ihr lügt euch in den eigenen Sack! – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen!)* Danke schön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion. – 3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Der schwächste Köchel, den es je gab!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte um Aufmerksamkeit, um Ruhe hier im Hause! Wir sind am Ende der Aktuellen Stunde. Zur Geschäftsordnung, Herr Zweiter Präsident, bitte! *(Zwischenruf von Abg. Astner.)* Ich bitte um etwas Aufmerksamkeit! Herr Abgeordneter

Lobnig

Astner, das gilt auch für Sie mit Ihren Zwischenrufen! (*Neuerlicher Zwischenruf von Abg. Astner.*) Am Wort ist der Zweite Präsident. Wollen Sie Ihrem Kollegen das Wort erteilen, bitte? Das wird nicht gehen, das werde ich machen, aber hören Sie zu! Bitte, Herr Präsident!

Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! In der jetzt abgelaufenen Diskussion in Zusammenhang mit der Abschaffung der Wehrpflicht wurde mehrmals und zuletzt (*Vorsitzender: Ich darf bitten, anzuführen, dass es um eine tatsächliche Berichtigung geht!*) vom Kollegen Gritsch die Behauptung aufgestellt, es werden die Agenden des Katastrophenschutzes an die Feuerwehr übertragen. Ich stelle richtig: In keinem einzigen Konzept ist das vorhanden, vielmehr ist daran gedacht, dass die Aufgaben des Katastrophenschutzes weiterhin vom Österreichischen Bundesheer gemeinsam mit der Feuerwehr, ob mit Profis oder ohne Profis, gemacht werden. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gut, wird auch so im Protokoll stehen! Hohes Haus! Ich darf darauf hinweisen, dass das Einbringen von Dringlichkeitsanträgen und Dringlichkeitsanfragen spätestens um 13.18 Uhr endet und die Behandlung solcher spätestens um 16.18 Uhr zu erfolgen hat. Hohes Haus! Bevor ich nun zum ersten Tagesordnungspunkt komme, komme ich auf den Antrag des Herrn Klubobmannes Mag. Gernot Darmann bei der letzten Sitzung auf Erteilung eines Ordnungsrufes zurück, der Sitzung vom 11.9., und zwar habe ich damals auch versprochen, dass ich mir das Wortprotokoll abhöre. Es geht um den Ordnungsruf an die Frau Abgeordnete Obex-Mischitz, die wörtlich

gesagt hat: „Was soll man sich von einem 30-jährigen Mann erwarten, der heute noch bei seinen Eltern zu Hause lebt?“ Das ist sowohl in der Person diskriminierend, aber auch der Familie gegenüber diskriminierend als kleinste gesellschaftliche Einheit. Ich würde Sie bitten, das zu unterlassen! Ich muss Ihnen einen Ordnungsruf geben! Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zum ersten Tagesordnungspunkt. (*KO Abg. Ing. Rohr: Herr Präsident! Zur Geschäftsordnung!*) Bitte, zur Geschäftsordnung, Herr Klubobmann Ing. Rohr!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich stelle folgenden Antrag zur Geschäftsbehandlung: Am 20. Dezember 2011 hat die Kärntner Landesregierung beschlossen, dem Kärntner Landtag den Tätigkeitsbericht der Behindertenanwaltschaft des Landes Kärnten zur Kenntnis zu bringen. Sage und schreibe mehr als neun Monate später hat der zuständige Referent Mag. Ragger diesen Bericht dem Landtag vorgelegt. Sehr geehrter Herr Präsident! Ich darf Sie ersuchen, (*LR Mag. Ragger: Was hat das bitte mit der Geschäftsordnung zu tun?*) auf Ihren Parteikollegen dahingehend einzuwirken, dass zukünftig Beschlüsse der Landesregierung betreffend Berichte an den Landtag innerhalb angemessener (*LR Mag. Ragger: Bin ich Gesetzgeber oder bist du Gesetzgeber?*) Frist und Zeit umgesetzt werden.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Herr Klubobmann Ing. Rohr, ich nehme an, Sie kennen die Geschäftsordnung. Der Präsident hat mit der Überreichung dieses Beschlusses an die Regierung die Aufgabe erfüllt, somit ist es eine Regierungsangelegenheit. Ich muss diesen Antrag von Ihnen zurückweisen.

Tagesordnung

Hohes Haus! Wir kommen nun zum ersten Tagesordnungspunkt:

1. Ldtgs.Zl. 94-12/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Föderalismus-, Volksgruppen-, Flüchtlings-

Lobnig

**und Immunitätsangelegenheiten betreffend Änderung des Gesetzes, mit dem die Kärntner Landesverfassung, das Gesetz über die Geschäftsordnung des Kärntner Landtages und das Kärntner Landesrechnungshofgesetz 1996 geändert werden
./ mit Gesetzentwurf**

Ich darf bitten, auch auf der Regierungsbank dem Hohen Haus mehr Aufmerksamkeit zu geben und die Sitzung nicht ständig durch Zwischenrufe zu stören! Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Grebenjak. Mit der Zuweisung dieser Materie an den Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Föderalismus-, Volksgruppen-, Flüchtlings- und Immunitätsangelegenheiten ist die 1. Lesung erfolgt und ich darf nun dem Berichterstatter das Wort erteilen und ersuche, zu berichten.

Berichterstatter Abgeordneter **Grebenjak** (F):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Liebe Zuhörer! Die Thematik ist den Damen und Herren hier im Hohen Haus hinlänglich bekannt und aus diesem Grunde beantrage ich das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Die Generaldebatte ist eröffnet und als erstes zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Holub.

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

(3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Die Taube!) Danke schön! Herr Präsident! Sehr verehrtes Auditorium! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Heute schon im Ausschuss besprochen, es schaut so aus, als würden sich die vier Parteien doch noch vor der nächsten Wahl auf eine Novellierung des Rechnungshofgesetzes einigen können. Das würde mich persönlich sehr freuen. Bei allen politischen Differenzen, die im Moment herumhängen, wäre es doch schön, inhaltlich das Land weiter zu bringen. Ich gehe davon aus, dass der Kollege Darmann nachher, nach den Reden, die Rückverweisung des Antrages in den Ausschuss

beantragen wird, zumindest ist es so besprochen worden. Was sind jetzt die wichtigsten Punkte, die wir eigentlich konsensual schon erarbeitet haben, wo es keine Differenzen mehr gibt? Das Erste ist relativ wichtig für die Bevölkerung, die Veröffentlichung aller Rechnungshofberichte, nachdem sie im Plenum waren. Auch die zwingende Behandlung im Plenum, die bis jetzt noch nicht gegeben ist, aber auch die Personal- und Diensthoheit ist ein bisschen ein Knackpunkt gewesen, der jetzt dem Rechnungshof zugestanden wird. Dann kann er auch den Verfassungsgerichtshof anrufen im Vergleich zum Bundesrechnungshof, sollte es, so wie seinerzeit bei der Hypo-Überprüfung, Differenzen geben, ob man hier prüfen darf oder nicht. Was die Überprüfung der landesnahen Gesellschaften angeht, sind wir auch so weit in Übereinstimmung gekommen, dass wir jetzt bereit sind, die Enkel des Landes, also die Töchter der Töchter überprüfen zu lassen. Ich finde das einen großen Schritt und auch sehr, sehr wichtig, denn dann wären uns einige Sachen erspart geblieben. Was man noch bedenken muss, ist natürlich die Zusammensetzung des Kontrollausschusses, aber auch die Bestellung des Direktors. Da sind wir uns noch nicht ganz einig, so wie auch beim Rederecht des Direktors im Landtag. Da bahnt sich aber doch ein konsensualer Ansatz an, indem man ihm als Berichterstatter bei den Berichten unter Umständen die Möglichkeit gibt, sein Wort an uns zu richten oder auch Fragen zu beantworten, die an ihn gestellt werden. Sei es, wie es sei. Wo wir eigentlich ein Problem sehen, ist, dass wir die Resolution aller Rechnungshofpräsidenten und Direktoren von Österreich eingebracht haben, die da Gemeinden unter 10.000 Einwohnern überprüfen wollen, aber die betroffenen Gemeinden respektive die Bürgermeister das überhaupt nicht haben wollen. Ich denke, mit dem Ansatz, dass man zumindest die ausgelagerten Gesellschaften in den Gemeinden einer Prüfung unterziehen kann, was ja auch den Gemeinden vielleicht eine Arbeit erspart, könnte man hier doch zu einer Lösung kommen. Was die Minderheitenrechte betrifft: Wir werden es nach der nächsten Wahl sehen, wie viele Fraktionen im Landtag vertreten sein werden. Es wird auf jeden Fall bunter werden und es wird auch die Zusammensetzung des Kontrollausschusses eine andere sein. Nur die jetzige Situation, dass die Grünen als kleinste Fraktion nicht einmal im Kontrollausschuss vertreten sind, aber auch die

Holub

ganzen Rechnungshofberichte nicht bekommen, weil sie zu klein sind, um eine Opposition oder eine Kontrollpartei zu sein, das ist doch sehr unbefriedigend und macht schon Mühe, weil du immer auf alle möglichen Umwege zurückgreifen musst, dass du überhaupt zum Rechnungshofbericht kommst. Wie man mit den vorläufigen Berichten umgeht, ist auch noch ein Knackpunkt, weil die FPK gar keine vorläufigen Berichte haben will, die SPÖ schon. Ich kann mir vorstellen, dass, wenn der Missbrauch mit den vorläufigen Berichten und um die geht es ja hauptsächlich, irgendwie abgestellt werden kann, dass man zum Beispiel den Bericht in einen Datenraum legt und keiner dazu kommt, aber es ist halt so, dass ich dann auch die Rechnungshofberichte meistens aus der Zeitung zur Kenntnis nehmen muss und es nicht fair ist, wenn die überprüfte Instanz ihre Anmerkungen dazu noch nicht gegeben hat. Das ist so ungefähr das Spannungsfeld, in dem wir uns bewegen und wo wir im nächsten oder übernächsten Verfassungsausschuss darüber beraten werden. Ich bin sicher, wenn alle konstruktiven Kräfte in diesem Haus zusammenarbeiten wollen, dass es gehen wird, dass wir den Rechnungshof auf einen besseren Weg schicken werden und dass unser Direktor Reithofer auch ein zufriedeneres Gesicht machen wird. Ich danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Ing. Rohr und ich darf dich ersuchen, zu sprechen. Bitte!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zumindest eine Einsicht scheint Platz zu greifen, dass der heutige Tagesordnungspunkt, der wieder verfassungswidrig ist, weil er dem Rechnungshof nicht die Möglichkeit gibt, auch den Verfassungsgerichtshof aufgrund seiner Nicht-Personalhoheit anzurufen, verwehrt bleibt, dass die Freiheitlichen zumindest erkannt haben, dass dieser Gesetzesentwurf so nicht zu realisieren ist. Es ist eine richtige Konsequenz, wenn der Antrag auf Rückverweisung in den Ausschuss kommt. Dem werden wir selbstverständlich un-

sere Zustimmung erteilen, weil durchaus auch aufgrund der Parteiengespräche, die geführt wurden zwischen SPÖ, ÖVP und Grünen, darüber hinaus jetzt offensichtlich auch die Freiheitlichen erkannt haben, dass es notwendig ist, wenn man ein effizientes Rechnungshofgesetz haben will, dann sollte man auch versuchen, entsprechende Punkte und Kriterien jedenfalls mit zu berücksichtigen. Es herrscht derzeit Konsens darüber, dass die Sicherstellung der Prüfbefugnis bei Unternehmen, an denen das Land mit zumindest 25 Prozent beteiligt ist, gewährleistet ist und darüber hinaus sollten natürlich auch alle Töchter von entsprechenden Unternehmen, an denen das Land über die Träger oder Dachgesellschaft beteiligt ist, rechnungshofprüfbar sein. Wir wollen eine zwingende Veröffentlichung aller Rechnungshofberichte im Internet. Wir wollen eben auch die Anrufungsmöglichkeit des Verfassungsgerichtshofes bei Meinungsverschiedenheiten über die Prüfkompentzen des Landesrechnungshofes. Darüber hinaus wollen wir auch die Personalhoheit für den Landesrechnungshof, damit eben genau diese Voraussetzung geschaffen wird. Wir wollen die zwingende Behandlung auch aller Bundesrechnungshofberichte. Wir diskutieren und ich denke, das macht durchaus Sinn, auch die Frage des Rederechtes nicht in der Form, dass der Rechnungshofdirektor hier in der politischen Debatte mitmischt, sondern dass er durchaus auch zu Rechnungshofberichten eine entsprechende berichtende Grundsatzstellungnahme abgeben kann. Wir wollen auch, dass die vorläufigen Rechnungshofberichte jedenfalls dem Kontrollausschuss des Landesrechnungshofes zugänglich sind, denn sonst würde sich ja auch die Frage des Kontrollausschusses in irgendeiner Form diskutieren lassen. Welche Aufgaben hat dann der Kontrollausschuss des Kärntner Landtages noch? Ob man zur Wahrung der Vertraulichkeit das mit entsprechenden Datenräumen oder wie auch immer konstruiert, das ist eine zweite Angelegenheit. Und wir wollen zumindest für die Bestellung des Landesrechnungshofdirektors mit einfacher Mehrheit im Landtag einen Dreivorschlag des kleinsten im Landtag vertretenen Landtagsklubs, beispielsweise als entsprechende Diskussionsgrundlage. Wir sind, denke ich, in der Sache jetzt einmal in einem vernünftigen Diskussionsprozess und wenn es gelingt, ein Rechnungshofgesetz von allen hier im Landtag vertretenen Parteien zu verabschieden, das am

Ing. Rohr

Ende auch möglichst große Transparenz sicherstellt, das möglichst große Effizienz in der Kontrolle sicherstellt und das damit auch hilft bei Investitionen, wo die öffentliche Hand entsprechend beteiligt ist, effizient zu sparen, dann denke ich, sind wir auf dem richtigen Weg. Daher werden wir uns auch durchaus konstruktiv an der Debatte beteiligen, was das Zustandekommen eines verfassungskonformen Rechnungshofgesetzes betrifft und werden dem heutigen Rückverweisungsantrag in den Ausschuss, der von den Freiheitlichen angekündigt ist, unsere Zustimmung geben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Dritte Präsident Dipl.-Ing. Gallo. Ich erteile ihm das Wort! Bitte, Herr Präsident!

Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Danke! Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine geschätzten Zuhörerinnen und Zuhörer! Wenn ich dem Herrn Rohr jetzt aufmerksam zugehört habe, komme ich zu einem einzigen Schluss: Er rechnet nach den Neuwahlen mit der Oppositionsrolle für die SPÖ, so hat das geklungen. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Was ich bisher gehört habe, *(Abg. Mag. Cernic: Das glaube ich aber wirklich nicht! – Abg. Ing. Rohr: Das glaubst du wohl selber nicht!)* erinnert mich an die Wehrpflichtdebatte von vorhin. Jeder redet davon, jeder will etwas, aber bei genauem Hinsehen gibt es doch beachtliche Unterschiede. Der Herr Holub hat gefordert und auch der Herr Rohr, die Töchter, die Enkel usw. der Landesgesellschaften untersuchen zu dürfen. Ich darf Sie daran erinnern, das steht bereits in der Kärntner Landesverfassung Artikel 70 Abs. 3: „Die Zuständigkeit des Landesrechnungshofes zur Überprüfung der Gebarung erstreckt sich auch auf Unternehmungen jeder weiteren Stufe, bei denen die angeführten Voraussetzungen vorliegen.“ *(Abg. Holub: Dann habe ich es falsch abgeschrieben.)* Ich sage das nur, weil Landtag soll ja bilden. Es sollen ja alle etwas davon haben.

Meine geschätzten Damen und Herren! Bei diesem Herumreden jetzt um das Landesrechnungs-

hofgesetz gibt es einen einzigen Faktor der Stabilität: Das ist die Heimatpartei der Freiheitlichen in Kärnten. *(Abg. Tiefnig lacht lautstark. – Beifall von der F-Fraktion.)* Denn wir waren die Einzigen, die einen konkreten Gesetzesvorschlag vorgelegt haben, im Ausschuss auch beschlossen haben, der nur das letzte Mal in der vergangenen Sitzung vor gut einer Woche mit den Stimmen der Linksparteien hier niedergestimmt worden ist. Das ist die Wahrheit! Jetzt haben wir uns nicht einschüchtern lassen, haben neuerlich einen Gesetzesentwurf vorgelegt. Ich möchte wieder hinzufügen, dieser enthält ausschließlich Punkte, die sowohl von der SPÖ bis dorthin gefordert worden sind, auch von der ÖVP gefordert worden sind und über die auch im Unterausschuss, im Reformausschuss für Verfassungsfragen Einstimmigkeit geherrscht hat, Konsens geherrscht hat. Ein einziger Punkt ist hinzugefügt worden, nämlich das, was der Herr Rohr jetzt früher wieder urgiert hat, nämlich die Behandlung der Bundesrechnungshofberichte im Kontrollausschuss, also sind wir hier auf einem guten Weg gewesen.

Ich möchte auch noch etwas zurückweisen. Der Herr Rohr spricht immer von der Verfassungswidrigkeit eines Punktes. Es gibt keine Verfassungswidrigkeit. Die stellt a) nur der Verfassungsgerichtshof fest und b) gibt es maximal Bedenken der Verfassungsabteilung, weil wir normiert haben, dass bei Streitigkeiten sowohl die zu prüfende Stelle als auch der Landesrechnungshof den Verfassungsgerichtshof als Höchstgericht, muss man konkret sagen, anrufen darf. Dazu, so meint die Verfassungsabteilung, ist unbedingt die Diensthöheit des Landesrechnungshofpräsidenten notwendig. Das ist aber erst auszuführen. Dennoch haben wir in der letzten Sitzung aufgemacht, haben gesagt, ja wohl, wir sind bereit, das auch so in das Gesetz hinein zu nehmen mit einem Abänderungs- bzw. Zusatzantrag. Die Bereitschaft, das hinein zu nehmen, war nicht sehr groß. Es hat dann Debatten gegeben im Ausschuss, die darauf hingedeutet haben, dass wir uns doch auf einen gemeinsamen Weg einigen können. Daher haben wir auch das gemacht, was dort vereinbart worden ist, eine Extrasitzung heute noch in der Früh des Verfassungsausschusses, wo wieder ein Gesetzesentwurf von uns ganz konkret vorgelegt worden ist, der zu diskutieren ist. Auch dieser Unterbrechung haben wir zugestimmt. Ich möchte

Dipl.-Ing. Gallo

aber schon hinzufügen, dass es irgendwann einmal auch zu einem Ergebnis kommen muss. Wenn immer nur, das habe ich jetzt vom Kollegen Holub gehört und auch vom Abgeordneten Rohr, neue Forderungen aufgestellt werden, über die man schon weiß, dass es keinen Konsens gibt, das gilt sowohl für unsere Partei als auch für die ÖVP, und auch wahrscheinlich zwischen Grünen und SPÖ speißt es sich in einigen Punkten, dann werden wir nicht weiterkommen. Wenn wir wirklich wollen, dass wir ein Gesetz gemeinsam beschließen und dem Rechnungshof all die Möglichkeiten geben, die er unbedingt braucht und über die wir uns auch einig sind, dann wird es notwendig sein, irgendwann einmal zum Punkt zu kommen, das abzuschließen und zu beschließen. Es hindert niemanden daran, wenn sich die Mehrheitsverhältnisse hier im Hause so ändern, dass die SPÖ nach der Wahl am 3. März die absolute Mehrheit hier im Hause hat, (*Einwand von LR Dr. Prettnner.*) all das zu verwirklichen, was sie jetzt fordern. Dann werden wir nur zuschauen können, aber bis dorthin ist noch ein weiter Weg. Jedenfalls, wir sind bereit, neuerlich einen Schritt zurück zu machen, für die Verhandlungen sozusagen reine Luft zu geben, daher stelle ich den Antrag auf Rückverweisung dieses Gesetzesantrages in den Ausschuss, damit wir dort über alles noch einmal ausführlich und in aller Ruhe debattieren können. Denn wenn wir wirklich wollen, dass wir ein Gesetz gemeinsam beschließen, ist jetzt die Gelegenheit dazu, das auch zu machen. Daher noch einmal: Ich fordere alle auf, das zu tun, was vereinbart worden ist, das zu halten, was vereinbart worden ist, hier Handschlagsqualität zu beweisen und auch notwendigerweise diesem Antrag auf Rückverweisung die Zustimmung zu geben. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Ing. Ferdinand Hueter. Bitte!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren! Ein paar kurze Statements auch von unserer Seite zum Landesrechnungshof. Der Stephan wird das dann noch ergänzen. Ich glau-

be, wir sind dem Ziel sehr nahe. Der Dritte Präsident Gallo hat die grundsätzlichen Dinge eigentlich alle angesprochen. Es geht jetzt noch einmal wirklich um ein paar Kleinigkeiten, die es noch zu verfeinern gilt. Warum ich mich zu Wort gemeldet habe, ist genau dieser Punkt, den der Rolf Holub angesprochen hat mit dieser Prüfung der Gemeinden unter 10.000 Einwohnern. (*Es herrscht Unaufmerksamkeit im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Das stößt sicher nicht auf Zustimmung der restlichen Fraktionen, also SPÖ, ÖVP und auch FPK. Auch das, lieber Rolf Holub, sollte man zur Kenntnis nehmen. Wenn wir wollen, dass wir ein Gesetz einstimmig beschließen, dann soll man all diese Dinge, die außer Frage stehen, diskutieren, deswegen ist auch die ÖVP für die Rückverweisung in den Ausschuss, aber dann sollte man zu einem Ergebnis kommen.

Ich werde versuchen, zu begründen, warum wir dagegen sind, Gemeinden unter 10.000 Einwohnern noch mehr zu prüfen, weil ich glaube, da haben wir eh schon Prüfinstrumente genug. Ich verweise nur auf die Gemeindeabteilung a), und b), was für die Gemeinden noch höher liegt: In der Gemeinde selbst gibt es den Prüf- und Kontrollausschuss, der ein Pflichtausschuss ist, wo auch die Mitglieder genau diese Themen zu prüfen haben. Das heißt, jetzt noch einmal von Landesseite, sprich durch den Rechnungshof eine Prüfung zu machen, da finde ich, das ist mehr als umsonst. (*Zwischenruf von Abg. Strauß.*) Es kostet natürlich auch etwas. Wir müssen wissen, wir haben auch die Personalabdeckung in den Gemeinden gar nicht mehr. Die sind alle, wie soll ich sagen, personalmäßig im unteren Bereich liegend. Wir haben die Leute wirklich effizient eingesetzt. Wenn wir jetzt einen Prüfbericht des Landesrechnungshofes zum Beispiel in einer Gemeinde draußen haben, dann müssen wir mindestens ein bis zwei Leute abstellen, die die ganzen Unterlagen, und, und, und, bringen. Ich weiß nicht, für was! Deshalb sind wir sehr, sehr gut beraten mit dem jetzigen Instrument der Prüfung, sprich Gemeindeabteilung plus Prüfung durch den Kontrollausschuss der Gemeinde selbst. Das sollten wir lassen. Alle Gemeinden über 10.000 Einwohner, da haben wir eh schon auf Bundesebene dieses Gesetz, dass sie zu prüfen sind, da sind wir auch dafür. Aber deshalb sollte man es in diesem Bereich bei dem belassen. Sonst gibt es von unserer Seite selbstver-

Ing. Hueter

ständig die Zustimmung. Der Stephan wird dann als Letzter von uns noch erklären, warum wir da dafür sind. Das heißt, wir sind auf sehr, sehr gutem Weg, gehen wir es gemeinsam an. Einige Medien in Kärnten unterstellen uns, es wird in Kärnten nicht mehr gearbeitet. Das ist ein Beweis, dass in Kärnten trotzdem gearbeitet wird. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Tauschitz. Ich erteile dir das Wort, bitte!

Abgeordneter **Mag. Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren hier im Gebäude und zu Hause! Ich werde mich kurz fassen, weil das Wichtigste ist bereits gesagt. Es ist in der letzten Reformausschusssitzung gelungen, von diesem Streitthema Rechnungshofgesetz zu einem Konsensthema Rechnungshofgesetz zu kommen. Dafür bedanke ich mich bei allen Fraktionen, beim Reinhart Rohr, beim Gernot Darmann und beim Rolf Holub, dass es so gelungen ist, weil ich glaube, dass gerade das Rechnungshofgesetz eine Konsensmaterie ist. Was uns nicht weiterbringen wird, ist, dass wir jetzt hergehen und neue Forderungen aufstellen. Es wird keine Mehrheit geben für die Prüfung der Gemeinden unter 10.000 Einwohnern. Es wird auch keine Mehrheit dafür geben, den Rechnungshofdirektor nicht mit Landtagsbeschluss, sondern über die kleinste Fraktion zu bestellen. Es gibt Kleinigkeiten, die zu lösen sind. Die sind machbar, deshalb wird dieses Gesetz auch zurückverwiesen. Es wird einen eigenständigen, selbstständigen Antrag des Ausschusses geben mit einem neuen Gesetz in Kooperation mit dem Rechnungshofdirektor Reithofer, das alle Themen beinhaltet, die unser Rechnungshofgesetz auf den neuesten Stand bringen, nicht mehr und nicht weniger. Ich glaube, das schulden wir auch der Kärntner Bevölkerung. Ich bin froh, dass der Konsensweg auch heute in der R- und V-Sitzung weiter fortgesetzt worden ist. Ich gehe davon aus, dass wir Mitte nächster Woche dann fertig sein werden, um in der nächsten Sitzung dieses Gesetz auch zu be-

schließen. Danke vielmals! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Hohes Haus! Ich darf die Abgeordneten bitten, ihre Plätze einzunehmen! Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich lasse nun über den Rückverweisungsantrag abstimmen. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Somit haben wir den Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Hohes Haus! Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2. Ich stelle den Antrag, die Tagesordnungspunkte 2 und 3 in einer gemeinsamen Generaldebatte zu behandeln, nachdem sie sich beide inhaltsgleich mit der Referatseinteilung befassen. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Handzeichen für eine gemeinsame Generaldebatte! – Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

2. Ldtgs.Zl. 13-9/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Föderalismus-, Volksgruppen-, Flüchtlings- und Immunitätsangelegenheiten zur Regierungsvorlage betreffend die Verordnung der Landesregierung vom 7. August 2012, mit der die Referatseinteilung geändert wird

Berichterstatter ist der Abgeordnete Grebenjak. Ich ersuche ihn, zu berichten! Ich erteile dir das Wort, bitte!

Berichterstatter Abgeordneter **Grebenjak** (F):

Danke, Herr Präsident! Wie bereits beim vorhergehenden Punkt: *(Es herrscht Unaufmerksamkeit im Hause. – Der Vorsitzende betätigt die Glocke.)* Aufgrund der Änderung oder des Wechsels eines Referenten hat sich auch in diesem Bereich eine Änderung ergeben.

Ich ersuche um Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Die Generaldebatte ist eröffnet, gleichzeitig unterbrochen. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3:

3. Ldtgs.Zl. 13-10/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Föderalismus-, Volksgruppen-, Flüchtlings- und Immunitätsangelegenheiten zur Regierungsvorlage betreffend die Verordnung der Landesregierung vom 3. September 2012, mit der die Referatseinteilung erlassen wird

Berichterstatter ist ebenfalls der Herr Abgeordnete Grebenjak. Ich ersuche zu berichten, bitte!

Berichterstatter Abgeordneter **Grebenjak** (F):

Danke schön! Dabei zählt das Gleiche wie beim vorhergehenden Punkt.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Die Generaldebatte zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3 ist somit eröffnet. Mir liegt keine Wortmeldung vor. Ich erteile dem Berichterstatter zum Tagesordnungspunkt 2 das Schlusswort!

Berichterstatter Abgeordneter **Grebenjak** (F):

Danke! Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte!

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer dem Antrag bitte die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Ich bitte, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Grebenjak** (F):

Der Landtag wolle beschließen:

Die Verordnung der Landesregierung vom 7.8.2012, Zahl: 01-ALLG-29/5-2012, mit der die Referatseinteilung geändert wird (K-RE), wird zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Die Annahme wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig so beschlossen. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3. Auch hier erteile ich dem Berichterstatter das Schlusswort!

Berichterstatter Abgeordneter **Grebenjak** (F):

Auch hier verzichte ich auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Die Spezialdebatte wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. (*Unruhe in der SPÖ-Fraktion. – Abg. Strauß: Ohne SPÖ!*) Ich bitte noch einmal die Abgeordneten, die Plätze einzunehmen! Ich bitte, das Reden hier einzustellen, wir sind im Abstimmungsvorgang! Wer dem Antrag auf Eingehen in die Spezialdebatte zustimmt, bitte um ein Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen von ÖVP und Freiheitlichen so beschlossen. Bitte, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Grebenjak** (F):

Der Landtag wolle beschließen:

Die Verordnung der Landesregierung vom 3. September 2012, Zahl: 01-ALLG-29/6-2012, mit der die Referatseinteilung erlassen wird (K-RE), wird zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Die Annahme wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum mit den Stimmen der Freiheitlichen und ÖVP mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4:

4. Ldtgs.Zl. 39-31/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Infrastruktur, Wohnbau, Verkehr, Straßen- und Brückenbau, Bau- und Energiewesen und Feuerwehr betreffend die Petition vom 31.05.2012 betreffend Generalsanierung der Amlacher Landesstraße L 3 überreicht durch Abgeordneten Mandl

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Mandl und ich darf dich bitten, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Mandl** (F):

Danke, Herr Präsident! Hohes Haus! Dabei handelt es sich, wie schon erwähnt, um eine Petition, die Ende Mai dem Herrn Präsidenten übergeben worden ist. Der Ausschuss hat in der Zwischenzeit dieses angegebene Straßenstück, die Amlacher Landesstraße, auch schon besichtigt. Ich beantrage deshalb das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Die Generaldebatte ist eröffnet und als erstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Ing. Haas und ich erteile ihm das Wort. Bitte!

Abgeordneter **Ing. Haas** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Vom Amt der Kärntner Landesregierung, der Abteilung 17 BT, also der Bautechnik, wurden 2009 erstmals ein Gütekataster und eine Dringlichkeitsreihung für die Landesstraßen B und L in Kärnten erstellt. Das ist eine sogenannte Bestandsaufnahme unseres Landesstraßennetzes und dieser Kataster wird und soll alle fünf Jahre aktualisiert werden. In diesem Kataster ist auch

die L3, die Amlacher Landesstraße, mit vier Bewertungsabschnitten enthalten. Die L3, die Amlacher Landesstraße, ist insgesamt 7,7 Kilometer lang und in der Bewertung sind 1,8 Kilometer mit der Güteklasse 1, 2,2 Kilometer mit der Güteklasse 5 und rund 3,7 Kilometer mit der Güteklasse 4. Vielleicht zur Erinnerung: Die Güteklasse 1 ist guter Straßenzustand, da sind nur geringfügige Reparaturarbeiten notwendig. Die Güteklasse 4 ist ein schlechter Straßenzustand, das heißt, die Straße kann nur durch die Erneuerung der bituminösen Schichten instand gesetzt werden und bei der Güteklasse 5 ist ein sehr schlechter Straßenzustand, das heißt, es ist der Neubau des gesamten Oberbaues erforderlich. Erfreulich für die Gemeinden ist dort, dass sich an dieser Landesstraße ein guter Gewerbebetrieb angesiedelt hat, der expandiert und viele Arbeitsplätze bietet. Für den Betrieb ist es natürlich erschwerend, dass die Zu- und Abfahrt zum Betrieb genau über diese schlechten Bereiche von Güteklasse 4 und 5 erfolgt. Neu hinzugekommen ist auch, dass auf der L3 der Radfahrweg ausgewiesen und benützt wird. Daher sind derzeit einige Gefahrenstellen vorhanden. Auf Basis dieser Tatsachen wurde eine Petition auf Sanierung der Landesstraße eingebracht. Wir haben mit dem Ausschuss für Infrastruktur, Verkehr, Straßen- und Brückenbau im Zuge der Oberkärnten-Bereisung einen Besuch abgestattet und ebenso das Straßenbauamt Spittal besucht. Wir haben die Amlacher Straße L3 angeschaut und im Anschluss daran im Infrastruktur-Ausschuss einstimmig beschlossen, dass eine sofortige Sanierung in Teilstücken in Angriff genommen werden soll. Das heißt, dass die Straße als Bauilos aufgenommen wird und die entsprechenden Mittel dafür in den nächsten Jahren bereitgestellt werden müssen. Die Errichtung eines Kreisverkehrs ist nicht angedacht und ist auch nicht erforderlich. Wir nehmen diese Petition zur Kenntnis! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Ing. Ebner und ich erteile ihm das Wort. Bitte!

Abgeordneter **Ing. Ebner** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Der Vorsitzende des Infrastruktur-Ausschusses hat es ja schon gesagt, wir haben vorige Woche diese Bereisung durchgeführt, haben uns das Straßenstück auch angeschaut. Es ist tatsächlich so, es ist dort kein Kreisverkehr notwendig, lieber Helmut. Ich verlange ja Kreisverkehre nur dort, wo sie sinnvoll und notwendig sind! Das Ganze ist ein sechs Kilometer langes Straßenstück zwischen Greifenburg und Berg im Drautal. Ungefähr die Hälfte hat die Güteklasse 4, ungefähr die Hälfte hat die Güteklasse 5. Der Kollege Haas hat schon erläutert, was das im Detail bedeutet. Es fahren dort nicht sehr viele Fahrzeuge, es fahren 200 Kraftfahrzeuge täglich, obwohl ein Gewerbebetrieb dort ist und damit verbunden auch LKW-Zu- und -Abtransport. Dieses ganze Straßenstück ist im Straßenbauprogramm bis 2016 leider nicht enthalten. Es gibt viele Straßen in Kärnten, die mindestens den gleichen Zustand haben, es gehörten eigentlich alle diese Straßenzüge auf die Liste und ich sage immer, zuerst sollten wir unsere Straßen flicken – deswegen ist es auch gut, dass dieser Antrag kommt – statt teure Umfahrungen um Millionen zu bauen. Leider wurde in den letzten 30 Jahren anders agiert. Es wurden Selbstverwirklichungsprojekte, große Umfahrungen um Millionen und Abermillionen gebaut und das fällt uns heute auf den Kopf. Es würde kein Häuselbauer so agieren, wie die Landesstraßen-Zuständigen in den letzten drei Jahrzehnten agiert haben, nämlich, wenn es beim Dach hereinregnet, ist mir das wurscht, ich lasse es hereinregnen, aber ich baue einen sündteuren Wintergarten dazu. Das ist einfach der normale Hausverstand, der sagt, so darf ich nicht agieren, so darf man auch im Land nicht agieren. Leider ist das nicht passiert und jetzt will man den Schaden irgendwie begrenzen. Heute hinkt man hintennach. Du weißt genau, Helmut, 500 Millionen Euro sind notwendig, um die gesamten Landesstraßen B auf einen guten Zustand zu bringen. Und wenn man jetzt eine Straße mehr in die Prioritätenliste aufnimmt, jawohl, ich bin dafür, aber das sind alles nur gute Willens- und Absichtserklärungen. Wir müssen die Anträge, die hier herein kommen, nicht nur, weil zufällig ein Bürgermeister aus Berg im Drautal im Landtag sitzt und ein Bürgermeister aus Greifenburg im Landtag sitzt, hier aufneh-

men. Wenn, dann müssen wir das Ganze seriöserweise angehen und auch eine landesweite Prioritätenliste erstellen. Derzeit liegt sie nur nach den Bezirken vor. Das ist auch nicht ganz fair, denn warum soll ein Oberkärntner ein Straßenstück kriegen, wenn es in Unterkärnten viel schlechtere Straßenstücke gibt. Das ist nicht ganz seriös, das wäre einmal die erste Maßnahme, um den Straßenzustand in Kärnten seriös zu verbessern. (3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo übernimmt den Vorsitz.) Aber mir ist jede Straßensanierung, die in diesem Lande passiert, recht, weil, je früher man etwas saniert, desto mehr vermeiden wir die Totalsanierung, die dann vielleicht notwendig wird und die dann noch mehr Geld kostet. Daher bin ich dabei, dass wir dieser Petition und diesem Antrag die Zustimmung erteilen. Danke! (Beifall von der SPÖ-Fraktion.)

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Zu Wort gemeldet hat sich auch der Klubobmann Ing. Ferdinand Hueter. Ich bitte ihn ans Pult!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Zuhörer auf der Tribüne! Ich bin betroffener Bürgermeister, ich weiß schon, dass man da schwerer redet, aber mein Kollege Ebner hat das richtig gesagt, die Straße ist wirklich in einem relativ schlechten Zustand. Ich weiß, dass es kärntenweit wahrscheinlich ähnliche Straßen gibt, aber ein kleiner Unterschied ist schon gegeben und das haben wir versucht, bei der Bereisung vorigen Mittwoch, den Mitgliedern zu erklären, dass sich auch der Drauradweg R1 genau auf dieser Landesstraße befindet. Da ist die Tendenz sehr stark steigend, wir reden von 70.000 bis 75.000 oder Richtung 80.000 Radfahrern pro Jahr, die auf dieser Straße fahren. Wir haben gesehen, dass in der Gemeinde Amlach ein paar größere landwirtschaftliche Betriebe sind und diese Betriebe natürlich mit ihren relativ großen oder breiten Gerätschaften genau immer zur Konfrontation mit den Radfahrern führen. Deswegen haben wir bei dieser Bereisung versucht, das den Mitgliedern nahezubringen. Man müsste bei dieser Generalsanierung den Weg um einen Me-

Ing. Hueter

ter breiter machen, der Grund ist zum Beispiel links und rechts. Jetzt geht mit, damit wir auch für die Radfahrer dort quasi eine Straße bzw. einen Parallelweg zusammenbringen und dann macht das Sinn. Ich glaube, das sollte die Prämisse sein, dass wir diesen Drauradweg R1, der auf dieser Landesstraße liegt, dorthin bringen. Diese Petition findet von unserer Seite 100-prozentige Zustimmung. Es ist ja auch klar, dass das in mehreren Phasen passieren wird, dass es nicht in einem Jahr gemacht werden kann, weil es fast sechs Kilometer sind, aber ich glaube, es ist sinnvoll, wenn wir uns als Radland positionieren wollen, dann sind wir auf einem sehr guten Weg. Dann ist die Sanierung dieses Teilstückes wichtig und deswegen von unserer Seite 100-prozentige Zustimmung! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Rolf Holub.

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Danke schön, Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Wir hatten diese Problematik schon in den vorigen Jahren, die SPÖ hat einmal eine Kampagne gemacht mit „Wir füllen alle Löcher auf den Straßen“ und hat verschieden priorisiert. Wir haben grundsätzlich eine Priorisierung von der zuständigen Abteilung, die einzuhalten wäre und es schießen dann immer Einzelprojekte heraus, die gerade im Moment besonders wichtig sind. Ich verstehe die Bevölkerung vor Ort, ich verstehe auch das Problem, aber wenn man auf der einen Seite so etwas machen kann wie die Umfahrung Bad St. Leonhard, wo man 80 Prozent des überhaupt noch verfügbaren Vermögens in den Straßenbau hineinsteckt und statt einer Brücke drei macht, damit man über den Fluss drei Mal hinüber kommt, die Radwege links, rechts, links anlegt und dann ganz woanders, dann muss man schon sagen, dass die zuständigen Verantwortlichen auch verantwortlich sein müssen und den Menschen draußen erklären müssen, warum gewisse Straßen dann nicht mehr repariert werden können. Daher unser An-

satz, setzen wir uns noch einmal zusammen mit den Abteilungen, schauen wir, wie wir es vielleicht anders priorisieren können, aber so Einzelprojekte dann einfach im Landtag abzustimmen, ist auch nicht fair den anderen Projekten gegenüber. Ich verstehe die Begehrlichkeit, den Bedarf, aber ich bin da nicht dabei. Danke! *(Einzelbeifall von Abg. Dr. Lesjak.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Zu Wort gemeldet hat sich auch der Abgeordnete Ing. Ebner noch einmal. Bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Ing. Ebner** (SPÖ):

Nur als Ergänzung noch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, zum Abgeordneten Hueter, der den Radweg ins Spiel gebracht hat. Der Antrag selber lautet eigentlich auf die Generalsanierung der Landesstraße L3. Da steht nichts davon drinnen, dass auch der Radweg saniert werden soll, obwohl wir bei der Besichtigung festgestellt haben, dass es natürlich sinnvoll wäre. Deswegen gehört das von mir aus ins Programm aufgenommen, aber die Dringlichkeit bitte wirklich, so wie es Rolf Holub auch gesagt hat, dann fair und gerecht abarbeiten. Danke schön! *(Einzelbeifall von Abg. Tiefnig.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Die Wortmeldungsliste ist erschöpft, die Generaldebatte geschlossen. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abgeordneter **Mandl** (F):

Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Spezialdebatte ist beantragt. Ich bitte, die Plätze einzunehmen! Wer diesem Antrag die Zustim-

Dipl.-Ing. Gallo

mung gibt, den oder die bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen! – Das ist gegen die Stimmen der Grünen von allen anderen Fraktionen hier so beschlossen. Ich bitte zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Mandl** (F):

Der Landtag wolle beschließen:

Die Petition vom 31.05.2012 betreffend Generalsanierung der Amlacher Landesstraße L 3, überreicht durch den Abgeordneten zum Kärntner Landtag Franz Mandl, wird zur Kenntnis genommen. Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Annahme ist beantragt. Bitte auch hier um ein zustimmendes Handzeichen! – Ist wieder mit den Stimmen der Freiheitlichen, der SPÖ und der ÖVP gegen die Stimmen der Grünen so beschlossen. Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

5. Ldtgs.Zl. 137-6/30:**Bericht und Antrag des Ausschusses für Budget, Landeshaushalt und Finanzen betreffend Budgetierung des Inklusionsprozesses in Kärnten**

Berichterstatter ist der Abgeordnete Christian Poglitsch. Ich bitte um seinen Bericht!

Berichterstatter Abgeordneter **Poglitsch** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In diesem Antrag geht es im Wesentlichen darum, dass der Herr Soziallandesrat aufgefordert wird, einen umfassenden Bericht und eine Kostenaufstellung betreffend den Inklusionsprozess dem Kärntner Landtag zu übermitteln. Ich bitte um das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Die Generaldebatte ist eröffnet. Zu Wort gemeldet hat sich als Erste die Frau Abgeordnete Dr.ⁱⁿ Barbara Lesjak. Ich bitte sie, zu sprechen!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer hier auf der Tribüne und zu Hause vor dem Internet! Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um die Budgetierung der Inklusionsprozesse. Inklusion ist das neue Konzept, das Nachfolgekonzept der Integration. Das ist etwas, was auch von der EU kommt und nicht nur von dort, sondern auch von Expertinnen und Experten, die sagen, dass Menschen mit besonderen Bedürfnissen auch eine besondere Behandlung und eine besondere Umgebung brauchen. Man hat aufgrund vieler Erfahrungen hier in Kärnten und auch anders wo feststellen müssen, dass zum Beispiel Integrationsklassen nicht immer die beste Lösung für die Kinder sind, die in diese Klassen gehen. Unterschiedliche Erfahrungen gibt es hier, man hat ja auch eine große Spannweite von unterschiedlichen, besonderen Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Natürlich ist es ganz klar, dass man diesen Menschen entgegen kommen muss und ihnen auch die Unterstützung und Betreuung zuteil werden soll, die sie brauchen. Deswegen ist das Inklusionskonzept dasjenige Konzept, von dem ich glaube, dass diese Menschen mit besonderen Bedürfnissen auch teilhaben können am gesellschaftlichen und am sozialen Leben und dafür auch entsprechende Unterstützung bekommen.

Wir haben auch schon bei uns in Kärnten einschlägige Lernerfahrungen gemacht in diesem Bereich. Ich darf an diese Geschichte mit der Inklusion in Kühnsdorf erinnern. Hier hat man ein Inklusionszentrum in der Volksschule und Hauptschule in Kühnsdorf errichtet. Ich war vor Ort und habe mir das angesehen. Ich konnte mich davon überzeugen, dass das wirklich mit viel Engagement, mit viel Expertenwissen, mit viel ehrenamtlicher Freiwilligenarbeit geschafft worden ist, dort eine Atmosphäre und eine Umgebung zu schaffen, dass sich die Kinder und die Eltern wirklich darauf verlassen können, dass sie eine gute Betreuung bekommen.

Dr. Lesjak

Wichtig für die Kinder ist das Beschultwerden. Es soll ja nicht sein, dass die Kinder zu Hause bei den Eltern bleiben, wenn sie in einem gewissen Alter sind. Beschulung ist aber dort ein Problem, wo die Schule nicht vorbereitet und ausgerichtet ist auf wirklich sehr besondere Bedürfnisse. Das Beispiel in Kühnsdorf zeigt jetzt im Ergebnis, dass das funktioniert, dass das gut funktionieren kann, aber die Lernerfahrung, das Learning daraus ist sozusagen, wie man es nicht machen soll. Da ist einiges in der Kommunikation schief gegangen. Man hat die Betroffenen zu spät oder auch nicht ausreichend informiert. Man hat zugelassen, dass sich die Betroffenen Informationen selber beschaffen mussten und sich nicht ausgekannt haben. Es war eine gewisse Orientierungslosigkeit. Im Inklusionszentrum in Kühnsdorf ist sehr Vieles auf dem Rücken der Eltern und auch auf dem Rücken der Kinder ausgetragen worden. Ich weiß das auch von den Betroffenen dort. Ich habe Gespräche geführt. Das ist etwas, was wir in Zukunft bitte vermeiden sollten, dass es da ein Gezerre um jedes einzelne Kind gibt und dass man da die Eltern dafür verwendet, dass man das eine oder andere hier favorisiert.

In Zukunft sollten wir eine klare Kommunikation betreiben in Richtung Inklusion, wo das stattfinden soll, wie viel das kosten soll. Selbstverständlich brauchen wir flächendeckend in allen Bezirken diese Einrichtungen und die Betreuungen der Menschen mit besonderen Bedürfnissen, damit die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben ermöglicht werden soll. Was wir aber auch brauchen hier im Hohen Haus, und das ist politisch wichtig und dringlich, wir haben gerade früher gehört, es gibt den Bericht der Behindertenanwaltschaft und der ist noch immer nicht in die Ausschüsse bzw. ins Plenum gekommen. Wir haben hier einen immensen Nachbesserungsbedarf. Dieser Bericht wird zeigen, wo es noch fehlt, wo wir noch nachbessern müssen. Aus diesem Bericht geht auch hervor, dass wir das Chancengleichheitsgesetz dort und da nachbessern müssen. Da gibt es auch Vorschläge von Behindertenorganisationen, auf die man zurückgreifen kann, da hätten wir noch viel zu tun. Ich bitte und fordere den entsprechenden Landesrat und Ausschussvorsitzenden auf, hier ein bisschen mehr Geschwindigkeit hineinzubringen, damit wir hier diese Sache diskutieren und im Sinne der Betroffenen die besten Lösungen fin-

den können. Danke schön! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Als nächstes spricht zu uns die Frau Abgeordnete Annemarie Adlassnig.

Abgeordnete **Adlassnig** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Zuhörer! In diesem Tagesordnungspunkt geht es darum, dass anlässlich der Regierungssitzung am 22. Mai dieses Jahres vor der Regierungssitzung von Landeshauptmann Dörfler den Eltern die Wahlfreiheit bei der Unterbringung der Kinder in der Tagesstätte des BFZ in der Gutenbergschule zugesichert wurde. Jetzt ist es natürlich so, dass dazu von Landesrat Ragger wie aber auch vom damaligen zuständigen Schulreferenten Uwe Scheuch und auch vom Landeshauptmann persönlich zugesichert und in der Regierungssitzung beschlossen wurde, dass – und der Punkt 10 ist einstimmig so zur Kenntnis genommen worden – zur optimalen Entwicklung des Inklusionsprojektes in Kärnten der Schulstandort der SfS, also der Sonderbedarfsschule Gutenberg, die Möglichkeit der Wahlfreiheit der Eltern aufrecht bleibt. Dazu bedarf es logischerweise einer entsprechenden Detailplanung. Diese Detailplanung ist seit Mai offen. Die würde eigentlich anstehen, hier dem Landtag dringend vorgelegt zu werden, daher werden wir heute dazu einen Antrag einbringen, damit wir diese Detailplanung kennen und damit die Wahlfreiheit, die den Eltern in Aussicht gestellt wurde, auch eingehalten wird. Weil in Wahrheit wissen wir von den betroffenen Eltern, dass sie durch Telefonate und diverse Gespräche natürlich sehr verunsichert wurden, ob die Wahlfreiheit und die Unterbringung in der Gutenbergschule noch ermöglicht wird. Somit haben die Eltern natürlich notgedrungen ihre Kinder vorerst einmal in Kühnsdorf in einem Pilotprojekt versorgt. Das Pilotprojekt in Kühnsdorf läuft seit Schulbeginn. Wir werden erst in einigen Monaten den Bericht am Tisch haben, was dort wirklich läuft. Ich glaube, es wird wichtig sein, dass wir die Inklusion schrittweise vorantreiben, aber wichtig ist, dass die Wahlfreiheit für die Eltern,

Adlassnig

die schwerstbehinderte Kinder haben – die sind nicht nur körperlich, sondern oft auch geistig schwer behindert – auch in Zukunft bis 2020 auf alle Fälle ermöglicht wird. Man kann als Politiker nicht ein Versprechen in den Raum stellen und dann dazu doch nicht stehen, daher ersuchen wir den zuständigen Landesrat, diese detaillierte Planung vorzulegen. Wir werden daher diesem Antrag auch unsere Zustimmung erteilen. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Ines Obex-Mischitz. Ich bitte sie, zu sprechen!

Abgeordnete **Obex-Mischitz** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Thema Inklusion möchte ich kurz erklären: Wir haben die Begriffe Integration und Inklusion. Integration heißt, dass wir Menschen, die aus der Gesellschaft ausgeschlossen sind, wieder in die Gesellschaft integrieren. In diesem Fall, bei dem Inklusionsprozess, der Kärnten jetzt begleitet, sind das Menschen mit Beeinträchtigung. Das heißt, sie sind jetzt in sonderpädagogischen Förderzentren, sie sind ausgeschlossen aus der Gesellschaft. Man probiert, sie zu integrieren. Integration gibt es in Kärnten und sie ist sehr, sehr schwierig. Das heißt, Kinder, Jugendliche, gehen in normale Schulklassen. Inklusion heißt, dass diese Integration gar nicht stattfinden muss, weil es nie zu einem Ausschluss aus der Gesellschaft kommt. Das heißt, es ist von vorneherein klar dass, wenn ein Mensch mit Beeinträchtigung zur Welt kommt, dann wissen wir, er kommt mit drei Jahren in den Kindergarten und mit sechs Jahren in die Schule. Es wird alles so vorbereitet, dass es gar nicht dazu kommt, dass er extern betreut wird, sondern er wird sofort inkludiert in die Gesellschaft, in die Schule, in den Kindergarten, in sämtliche Betreuungen, mit Therapien, mit allem Drum und Dran, deshalb ist die Inklusion gut. Wir sind auch für die Inklusion. Nur, was jetzt in Klagenfurt passiert ist in Bezug auf das Behindertenförderzentrum, das ist wirklich typisch, wie es nicht passieren sollte. Hier

wird das Behindertenförderzentrum gegen den Inklusionsprozess ausgespielt. Wir wissen aber heute, und wir haben das auch im Sozialausschuss gehört, dass es Beeinträchtigungen gibt, dass es Therapieformen geben muss, dass es Situationen gibt, wo Kinder einfach nicht in Schulklassen integriert werden können, dass das zu schwierig ist. Es gibt vor allem, und das ist ganz, ganz wichtig, die Wahlfreiheit für Eltern. Es ist auch ein großer Wunsch der Eltern, dass ihre Kinder geschützt werden, dass sie ihre Therapien bekommen. Es ist auch eine große Hilfe im Behindertenförderzentrum in Klagenfurt, dass diese ganzheitliche, die ganztägige Betreuung dort stattfindet. Das heißt, die Kinder kommen in der Früh in die Schule. Sie bekommen dort ein Mittagessen, vor allem auch vor dem Hintergrundwissen, dass 75 Prozent der Erzieherinnen von beeinträchtigten Kindern und Jugendlichen Alleinerzieherinnen sind. Es ist eine große Hilfe, wenn die Therapie vor Ort stattfindet. Das heißt, sie bekommen jegliche Therapie im Haus. Die Therapeuten sind vor Ort. Das funktioniert gut. Das BFZ ist wirklich eine gute Einrichtung und wird gut geführt. Auch die Eltern stehen voll hinter dieser Einrichtung. Dieser Weg, Inklusion gegen BFZ auszuspielen – was jetzt auch passiert, wenn man mit Eltern spricht, die ihre Kinder ins BFZ geben wollen, die sich auf das Wort des Landeshauptmannes Dörfler verlassen haben, es bleibt das BFZ bestehen, es bleibt die Wahlfreiheit bestehen, und jetzt werden sie abgewiesen, es gibt heuer keine Zuweisungen ins BFZ – das ist der falsche Weg. So geht man mit Menschen nicht um, so geht man mit Eltern nicht um! Deswegen kann ich diesen Antrag wirklich nur unterstützen, dass wir wenigstens die Budgetierung kriegen, weil man hört auch, dass das BFZ ausgehungert wird sogar in Bezug auf das Reinigungspersonal. Es ist phasenweise unerträglich, was da zur Zeit stattfindet. Somit geben wir diesem Antrag unsere Zustimmung. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Zu Wort gemeldet ist auch der stellvertretende Klubobmann Abgeordneter Harald Trettenbrein.

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Vorredner haben sich mehr mit dem Gesamtprojekt Inklusion beschäftigt als mit diesem Antrag. Hier geht es darum, dass ein Bericht dem Landtag vorgelegt werden soll, und zwar vom zuständigen Soziallandesrat. Es geht auch um die Finanzierung. Einzig die Kollegin Adlassnig hat auf diesen Beschluss der Regierung hingewiesen, wo in einem Zehn-Punkte-Antrag all diese Dinge beschlossen wurden. Es wurde aber auch, wenn du den gesamten Beschluss gelesen hast, die Finanzierung über den Schulbaufonds mitbeschlossen unter Punkt 7. Das heißt, das, was da im Antrag gefordert wird, ist ohnehin bereits Beschlusslage aus der Regierungssitzung. Auch im Punkt 9 steht drinnen: „Es wird der Kärntner Landesregierung halbjährlich bis zum Abschluss der Umsetzung der Inklusion in Kärnten über den Prozess- und Kostenverlauf wie auch über die Evaluierung berichtet.“ Jetzt sind wir dabei, dass dieser Bericht, der dort in der Landesregierung erfolgt, auch dem Landtag halbjährlich übermittelt wird. Dann können wir hier im Landtag auch das Geschehen im Bereich der Inklusion weiter verfolgen. Die Finanzierung ist für die nächsten vier Jahre auch über den Schulbaufonds gesichert. Auch das Sozialbaudarlehen ist für diesen Bereich bereits für 2013 und 2014 mit 5,6 bzw. 5,2 Millionen aufgestellt, daher – no na nit – werden wir diesem Antrag zustimmen, weil, wie gesagt, das Ganze ohnehin in der Regierung schon beschlossen ist. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Damit liegt mir keine Wortmeldung mehr vor. Die Generaldebatte habe ich geschlossen. Der Berichterstatter hat das Schlusswort!

Berichterstatter Abgeordneter **Poglitsch** (ÖVP):

Ich verzichte auf das Schlusswort und bitte um das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Bitte, die Plätze einzunehmen! Ich bitte um ein zustimmendes Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Bitte, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Poglitsch** (ÖVP):

Der Landtag wolle beschließen:

Der Soziallandesrat Mag. Christian Ragger wird aufgefordert, einen umfassenden Bericht und eine Kostenaufstellung betreffend den Inklusionsprozess in Kärnten dem Kärntner Landtag zu übermitteln.

Ich bitte um Annahme.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein zustimmendes Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Danke dem Berichterstatter! Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 6:

6. Ldtgs.Zl. 147-6/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Budget, Landeshaushalt und Finanzen betreffend Auflösung des Kärntner Landtages vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode Neuwahlen JETZT

Ich bitte den Berichterstatter, Abgeordneten Leikam, zu berichten

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätztes Regierungsmitglied! Hohes Haus! Geschätzte Zuhörer auf der Tribüne! Ich darf den unterbrochenen Antrag erneuern auf Auflösung des Kärntner Landtages vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode.

Ich bitte um das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Die Generaldebatte ist eröffnet. Als erstes zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Gerald Grebenjak.

Abgeordneter **Grebenjak** (F):

Sehr geschätzter Präsident! Hohes Haus! Ganz am Beginn meiner Rede möchte ich mich wieder einmal dafür bedanken, dass es mir möglich ist, nahezu wöchentlich hier am Rednerpult auch unsere Positionen der breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Vor allem die Damen und Herren, die es live via Internet mitbekommen, haben dadurch ein wirklich richtiges und nicht ein von den Medien gezeichnetes Bild. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Wir haben heute – einige Abgeordnete – bereits einen nahezu Sitzungsmarathon hinter uns mit mehreren Ausschusssitzungen und Landtagssitzungen. Einen Punkt einer Ausschusssitzung möchte ich den Damen und Herren, vor allem zu Hause, nicht vorenthalten. Es wurde doch sage und schreibe mit der Mehrheit der linken Einheitspartei ein verfassungswidriger Gesetzesentwurf beschlossen. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, wirklich verfassungswidrig, denn die Stellungnahmen der Verfassungsabteilung beweisen dies.

Und das, meine sehr geschätzten Damen und Herren und vor allem auch an die Adresse des Herrn Abgeordneten Holub von den Grünen, der ja gerne andere Mandatare einer Gesetzesverletzung, einer Pflichtverletzung bezichtigt oder sie benennt, wie kürzlich auch den geschätzten Ersten Herrn Präsidenten Lobnig, dass er nicht für die erforderliche Anwesenheit sorgt, obwohl es dazu keine gesetzlichen Grundlagen gibt. *(Abg. Holub: Geschäftsordnung!)* Ich darf dich zitieren: „Es wäre daher sehr interessant, wie der Verfassungsgerichtshof zu dieser demokratiepolitischen Verhöhnung steht.“ Und genau das, lieber Herr Abgeordneter Holub, erwarte ich mir von dir auch über diese Abstimmung heute im Ausschuss, wo dezidiert ein verfassungswidriger Gesetzestext mit der Mehrheit der linken Einheitspartei den Ausschuss passiert hat. Wenn das kein Gesetzesbruch ist, dann kannst du künftig auf alle anderen wortreichen und vor allem deine

humoristischen Sprüche verzichten. *(Zwischenruf von Abg. Holub.)* Auch in Zusammenhang mit den vorverlegten Neuwahlen, geschätzte Damen und Herren, darf ich Klubobmann Reinhart Rohr vom 14.8.2012 zitieren, in der damaligen Sitzung des Ausschusses für Budget, Landeshaushalt und Finanzen, wortwörtlich, Kollege Rohr: „Man soll die Sachen nicht mit einem Federstrich erledigen, sondern umgehende Reformen brauchen auch Zeit.“ Und genau das ist es! Wir haben noch Hausaufgaben zu erledigen, dann wird es einen vorgezogenen Wahltermin am 3. März 2013 geben und bis dahin werden auch die erforderlichen Weichen gestellt werden. Betreffend das Plakatierverbot und dergleichen darf ich in Erinnerung rufen, was die SPÖ derzeit in Zusammenhang mit dem Bundesheer macht. Großflächige Werbeplakate werden in Wien flächendeckend plakatiert. Geschätzter Herr Klubobmann Rohr und sehr geehrte Damen und Herren der SPÖ, es wäre angebracht, auch das einzudämmen, nicht nur in Kärnten Wasser zu predigen und Wein zu trinken, sondern auch bei den eigenen Genossen dafür zu sorgen, dass diese allgemeinen Regeln, die wir alle haben wollen und auch dafür eintreten, eingehalten werden. Und wie schon bei den letzten Sitzungen zu dieser Thematik werde auch ich heute wieder mein demokratisches Recht in Anspruch nehmen, auch die Empfehlung des Bundespräsidenten aufnehmen und bei der diesbezüglichen Abstimmung den Plenarsaal verlassen. Es sind noch viele Sachen zu erledigen, um von Kärnten und Österreich großen Schaden abzuwenden! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Stellvertretende SPÖ-Klubobmann Abgeordneter Jakob Strauß. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Strauß** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! „Neuwahlen JETZT!“ sind der Antrag, darauf gehe ich vorsichtshalber gleich ein, damit es frisch in Erinnerung bleibt, auch für den Abgeordneten Kollegen Gerald Grebenjak. Wenn er meint, dass hier nicht verfassungskon-

Strauß

forme Ausschusssitzungen stattfinden bzw. Entscheidungen stattfinden, dann möchte ich ihn daran erinnern, dass der Grund und jener der Veränderung des Ortschafts- und Naturschutzgesetzes nur darin liegt, eine Plakatflut von Kärnten abzuhalten, gerade von euch im Jahre 2009, die Kärnten mehr oder weniger nicht mehr erkennen hat lassen.

Aber jetzt zum Tagesordnungspunkt 6, Neuwahlen sind beantragt. Es gibt keine linke Einheitspartei in Kärnten, es gibt drei politische Gruppierungen, die unter Umständen äußerst verschiedene politische Ausrichtungen, aber ein gemeinsames Ziel haben: Kärnten von dieser Geiselhaft der Freiheitlichen zu befreien und Kärnten ein neues Bild zu geben, Kärnten auch eine neue Darstellung zu geben. Ich möchte auch etwas nicht haben, dass womöglich der Kärntner Landtag oder Nachkommen im Kärntner Landtag, die Kärntner Landesbevölkerung unter Umständen intensiv nachdenken müsste, ob wir die Kärntner Landeshymne neu schreiben sollten im Sinne vom Rainhard Fendrich, „Tango Korrupti, wenn einer draufkommt und entpuppt di, nimmst dir an Anwalt, der was kann halt“ und holst dir dann die dementsprechenden Gutachten und die dementsprechenden Situationen. Das ist Politik, die in Kärnten in den letzten 5, 6, 7, 8, 9, 10 Jahren salonfähig war und von den Freiheitlichen auch dementsprechend verfeinert, verbessert und zusätzlich mit einem sogenannten Netzwerk versehen worden ist. Und wenn einer drauf kommt, (*Zwischenruf von Abg. Mag. Tauschitz. – Abg. Mag. Darmann: Da wart ihr dabei! Da wart ihr dabei, in der Regierung!*) dass eben etwas dahinter ist, bist du schwuppdwupp davon, so wie eben auch in der Verantwortung der Abgeordnete Grebenjak gezeigt hat. Und auch wenn die Steuerfahndung irgendetwas aufstöbert und verhandelt, in dem Fall hat eben die Korruptionsstaatsanwaltschaft etwas gestöbert, gibt es „nichts, was den Blutdruck erhebet, denn alles, was wir haben, haben wir sowieso schon irgendwo auf den Bahamas.“ Rainhard Fendrich. Auf Kärnten umgemünzt würde das heißen, das haben wir dann irgendwo drinnen in irgendwelchen GesmbHs, diesmal mit der Namensgebung „Connect“. Darum wissen wir auch, dass dort die Geschäftsführung und alle anderen dementsprechend auch nicht wissen, wo irgendwelche Finanzierungen hergekommen sind. Geschätzte Damen und Herren, das kann nicht der Stil eines

Landes sein, das kann nicht der Stil einer Situation sein, wie man mit Steuergeld umgeht. Die Bevölkerung hat teilweise Angst, mir ist in vielen Gesprächen, weil heute auch der siebente Antrag, der siebente Diskussionsantrag bzw. die siebente Diskussion im Kärntner Landtag ist zu „Neuwahlen JETZT!“ und zu vorgezogenen Neuwahlen in Kärnten, in vielen Gesprächen auf die Frage, „warum habt ihr nicht mitgemacht bei der öffentlichen Demonstration?“, ist mir von vielen zu Ohren gekommen, „ich würde gerne hingehen, ich war in Gedanken dabei, aber ich habe irgendwie Angst vor Repressalien, weil die Blauen haben in Kärnten ein irrsinniges Netzwerk von Abhängigkeit, von Unterdrucksetzen aufgebaut.“ (*Abg. Mag. Darmann: Aber geh!*) Von Unterdrucksetzen insofern, da gibt es ja einen großen Weltmeister, wenn er in seinem Dienstauto unterwegs ist, in einem seiner beiden Dienstautos oder vielleicht mit einem Elektrofahrzeug, hat er das Handy mit und wenn er über seine Pressestelle dann Leserbriefe kriegt und wenn man es recherchieren kann, dann werden diese Personen auch angerufen und unter Druck gesetzt. Ich rede von keinem anderen als vom Landeshauptmann von Kärnten, der das tagtäglich über Jahre, wenn nicht fast Jahrzehnte praktiziert hat. In vielen Funktionen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Und wenn man schon Aussagen hat, dass bei der Vergabe von Bauaufträgen nur gewisse Firmen zum Zug kommen und die nachher gnädig, womöglich mit Fürstengehabe in der Landesregierung vorsprechen müssen, um dann dementsprechend die sogenannten „Skonti“ und „Rabattierungen“ zu besprechen, wobei die Rabattierungen unter Umständen nicht für die Steuerzahler dementsprechend positiv sind, sondern für die Parteikasse, dann ist es wohl höchst an der Zeit, dass wir in Kärnten Neuwahlen brauchen und umgesetzt bekommen müssen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Dann aber durch den ehemaligen Klubobmann und jetzigen Landeshauptmann-Stellvertreter und Parteiobmann Kurt Scheuch als Kärntnerinnen und Kärntner einen Stiefvater oder Adoptivvater vorgesetzt zu bekommen, Landeshauptmann Dörfler vulgo „Landesvater“, das ist, glaube ich, die Spitze des Eisberges einer Politik, die niemand in Kärnten mehr haben möchte und haben will. Die Kärntner sind freie und demokratische Bürgerinnen und Bürger und werden genau wissen und genau beurteilen, welche Leistungen in den letzten Jahren, vor allem auch welche Leistungen der

Strauß

Regierung in Kärnten in den letzten 3, 4, 5 und den Jahren vorher passiert sind. Wahltage sind Zahltag und wir gehen offen in diese Frage hinein. Wir wollen, dass die Kärntnerinnen und Kärntner die Möglichkeit haben, 36 Abgeordnete zum Kärntner Landtag neu zu definieren, neu zu wählen und dass aus der Mitte dieses Kärntner Landtages heraus 7 zukünftige Landesregierungsmitglieder bestimmt werden sollen. Ich appelliere deshalb an die Freiheitlichen, hier unserem gemeinsamen Wahlantrag, 25. November, die Zustimmung zu erteilen, weil gerade Sie jene sind, die Kärnten vor irgendwelchen Dritten, wie Sie immer betonen, schützen wollen. Ich bitte Sie darum, schützen Sie die Kärntnerinnen und Kärntner insofern, indem Sie den Start für Neuwahlen JETZT! freigeben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr.ⁱⁿ Barbara Lesjak.

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und zu Hause vor dem Internet! Zunächst eine kurze Replik auf einen der Vorredner. Der Kollege Grebenjak von der FPK hat gemeint, er möchte gern der breiten Öffentlichkeit ein richtiges Bild vom Landtag zeigen. Also das ist interessant! Jetzt schauen wir doch, wie dieses Bild aussieht. Wie ist denn das Bild, das wir der Öffentlichkeit zeigen sollen, das die Öffentlichkeit sehen soll? Das Bild schaut so aus, dass von 17 FPK-Abgeordneten jetzt noch gezählte 3 im Raum sind. *(Abg. Mag. Darmann: Mehr als ihr! Mehr als Grüne!)* Die anderen haben den Raum wahrscheinlich bewusst verlassen oder auch zufällig verlassen oder sind gerade essen gegangen oder auf die Toilette, ich weiß es nicht, aber das ist jetzt das richtige Bild. Ich weiß nicht, ob man auf so etwas stolz sein soll. Auf so ein Bild, das man der Öffentlichkeit zeigt, man verlässt den Raum, man drückt sich vor einer Verantwortung, man läuft vor der Demokratie davon, man möchte Neuwahlen verhindern. Das ist das Bild, das

man der Öffentlichkeit damit zeigt und darauf wäre ich jetzt nicht sehr stolz. Das ist eigentlich etwas, wo man sagen könnte, ist es angemessen, dass man einfach den Raum systematisch verlässt, jedes Mal aufs Neue? Das ist ja schon irgendwie zum einem komischen Spielchen gekommen, dass man jedes Mal dieses Gezerre hier noch einmal inszeniert und hier in diesem Hause inszeniert, wer hat die Macht und wer hat nicht die Macht. Das ist kein Bild, das der Öffentlichkeit besonders gefallen könnte. Die Medien transportieren dieses Bild, so wie sie es tun. Es ist okay so. *(Abg. Mag. Darmann: Falsch!)* Ja, was heißt falsch? *(Abg. Mag. Darmann: Ja, weil es nicht korrekt dargestellt wird!)* Der Kollege Klubobmann Darmann sagt, die Medien würden der Öffentlichkeit ein falsches Bild zeigen. Aber was ist denn dann falsch und was richtig? *(Abg. Mag. Darmann: Ich werde es erklären!)* Was ist falsch und richtig? *(Abg. Mag. Darmann: Ich werde es erklären!)* Die Medien sind Beobachter dieses Geschehens, sie sitzen da draußen und sie machen sich natürlich ihr eigenes Bild. Damit kann man einverstanden sein oder auch nicht, aber sie schreiben halt das, was sie hier beobachten und das sollen sie auch tun.

Nun zum Inhalt. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren, wir brauchen sofort Neuwahlen, und zwar am besten nächste Woche. *(Beifall von Abg. Holub und der SPÖ-Fraktion.)* Warum brauchen wir Neuwahlen? Wir brauchen deswegen Neuwahlen, weil wir, die Grünen, in die Regierung müssen, weil wir die Einzigen sind, die in diesem Land demokratische und menschenwürdige Zustände herstellen können. Deswegen müssen wir in die Regierung und deswegen brauchen wir Neuwahlen!

Was tun unsere politischen Mitbewerber? Gehen wir zuerst einmal zur FPK. Die FPK demonstriert mit diesen wiederholten Auszügen aus dem Landtag eine noch nie da gewesene Verhöhnung des Landtages und eine Verhöhnung der Demokratie und das ist unerträglich. So etwas ist unerträglich, sich das jedes Mal gefallen zu lassen, wie hier der Landtag verhöhnt wird! Wenn zum Beispiel auch der Landesrat Dobernic sagt, der Landtag sei ein politisches Kabarett, nur weil ihm nicht gefällt, dass hier auch kritische Stimmen laut werden. Oder wenn man dann einen Sprecher ausrichten lässt, „der Landtag kann das schöne Wetter absegnen.“ Also so etwas ist ja

Dr. Lesjak

wirklich eine Frechheit, mit welcher Schmach der Landtag hier behandelt wird! Und das ist typisch, das ist typisch für diese Partei FPK, zuerst sorgt man dafür, dass der Landtag handlungsunfähig wird und dann wird er verhöhnt und verspottet. So wird die Demokratie in Kärnten mit Füßen getreten und das ist etwas, was wir schon lange kennen. Das heißt „System Haider“. Der verstorbene Landeshauptmann hat dieses System eingeführt und hat dieses Maulheldentum, das wir hier jetzt erleben Woche für Woche, politisch salonfähig gemacht. (*Beifall von Abg. Holub und der SPÖ-Fraktion.*) Die FPK macht das immer so! Zuerst wird den Leuten das Geld weggenommen, es wird keine soziale Sicherheit hergestellt, hier wird gespart, gespart, gespart, und dann werden diese Menschen als Sozialschmarotzer bezeichnet. Auch hier im Landtag ist das so auf politischer Ebene. Der Landtag wird irgendwie verschmäht, mundtot gemacht, die Kompetenzen genommen, dann bringt man als Landtag doch etwas zusammen und dann wird das verlacht und nicht ernst genommen. Das ist das System Haider, das bis heute fortgesetzt wird, denn die jammervollen Erben dieses Systems treiben das ja weiter. Sie treiben das weiter und wollen der Öffentlichkeit klar machen oder beweisen, dass das erfolgreich war. Was ist denn die Bilanz aus diesem System Haider? Was haben wir heute unterm Strich, was ist herausgekommen aus den, sagen wir einmal letzten 15 Jahren FPK-Regierungsbeteiligung? Es gibt kein Familiensilber mehr, das Landesvermögen ist verscherbelt worden, es gibt fast nichts mehr, sodass man jetzt noch die Kelag verkaufen muss. Die Liste der Skandale ist nicht enden wollend. Jetzt wird sogar schon gegen den Landeshauptmann ermittelt. Dann, das ist der größte Skandal für mich, sind die Landesschulden so hoch wie nie zuvor – so hoch wie nie zuvor! – und es gibt keine Idee, wie man diese Schulden wieder in den Griff bekommen soll, weil Landesvermögen gibt es keines mehr, das ist alles beim Fenster hinausgeworfen worden. (*Abg. Mag. Darmann: Das ist ein Blödsinn! Das ist eine Lüge!*)

Ist es nicht. Was haben wir denn noch zu verkaufen? (*Abg. Mag. Darmann: 9 Milliarden Euro!*) Wo ist noch was zu verkaufen? (*Abg. Mag. Darmann: 9 Milliarden Euro!*) Kelag-Anteile sind kaum mehr welche da, Wohnbauförderung und so weiter. Wo ist dieses Familien-

silber? Es ist ja nichts mehr da! Das Land Kärnten ist von den Freiheitlichen ausgeblutet worden! Es ist missbraucht worden als Selbstbedienungsladen und als Bühne für diese peinliche Selbstdarstellung! Auf so etwas seid ihr auch noch stolz, das ist ja nur bedauerlich! Das Motto dieser Partei lautet ja offenbar, euer Geld für unsere Leute. Das wissen wir aus den Korruptionsskandalen. Das ist noch nie dagewesen. FPK steht offenbar für: „Für Partei kassieren.“ Das haben wir jetzt mehrfach erlebt. So etwas ist einer Demokratie wirklich unwürdig!

So, gehen wir zur ÖVP. Die ÖVP hat den schönen, schwarzen Anzug ausgezogen und das weiße Büßergewand angezogen (*Abg. Ing. Hueter: Aber kein grünes!*) und das soll euch noch jemand glauben! Das ist ein bisschen scheinheilig, oder, wenn man sagt, Neuwahl, Neuwahl, Neuwahl, und gleichzeitig genau das Gegenteil in der politischen Arbeit tut! Wieso wird der Antrag aus dem Untersuchungsausschuss – es gibt einen Bericht und einen Antrag – wieso wird der nicht behandelt? Wieso wird das nicht behandelt, wo drin steht, dass wir den Bericht zur Kenntnis nehmen, dass Regressansprüche einzufordern sind, dass die politisch Verantwortlichen ihre Verantwortung übernehmen müssen, und, und, und? (*Abg. Poglitsch: Deshalb wollt ihr den Proporz halten!*) Warum wird das im zuständigen Ausschuss nicht behandelt? Das ist interessant! Das ist etwas, wo die Glaubwürdigkeit verschwindet, wo die politische Redlichkeit verschwindet. Das ist etwas, wo das auch nichts mehr hilft, wenn man sich mit einem weißen Büßergewand verkleidet. Das hilft halt nichts mehr.

So, auch zur SPÖ, weil die SPÖ ist ja scheinbar auch oft auf unserer Linie, aber nur scheinbar. Ich vermisse hier die Positionen zur Bildungspolitik. Wo hört man etwas zu einer nachhaltigen, innovativen, zukunftsfähigen Bildung? Wo ist die soziale Ader der SPÖ? Das vermisse ich auch. Von dieser Stelle aus haben wir ja schon einmal festgestellt, dass die SPÖ kein Wolf im Schafspelz ist, sondern ein Schaf im Schafspelz, weil sonst hätten die letzten 15 Jahre anders ausgesehen, dann hättet ihr irgendetwas gemacht! Neuwahlen – freilich, da sind wir auf einer Linie, aber ich erwarte von der SPÖ da auch mehr Kraft und mehr Durchsetzungsvermögen.

Dr. Lesjak

Aus diesen Gründen kann man sagen, das ist etwas, wo wir sofort die politischen Verhältnisse ändern müssen. Es braucht Neuwahlen, wir müssen in die Regierung. Bitte, verzögern Sie nicht durch diese Auszüge einen politischen Wandel in diesem Land! Die Menschen wollen neu wählen, machen Sie den Weg frei für echte Neuwahlen! Denn wir haben auch Ideen, wir reden nicht nur davon, (*Abg. Trettenbrein: Bis jetzt haben wir keine gehört! Bis jetzt habt ihr nur kritisiert!*) sondern wir haben Ideen: Proporz abschaffen, Minderheitenrechte stärken. Wir brauchen in Kärnten eine echte Energiewende. Wir müssen irgendwo Arbeitsplätze schaffen, wir müssen in Kärnten die Zukunft sichern für die jungen Menschen, aber auch für die älteren Menschen. Wir sollten in Green Jobs investieren, wir müssen hier irgendwo ein Potential lukrieren, ein Humanpotential, das wir hier brauchen. Wir müssen die Abwanderung stoppen. Wir müssen die Landwirtschaft sichern. Wir müssen Klimaschutz betreiben und gleichzeitig dadurch Arbeitsplätze schaffen. Es gibt genug zu tun. Legen Sie nicht die Hände in den Schoß, sondern machen Sie den Weg frei für Neuwahlen! Danke schön! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Es folgt der Abgeordnete Rolf Holub.

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Danke schön! Herr Präsident! Grün auf grün, das ist gesund. Wie schaut die Situation diese Woche aus? Wir sind zum siebenten Mal angetreten, der Antrag auf Auflösung des Landtages, Schneewittchen und die sieben Schlümpfe, die immer wieder weggelaufen sind. Es hat heute sogar zwei Anträge gegeben, die das Thema behandeln werden. Das wird eine spannende Geschichte werden. Das Hauptproblem, warum es Neuwahlen braucht, ist ja das, dass die Koalition auseinandergebrochen ist. Seien wir doch bitte ehrlich, wir haben eine andere Situation. Der ehemalige Chef der ÖVP wird diese Woche vor seinem weltlichen Richter stehen und wird zu entscheiden haben: Wahrscheinlich unbedingte Haft; wenn ich nicht rede, vier bis fünf Jahre

unbedingte Haft, wenn ich rede, vielleicht nur ein oder zwei Jahre. Das ist das Hauptproblem. Hier ist eben die Regierungsunfähigkeit entstanden, weil die ÖVP andere Menschen geschickt hat, um ein Zeichen zu setzen. Sie ist gut beraten damit, weil das zeigen auch die Umfragewerte, dass sie nicht so stark abgestürzt ist wie zum Beispiel die FPK, die so tut, als wäre sie unbelehrbar. Es ist auch ein System sichtbar geworden, das es zwar gegeben hat, aber das nicht im Bewusstsein der Wählerinnen und Wähler war, die jetzt gesehen haben, aha, so funktioniert das. Das ist das Theaterstück, das aufgeführt wird und hinter der Bühne werden die Geldsäcke gefüllt mit immer den gleichen Menschen und mit immer den gleichen Systemen. So schlimm das ist, so gesundend ist es auch und bin ich auch den Medien dankbar dafür, dass die Sachen herauskommen! Denn was wäre denn die Alternative? Dass die letzten 20 Jahre nicht aufgearbeitet werden, dass man sagt, es waren alle ehrlich, es hat das alles nicht gegeben. Es ist eine Reinigung und die ist wichtig! Nur, regierungsfähig ist dieses „Arnulf-Platz-Konstrukt“ nicht mehr. Jetzt sitzt da der Dr. Wolfgang Waldner, der sicherlich nicht die Spiele mitmachen wird, die früher die ÖVP mitgespielt hat. Es ist auch die SPÖ nicht mehr bereit und hat neuen Mut gefunden. Ich glaube der SPÖ, wenn sie das System jetzt wirklich ändern will, und ich hoffe, dass das so ist. Ich hoffe, dass mit dem Peter Kaiser der Proporz abzuschaffen ist, weil der das Hauptproblem ist, nicht der Peter Kaiser, sondern der Proporz. Überlegt euch einmal: Wie sind denn die Budgets immer zustande gekommen? Ja, immer die gleichen Konstellationen. Der Jörg Haider hat wie im Casino einmal auf Rot, einmal auf Schwarz gesetzt, einmal auf Rot, dann war die Bank gesprengt und weg war die Hypo-Bank. So ist es natürlich in die Höhe lizenziert worden. Besonders vor Wahlen hat man sich noch geschwind in einem Nachtragsvorschlag so und so viel Geld gegeben, damit man so und so viel Plakate machen kann. (*Abg. Mag. Darmann: Unglaublich!*) Von dieser Stelle an den Herrn Abgeordneten Grebenjak: Bitte, versuchen Sie zu verstehen, was wir hier tun in der Legislative! (*Abg. Grebenjak: Unglaublich! – Abg. Trettenbrein: Der geht da hinaus und lügt! Das ist ein Wahnsinn!*) Versuchen Sie, das zu verstehen, was wir machen mit dem Antrag in Bezug auf Ortsbildpflegegesetz und Naturschutzgesetz! Wir nehmen Ausnahmen weg,

Holub

Ausnahmen, die es für politische Parteien in Wahlen gegeben hat. Wir schänden nicht die Verfassung. Die Verfassungsabteilung sitzt daneben und nickt und sagt Ja. (*Abg. Mag. Darmann: Nicht zu eurem verfassungswidrigen Gesetz!*) Und auch der Verfassungsdienst des Bundeskanzlers sagt Ja dazu. (*Abg. Mag. Darmann: Nicht zu eurem verfassungswidrigen Gesetz!*) Das sagen sie! Die Wirtschaftskammer sagt, na ja, das gefällt uns nicht, da könnt ihr schreien, soviel ihr wollt! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Verfassung ist Verfassung! Ich bin der Erste, der einem Gesetz nicht zustimmt, wenn es nicht verfassungsgemäß ist, das könnt ihr mir glauben. Wenn ich aber vom Gemeindebund, vom Städtebund, von der Verfassungsabteilung des Bundeskanzlers und von der Verfassungsabteilung des Landes grünes Licht bekomme, dann sage ich Ja, auch wenn dieses Gesetz natürlich für diese Wahl gedacht ist, das Ortsbild zu schützen und die Natur zu schützen, nämlich vor diesen „Gfriesern“, die überall herumstehen und unser Geld verblasen. Man muss die Politiker nicht sehen, man weiß eh, dass sie verantwortlich sind. Ich muss sie persönlich nicht besonders sehen. (*Abg. Mag. Darmann: Du hast es notwendig, so was zu sagen!*) Wem ist die ganze Geschichte eingefallen, lieber Mag. Darmann? Wem? Deinem Chef, dem Gerhard Dörfler! (*Einwände von Abg. Mag. Darmann.*) Der ist damit auf den Balkon hinaus gesprungen und hat gesagt, wenn es Gesetz wird, dann stimmen wir eh zu, hat er gesagt, wir wollen keine Plakate haben. Jetzt will er etwas anderes. Ich weiß nicht, wo – in Bosnien – er sich gerade aufhält und das Land Kärnten vertritt, aber gescheiter wäre, er wäre da und würde der Bevölkerung in dieser schweren Stunde helfen, zu der er nämlich in seiner Verantwortung beigetragen hat. Es ist ja unfassbar, was da herauskommt, dass ein Kassier einer Partei nicht weiß, wie der Kontostand ist, sei es jetzt nur eine Viertelmillion auf oder ab! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Das ist unfassbar! Fragt bitte jeden Kegelverein. Merkt der das nicht? Der Kassier schaut auf das Konto und sagt, ja, eine Viertelmillion mehr oder weniger, es wird schon wer gewesen sein. Na super! So wenig Geld ist das nicht! Wenn er es nicht weiß, dann hat er zwei Möglichkeiten: Entweder er macht seinen Job nicht, oder die andere möchte ich mir eben nicht vorstellen. So schaut die Situation im Moment aus. Und: Wenn es nicht weitergeht, dann werden wir halt streiten. Dann wird

die FPK ewig recht haben mit Ausziehen und die Sache verhindern. Nur, ein gutes Bild macht das nicht! Schaut euch die Umfragen an! Ihr steigt nicht hinauf. Wir werden schauen, dass ihr kein Drittel mehr kriegt. Dann können wir die Verfassungsgesetze ändern und das Land wirklich nach vorne bringen. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Oder ihr werdet so gescheit, dass ihr mitstimmt. Beim Rechnungshofgesetz schaut es so aus, als wenn ihr zwischendurch Vernunft annehmt und nicht nur andere Sachen.

Wie gesagt, es braucht Neuwahlen. Diese Woche wird es zeigen, da wird es noch ein paar schöne „Klescher“ tun. Schauen wir, dass wir es alle verdauen können, weil es fällt auf uns alle zurück, das dürfen wir auch nicht vergessen. Ich frage die Blauen, wann sie wieder an den Verhandlungstisch kommen werden? Sie sind immer eingeladen von allen. Wir werden einen Termin finden. Wir werden eine Möglichkeit finden, nicht Steuergeld zu verblasen, sondern einen anständigen, fairen Wahlkampf zu führen, so wie es sich gehört für alle anständigen Parteien. Wir werden so schnell wie möglich das Land wieder neu aufstellen, weil das braucht es. Wir haben genug Kräfte, die gescheit genug sind, das verstehen zu wollen und das auch zu machen. Mit diesen Kräften möchte ich arbeiten. Danke schön! (*Beifall von Abg. Dr. Lesjak und von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Ich bitte als Nächsten den Abgeordneten Klaus Köchl ans Pult!

Abgeordneter **Köchl** (SPÖ):

(*Abg. Mag. Darmann: Heute gar nicht Erstredner?*) Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Lieber Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Peter Kaiser, der hier von der Regierung im Kärntner Landtag ist und dem Landtag den Respekt zollt, die mehrheitlich haben will, (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und von Abg. Holub.*) dass wir diesem traurigen Schauspiel endlich ein Ende setzen. Siebenmal, Klubobmann Darmann, zieht ihr da jetzt aus. Ich muss sagen, wenn dann ein Grebenjak hergeht und sagt, er ist froh, hier zwei Minuten heraus zu gehen, das gleiche Geld

Köchel

zu kassieren wie alle anderen Abgeordneten auch, um dann stolz hinaus zu gehen, weil das verfassungsmäßig konform ist, dann muss ich wirklich sagen so auf gut Kärntnerisch, da lachen ja wirklich schon die Hühner drüber. Das einer Kärntner Bevölkerung zuzumuten, ist meines Erachtens wirklich das Letzte! Wenn das die Öffentlichkeit nicht auch so sehen sollte, dann würde ich mich schon sehr, sehr täuschen, denn verfassungswidrig ist das auf alle Fälle, was ihr hier macht. Ihr erledigt eure Hausaufgaben nicht, weil ihr das einfach nicht könnt. Hausaufgaben erledigen kann man in einer Legislaturperiode, Hausaufgaben erledigen hättet ihr können nach dem Wahlverhältnis, wie ihr aufgestellt seid über 44 Prozent die letzten 20 Jahre in Kärnten. Ihr habt gezeigt, dass ihr das nicht könnt. (*Zwischenruf von Abg. Trettenbrein.*) Ihr habt dieses Kärntnerland als Schlusslicht von allen Bundesländern in Österreich geführt, deshalb glaube ich, wird es endlich Zeit, dass die Mehrheit hier im Kärntner Landtag das Recht bekommt, das ihr zusteht, nämlich zu sagen, wir wollen Neuwahlen, wir wollen für die Kärntnerinnen und Kärntner ein besseres Kärnten. Es ist mittlerweile schon so, dass wir in ganz Europa wirklich eine Lachnummer sind. Beim Tourismus und bei vielen anderen Dingen und vor allem bei der Wirtschaft werden wir sehen, dass das so nicht geht.

Wenn ihr immer wieder von einer Einheitspartei redet, dass die SPÖ, die ÖVP und die Grünen eine Einheitspartei sind, (*Abg. Mag. Darmann: Die linke Einheitspartei!*) dann verstehe ich euch, weil ihr Angst habt, weil wir heizen der FPÖ ein! Das ist das, vor dem ihr Angst habt! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Um das geht es letztendlich! Davor habt ihr ganz einfach Angst! Und einen Landeshauptmann zu haben, (*Zwischenruf von Abg. Mag. Darmann.*) das, glaube ich, ist schon eine der bedenklichsten Angelegenheiten hier in diesem Land, der diesen Kärntner Landtag wahrscheinlich nur mehr von außen kennt, der sich an den Harald Döbner anlehnt, dass dieser Kärntner Landtag für ihn nicht würdig ist, hier zu erscheinen. Er befindet sich irgendwo im Ausland. Er steht hier nicht mehr Rede und Antwort. Ich muss sagen, menschlich verstehe ich ihn sogar irgendwo. Wenn es mir so dreckig geht, dass ich in einem Zeitungsinterview mit dem Wolfgang Rössler wortwörtlich sage: „Als Kassier der Partei weiß

ich über jeden Cent und jeden Euro Bescheid.“ Wenn er dann hergeht und zwei Monate später beim Armin Wolf in der ZiB 2 die Aussage tätigt: „Ich gebe mein Ehrenwort, dass kein Cent in die Parteikasse geflossen ist“, dann weiß ich ja nicht, was das eigentlich soll. Wie sieht man das eigentlich in der Bevölkerung? Jeder Hauptkassier von einem Bienenzuchtverein oder von sonst etwas weiß ganz genau, was in der Kassa ist. Wenn der Obmann oder der Vorsitzende, so wie es damals der Landeshauptmann Dr. Haider war oder der Uwe Scheuch, nicht wissen, wie man mit dem Geld umgeht und das mit beiden Händen aus dem Fenster werfen, dann habe ich als Kassier, wenn ich verantwortungsvoll bin, die Notbremse zu ziehen und ganz klar zu sagen, dass das so nicht geht! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Das verstehe ich unter einem Kassier. Wenn jemand nicht einmal geeignet dazu ist, ein Kassier einer Partei zu sein, die heute einsam und alleine hier nicht in diesem Kärntner Landtag sitzt, weil alle hinaus gehen, dann glaube ich, kann so ein Mann letztendlich nicht Landeshauptmann sein und schon gar kein Landesvater. Das ist für mich kein Landesvater. Landesväter sind für mich Landeshauptleute, die lang gedient sind, die würdig sind, etwas weiterzubringen. Aber so ein Landeshauptmann, der sich an nichts erinnern kann, und der nur mit Bierfasseln in der Gegend herumwerfen kann, mit Spaten herumwerfen kann, der letztendlich hergeht und dieses Land an den Abgrund führt. So weit bin ich nämlich schon, dass ich sage, es geht in den Abgrund. Bitte macht so nicht weiter! Und könnt ihr mir jetzt die Frage beantworten, wenn ihr alles so toll macht, warum am 3.3.2012 gewählt werden sollte, wo ihr eh alles so gut macht und der Landeshauptmann im Ausland der Große ist und dort eigentlich eh schon alle ziemlich lachen über ihn, warum wählen wir 2013 und warum geht dann der Kurti Scheuch her und sagt, na ja, der 20. Jänner könnte es ja auch sein? Ihr haltet ja den Druck nicht mehr aus! Ich schaue euch da an, aber ihr seid nicht mehr da, das ist das Problem. Ihr haltet den Druck nicht mehr aus! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Das ist das.

Und zur ÖVP: Ich glaube schon, dass es ganz, ganz notwendig ist, lieber Klubobmann, dass die Sachen, die wir im Finanz- und Budgetausschuss jetzt für unser Kärnten beschließen, dringend notwendig sind. Ich ersuche euch schon, hier an der Stange zu bleiben, nicht in eurem neuen

Köchhl

Landesrat und neuen Parteiohmann in den Rücken zu fallen und herzugehen und zu sagen, das ist vielleicht nicht notwendig oder das wollen wir so nicht. Ich glaube, dass das sehr gefährlich ist und dass ihr da aufpassen müsst, denen den Rücken zu stärken. Ich bin überzeugt davon, dass es ein ausgezeichnetes Zusammenarbeiten geben wird und das wird unser Land auch dringend brauchen. Zur Barbara Lesjak darf ich vielleicht auch noch einen Satz sagen. Liebe Barbara Lesjak, als wir Sozialdemokraten uns vor mehr als 120 Jahren gegründet haben, das sage ich jetzt einmal so salopp, da brauchst du auf mich nicht beleidigt zu sein, hat es die Grünen, ich weiß nicht, noch nicht einmal gegeben (*Abg. Dr. Lesjak: Wir sind eine junge Partei!*) oder sie waren irgendwo auf Bäumen unterwegs, da haben wir schon Sozialpolitik gemacht. Das muss ich dir ganz ehrlich sagen. Und ich lasse mir das von dir nicht sagen, dass wir in Kärnten sozial nichts gemacht haben! Es war eine Gaby Schanig und es waren wir, die in den letzten Jahren dafür gesorgt haben, dass es sozial in Kärnten noch ein bisschen geht. Erst jetzt, wo der Soziallandesrat Ragger kommt, fangen die Menschen an, zu spüren, dass es in Kärnten nicht mehr sozial ist. Und uns das umzuhängen, das finde ich nicht in Ordnung! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Zwischenrufe von Abg. Mag. Darmann und Abg. Dr. Lesjak.*) Das finde ich nicht in Ordnung! Und die Bildungspolitik, liebe Barbara, ich glaube, da hätten die Grünen schon auch ein bisschen was mit einbringen können. Wir haben in Kärnten in den letzten Jahren nicht viel zu reden gehabt und wenn wir Kraft haben werden, es durchzusetzen, dass es eine ordentliche Bildungspolitik gibt, dass es genügend Kindergartenplätze gibt, dann werden wir die Ersten sein, die dabei sind. Ich hoffe, dass du das nicht vergisst und uns da auch unterstützt! (*Abg. Dr. Lesjak: Freilich!*) Wir werden es durchsetzen, davon bin ich felsenfest überzeugt! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Trettenbrein: Traum weiter!*) Ich glaube auch, dass mit diesem Neuwahlantrag und wir werden da ja nicht nachgeben, wir bleiben hartnäckig, es will das die Bevölkerung, ich merke auch, dass die Medien immer mehr auf diesen Zug mit aufspringen, weil sie ganz einfach sehen, dass es so, wie es da ist, nicht weitergehen kann. Ich glaube, das hat ja wirklich keinen Sinn. Das hat ja keinen Sinn, dass wir bis 3.00 Uhr früh in den Ausschüssen herumtun und dass wir da herunkämpfen. Ihr

bringt ja keinen einzigen Beschluss mehr durch. Das passt nicht, das ist Stillstand, viele, viele Monate und das ist ein Schaden, der Kärnten zugefügt wird und den könnt ihr ganz alleine verantworten. Wir werden nicht nur Schlusslicht sein, sondern Schlusslicht vom Schlusslicht, das kann ich euch sagen, wenn ihr so weitermacht. Danke schön! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Die Klubobleute-Runde beginnt jetzt der Kollege Mag. Darmann.

Abgeordneter **Mag. Darmann** (F):

Danke, geschätzter Herr Präsident! Werter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Hohes Haus! Werte Zuseher und Zusehrinnen auf der Galerie und zu Hause im Internet! An meiner Stimme hört man, dass ich gesundheitlich etwas angeschlagen bin, nichtsdestotrotz ersuche ich, mir die Aufmerksamkeit zu schenken, wenn es darum geht, auch von unserer Seite einiges klarzustellen, vor allem zur vorherigen Rede des Kollegen Köchl, aber grundlegend natürlich zum Thema Auflösung des Kärntner Landtages, wie wir es bereits auch in den letzten Landtagssitzungen getan haben. Geschätzte Damen und Herren, an sich wollte ich ja nur grundlegend zum Thema Auflösung Landtag, rechtliche Kompetenz, Arbeit fürs Land, Reformen fürs Land, Beschlussfassungen heute im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsausschuss, aber auch im Budgetausschuss, reden, aber Kollege Köchl hat mir eine Unzahl von Möglichkeiten aufgelegt, hier zu replizieren und darauf freue ich mich im besonderen. Geschätzte Damen und Herren, Kollege Köchl hat festgehalten, man solle – und das hat er vorweg in seiner Rede gesagt – diesem traurigen Schauspiel ein Ende setzen, da nicht mehr gearbeitet wird. Drei Tagesordnungspunkte vor dieser Debatte hat es eine Diskussion über eine Reform des Landesrechnungshofgesetzes gegeben. Ich gehe in meinem guten Glauben an Ihre Aufmerksamkeit einmal davon aus, dass Sie noch in Erinnerung haben, was wir hier parteiübergreifend, quer durch alle Fraktionen besprochen haben, nämlich nicht das von uns bereits eingebrachte und

Mag. Darmann

vorliegende Gesetz zur Reform des Landesrechnungshofes und dessen Kompetenzen und Ausweitung und mehr Transparenz im Land gleich zu beschließen, sondern auf Grundlage der Parteiengespräche der letzten Tage, aber auch der Ausschussarbeit im heutigen Rechts- und Verfassungsausschuss, in den nächsten Tagen weitere Parteiengespräche zu führen, um nach Möglichkeit die Konsensmaterie – ich betone, die seit Jahren und Jahrzehnten bestehende Konsensmaterie Kompetenzen des Landesrechnungshofes – auch im Konsens in der nächstwöchigen regulären Landtagssitzung einer Lösung zuzuführen. Das wurde von Ihnen allen vor einer Stunde, eineinhalb Stunden bestätigt. Was heißt das jetzt für mich? Wenn Kollege Köchl herauskommt, „Neuwahlen JETZT!“ und Auflösung des Landtages jetzt, weil hier nicht mehr gearbeitet wird, (*Abg. Köchl: Das sage nicht ich, sondern die Mehrheit des Landtages!*) hat er die Diskussion vorhin nicht mitbekommen, geschätzter Kollege, die Mehrheit des Landtages hat dich overruled, weil heute einstimmig gesagt wurde, dass in den nächsten Tagen dieses Gesetz nach Möglichkeit im Konsens beschlossen werden soll. Das heißt, was soll die Diskussion jetzt, den Landtag mit diesem Tagesordnungspunkt oder vielleicht mit dem nächsten aufzulösen? Das ist die Ehrlichkeit, die man an sich einfordern sollte, wenn man gegenüber der Öffentlichkeit als Abgeordneter des Kärntner Landtages auftritt, dass man sagt, wir haben gerade vor einer Stunde quer durch alle Parteien gesagt, in den nächsten Tagen werden wir alles daran setzen, die Kompetenzen des Landesrechnungshofes auf neue Pfähle und Pfosten zu stellen, damit er auch mehr Prüfungskompetenz in die Hand bekommt und alles verfassungsrechtlich korrekt niedergeschrieben wird. Das wollen wir in der Sitzung in der nächsten Woche gemeinsam beschließen, diesen Beschluss in einer der nächsten Verfassungsausschusssitzungen auf die Reise schicken und dann wird hier gesagt, es wird nicht mehr gearbeitet und es muss heute der Landtag aufgelöst werden. Was bringt denn dann das Bekenntnis aller Parteien vor einer Stunde dazu, nächste Woche das nächste Gesetz zu beschließen, wenn wir jetzt und heute hier alles auflösen sollen? Eine Frage, die speziell der Kollege Köchl sich bitte durch den Kopf gehen lassen soll, die aber natürlich für die Allgemeinheit und vor allem für die Medien aufgeworfen werden soll, denn, was in den letzten Tagen wieder dargestellt wurde an

Berichterstattung über die letzten Landtagssitzungen und immer wieder auch vom öffentlichen Rundfunk ORF kommuniziert wurde, dass es Weigerung an der Sitzungsteilnahme durch freiheitliche Abgeordnete gäbe – ich betone, gäbe! – das entspricht nicht der Wahrheit und ist eine Verdrehung der Fakten, die der Bevölkerung draußen vorgegaukelt wird, geschätzte Damen und Herren. Kollege Köchl, da bin ich bei deinem nächsten Punkt, du sagst, mein Kollege Grebenjak sollte weniger Gehalt als Abgeordneter beziehen, weil er hier eine Rede gehalten hat und dann hinausgegangen ist bei diesem Tagesordnungspunkt. Er war die ganze Sitzung anwesend wie der Rest meiner Kollegen ebenso, bis auf einen, der wegen einer Operation im Krankenhaus liegt, das sei hier dazugesagt, bevor danach wieder irgendetwas Falsches hineininterpretiert wird, das sage ich gleich einmal dazu. (*Einwände aus der SPÖ-Fraktion.*) Der Vorwurf von euch ist ein anderer und das wisst ihr ganz genau, deswegen vermischt jetzt bitte nicht Äpfel und Birnen! Wenn es darum geht, hier die Anwesenheit zu diskutieren und du dann von deiner Seite in einfacher Form, zugegeben, soll so sein, wenn du das nach außen hin so kommunizieren willst und so darstellen willst, als würde es hier ein Sitzungsgeld für die Landtagssitzung gegen ist es deine Sache. Wir alle wissen, dass es dieses Sitzungsgeld nie gegeben hat und auch nicht gibt und auch in Zukunft nicht geben wird, aber wenn er sagt, mein Kollege Grebenjak hält da vorhin eine Rede und geht dann hinaus, dann hat er auch das Wort ergriffen und hat sich hier entsprechend zu Wort gemeldet und die Möglichkeit seines freien Mandates genutzt, seine Meinung zu diesem Thema kund zu tun. Werte Kollegen der Sozialdemokratie, die dieses Thema jetzt aufgebracht haben, von euch haben heute einige Personen noch gar nicht geredet und auch zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht, ich war es nicht, der diesen Punkt jetzt aufgerissen hat, dass das mit weniger Gehalt zu verbinden wäre. Nur zum Nachdenken, geschätzte Kollegen der SPÖ!

Nächster Punkt: Den Landeshauptmann Dörfler hier wieder mit Querschüssen anzugreifen, obwohl, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, aber auch wertige Medienvertreter, obwohl sogar gestern über die Medien von Seiten der Staatsanwaltschaft klargestellt wurde, dass in der gegenständlichen Thematik, die hier vorhin ange-

Mag. Darmann

sprochen wurde, vom Herrn Kollegen Köchl, der eben den Raum verlässt – da sollten wir uns jetzt überlegen, wie wir mit seinem Gehalt umgehen – angesprochen wurde und die Staatsanwaltschaft klargelegt hat, dass es keine Ermittlungen gegen den Herrn Landeshauptmann in dieser Sache gibt, obwohl von diesen dauernd gesprochen wird, vor allem von Seiten der Sozialdemokratie, aber auch von den Grünen, dann ist das auch ein Faktum, das hier von meiner Seite klargestellt gehört, denn es kann ja nicht sein, dass rein aus parteipolitischer Räson sogar so tief in den Schmutzkübel gegriffen wird, dass nicht einmal ein Ermittlungsstand oder nicht gegebene Ermittlungen zu Ermittlungen gemacht werden und der Bevölkerung verkauft wird, ihr Landeshauptmann, ihr Landesvater, wäre in Ermittlungen verwickelt. Das ist ein Verdrehen der Fakten rein aus parteipolitischem Kalkül, das aufs Schärfste zu verurteilen ist, geschätzte Damen und Herren! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Ein nächster Punkt, und da bin ich noch nicht einmal bei den Generalthemen, zu denen ich zu sprechen kommen wollte, war das Eingeständnis, das vermeintliche Eingeständnis der SPÖ vorhin in den Wortmeldungen, sie hätte in den letzten Jahren „ja gar nicht soviel zu sagen gehabt“. Das war das wortwörtliche Zitat. Nächstes Beispiel, angehängt an dieses Zitat, „beispielsweise in der Bildung“. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich frage mich schon, wer ist denn Bildungsministerin der Republik Österreich und hat in Zusammenschau mit dem Land Kärnten wesentlichen Eingriff und Durchgriffsrecht auf alle bildungspolitischen Maßnahmen, die auch hier in diesem Land gesetzt werden? Ist das eine Bundesministerin Schmied aus den Reihen der Sozialdemokratie? Eine Frage, die Sie, wie jeder andere, der sich politisch damit beschäftigt, vor allem mit Bildungspolitik, sehr wohl mit Ja beantworten werden können. Und deswegen hier herauszustehen und zu jammern, zu sagen, man hätte ja im Bildungsbereich in den letzten Jahren leider nichts zu sagen gehabt, ist alles andere als korrekt und sehr leicht durchschaubar, was man hier versucht, der Bevölkerung für wahr verkaufen zu wollen.

Aber nunmehr weg von den Klarstellungen, die getroffen werden mussten, hin zu einigen wesentlichen Begründungen dafür, wieso auch wir in vorgezogene Neuwahlen werden und wollen (*Abg. Ing. Ebner: Warum?*) und das auch damit

bekanntgegeben haben, dass wir am 3. März 2013 in diese Wahlen schreiten, immerhin ein Jahr vor dem regulären Wahltermin, geschätzte Damen und Herren. Von Ihrer Seite herauszukommen und, hier spreche ich wieder vor allem die Sozialdemokratie an, uns zu sagen, wir wollen ja nur in Neuwahlen, weil „ihr haltet den Druck nicht mehr aus“, dann sage ich euch jetzt, mit der Sondersitzung des Kärntner Landtages am 3. September diesen Jahres war euer angestrebter Neuwahltermin 25. November praktisch nicht mehr möglich. Mit Ablauf des heutigen Tages ist euer 25. November theoretisch nicht mehr möglich. Das soll sich jeder vor Augen führen, auch die Öffentlichkeit, nämlich die Medienöffentlichkeit, wenn es darum geht, eure Forderungen weiter hinauszutragen und zu sagen, Neuwahlen JETZT!, Neuwahlen jetzt und sofort, damit ist auch klar durchschaubar und sehr leicht durchschaubar, wieso man jetzt vom 25. November abgegangen ist und hinhechelt zum Jänner. Hinhechelt zum Jänner, weil man ja sonst medial auch nichts zu verkaufen hätte, weil der Termin wäre ja weg. Sehr leicht durchschaubar und von eurer Seite auch entsprechend nichtssagend ebenso kommentiert, geschätzte Damen und Herren. 3. März 2013 als Neuwahltermin deswegen, weil es gilt, Hausaufgaben hier im Kärntner Landtag, aber auch in der Landesregierung zu erledigen. Und ich kenne eine Vielzahl von Abgeordneten hier im Kärntner Landtag und hier rede ich nicht nur von den freiheitlichen Kollegen, sondern quer durch alle Fraktionen, auch in der Sozialdemokratie, bei der ÖVP, aber auch bei den Grünen, die das erkennen, dass es notwendig ist, Projekte, fast finalisierte, aber auch finalisierte Projekte, die in der Landesregierung auf Abarbeitung warten, nämlich auch hier durch unseren Kärntner Landtag, die hier in den Ausschüssen auf Abarbeitung warten, hier einer entsprechenden Bearbeitung zuzuführen und auch einer Beschlussfassung zuzuführen, geschätzte Damen und Herren. Ich habe vorhin schon das Landesrechnungshofgesetz angesprochen, die Reform eben dieses Gesetzes. Das zeigt ja als Idealfall eines Beispiels auf, dass es quer durch alle Fraktionen erkannt wurde, dass hier eine Gelegenheit gegeben ist – nach Möglichkeit, muss ich dazu sagen, in der nächsten Woche, ich gehe davon aus, dass es in der nächsten Woche auch zustande kommen wird, sonst auch in den nächsten Wochen – Beschlüsse zu fassen, die diese Reform parteiüber-

Mag. Darmann

greifend, im Idealfall eben konsensorientiert, einstimmig möglich machen. Denn auch dort ist eine Verfassungsmehrheit vorgesehen, die wir logischerweise erlangen sollten, da es sonst dieses Gesetz nicht gibt, aber mit fehlendem Gesetz auch die entsprechenden Kompetenzen des Landesrechnungshofes nicht ausgeweitet und auch nicht reformiert werden können. Das sollte auch im Verantwortungsbewusstsein der einzelnen Fraktionen vergegenwärtigt werden, geschätzte Damen und Herren. Dieses Landesrechnungshofgesetz war seit Wochen, möchte ich fast sagen, Zankapfel. Wir haben von unserer Fraktion mehrfach einen Gesetzesentwurf eingebracht, der in allen Punkten, ich betone, in allen Punkten die bekannten Forderungen der SPÖ und der ÖVP abgedeckt haben, in vielen Punkten auch der Grünen, die – ich stehe auch heute nicht an, dazu zu sagen – auch darüber hinaus noch einige Forderungen haben. Aber wir haben in den letzten Tagen Gespräche geführt, heute im Ausschuss entsprechende Gespräche geführt und sind auch dort zum Schluss gekommen – und dort hat auch der Herr Kollege Holub das ganz genau auf den Punkt gebracht, dass es wesentlich wäre von seiner Seite, die 80 Prozent, die zur Zeit einmal im Konsens erreicht sind, von Seiten der ÖVP hat Kollege Tauschitz festgehalten, 99,8 Prozent wären im Konsens schon erreicht – dass wir dies einmal durch das Ziel bringen fürs Erste und damit eine Reform zustande bringen, was die Kompetenz des Landesrechnungshofes betrifft. Weitere darüber hinausgehende Wünsche können wir in einem nächsten Etappenschritt gerne in die Verhandlungen aufnehmen. Es wurde heute dies von Seiten der Grünen schon andiskutiert und diese Bereitschaft – ich sehe ein Kopfnicken vom Kollegen Holub – im Ausschuss auch kundgetan. Auch von unserer Seite sollte es möglich sein, genau diesen Schritt zu gehen, zuerst einmal die Konsensmaterie für uns zu schaffen, diese einer Beschlussfassung zuzuführen, um hiermit auch endlich diese Reform zu vergegenwärtigen und stattfinden zu lassen und in den nächsten Schritten noch tiefer in die Materie hinein zu gehen und das eine oder andere noch weiter zu verhandeln, um das eventuell auch noch heuer im Herbst zustande zu bringen für eine Beschlussfassung im Sinne der Transparenz im Lande Kärnten, geschätzte Damen und Herren. Das ist der eine Punkt und als Beispiel zu den Hausaufgaben soll jetzt auch dieses Landesrechnungshofgesetz gehören.

Der nächste Punkt, der von unserer Seite stets kommuniziert wurde, auch weiter kommuniziert wird, selbst nach Beschlussfassung des deutschen Bundesverfassungsgerichtshofes, ist die Verfassungsklage des Landes Kärnten gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus, wie er in Wien im Sommer dieses Jahres durch SPÖ, ÖVP und Grüne beschlossen wurde. Geschätzte Damen und Herren, ich habe bereits in den letzten Sitzungen immer wieder die Gelegenheit genutzt, klar zu stellen, und das mache ich auch heute, dass wir Freiheitlichen sowohl auf Landesebene aber auch unser Partner auf Bundesebene alles daran setzen werden, was rechtlich möglich ist, um diesen von der Bundesregierung mit den Grünen beschlossenen Griff der Europäischen Union in den österreichischen Steuertopf zu verhindern. Wenn ich sage, alles rechtlich Mögliche, ist das die bereits in Vorbereitung befindliche Verfassungsklage des Landes Kärnten durch Mehrheitsbeschluss der Kärntner Landesregierung, die genau das auch zum Zweck hat, um diesen ESM in die Schranken zu weisen, um vor allem etwas auch zu bewerkstelligen, dass bei Beschlüssen dieser Art, die so nachteilig zu Lasten der Republik Österreich, aber insbesondere auch des Landes Kärnten gehen, und im schlimmsten Falle noch darüber hinaus auch die Pleite der Republik Österreich herbeiführen können – das wissen Sie alle, nach dem ESM-Vertrag wäre das, wenn alle Milliarden oder hunderte Milliarden schlagend werden, auch für Österreich nicht verkraftbar – dass solche Konstrukte ja niemals – niemals! – ohne Einbindung der österreichischen Bevölkerung zu einer Beschlussfassung kommen dürfen, geschätzte Damen und Herren! *(Beifall von der F-Fraktion.)* Denn all das, was die vergangenen Verträge, „Verfassungen“, Verträge der Europäischen Union ausgezeichnet hat, nämlich keine Transferunion zu sein, dass es verboten war, durch Transferleistungen Wirtschaften anderer europäischer Staaten zu stützen, führt jetzt, umgewandelt durch den ESM und durch den Fiskalpakt, in eine Transferunion. Das heißt, für all das, was die österreichische Bundesregierung, allen voran ÖVP und SPÖ, immer kommuniziert haben, das ist das Gelbe vom Ei, davon brauchen wir nicht abgehen, das ist eine Fortschreibung des Beitrittsvertrages der Republik Österreich zur Europäischen Union. Vom Kern dieser Verträge wird im extremsten Fall, den man sich vorstellen kann, abgegangen und damit möglich gemacht,

Mag. Darmann

dass in Zukunft, wenn es notwendig sein wird, nicht nur die Milliarden von Euro, die bereits „cash“ ins Ausland geflossen sind zur Stützung diverser südeuropäischer Bankkonzerne und Spekulanten, nein, darüber hinaus, dass zig Milliarden von Haftungen auf der Republik Österreich hängen bleiben, zig Milliarden, wie es bis jetzt vertraglich zugesichert ist durch den Beschluss der Bundesregierung und der Grünen, die aber – und das habe ich vorher kurz erwähnt – wenn andere Mitgliedsstaaten dieser Europäischen Transferunion, dieses ESM, in ihrer Zahlungsfähigkeit ausfallen, auf Österreich überschwappen werden. Denn die Haftungssumme, die gesamt da – ich versuche es eh so einfach wie möglich zu erklären – aber die Gesamthaftungssumme von hunderten Milliarden Euro, die jetzt auf 17 Staaten aufgeteilt ist, fällt nach diesem Vertragskonstrukt, das die Republik Österreich heuer ohne Einbindung der Bevölkerung beschlossen hat, auf jene Staaten über, die es sich schlussendlich leisten können. Es ist ein offenes Geheimnis, geschätzte Damen und Herren, dass von den 17 Staaten, die großartig diesen ESM unterschrieben haben, bereits jetzt einige dabei sind, die selbst Hilfe benötigen. Wie werden sie denn dann haften? Wie ist das bei einem Privatkredit bei einer Bank, wenn man dort eine Bürgschaft der Haftung entsprechend für jemanden abgeben will? Im Normalfall – und das wird wohl jede Bank so machen – wird sie die Bonität des Bürgen entsprechend einmal überprüfen. Das hat die Europäische Union hier nicht getan und damit das Risiko für die Republik Österreich und wiederum insbesondere für Kärnten ins Unendliche ausgeweitet. Wir werden wissen, diesen ESM-Beschluss der Bundesregierung, welcher mit den Grünen heuer im Sommer im Parlament in Wien ohne Einbindung der Bevölkerung stattgefunden hat, durch eine entsprechende Verfassungsklage des Landes Kärnten zu bekämpfen, geschätzte Damen und Herren. Diese wird fristgerecht im Herbst eingebracht werden und somit auch, wenn man so will, zu den zu erledigenden Hausaufgaben des Landes Kärnten vor einer Neuwahl im März 2013 zu zählen sein.

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte auch auf den Vorwurf zu sprechen kommen, wir Freiheitlichen würden gegen die Verfassung agieren, wenn wir hier von unserem Recht Gebrauch machen, an einem Abstimmungsverfahren nicht

teilzunehmen, nicht an der Debatte nicht teilzunehmen, sondern an einer Abstimmung nicht teilzunehmen, nicht an der, wie ich heute schon gesagt habe, medial kommunizierten Landtags-sitzung nicht teilzunehmen, sondern an einer Abstimmung zu einer Debatte nicht teilzunehmen. Das ist nicht verfassungswidrig, im Gegenteil, dies ist gedeckt durch Artikel 14 der Kärntner Landesverfassung, geschätzte Damen und Herren. Nicht umsonst liegt im nächsten Tagesordnungspunkt ein Abänderungsantrag Ihrer drei Fraktionen SPÖ, ÖVP und Grüne, wie es jetzt immer so schön gesagt wird, der linken Einheitspartei, vor, wo Sie dieses Anwesenheitsquorum abändern wollen. Ja, wieso wollen Sie das denn? Weil es gegeben ist. Dieses Anwesenheitsquorum, das es uns ermöglicht, entsprechende Schritte hier zu setzen, wurde nicht von den Freiheitlichen in die Kärntner Landesverfassung geschrieben. (*1. Präs. Lobnig: Ausdruck des Abstimmungsverhaltens!*) Das ist ein Abstimmungsverhalten, das von unserer Seite gesetzt wird auf Grundlage des freien Mandates, das einem jeden Abgeordneten hier und in allen Bundesländern und auch in Wien im Parlament zusteht, das freie Mandat, das es uns als Entscheidung möglich macht, in jeder Abstimmung zu sagen nach bestem Wissen und Gewissen, ja, ich stimme dafür, nein, ich stimme dagegen oder ich nehme an einer Abstimmung nicht teil, geschätzte Damen und Herren. (*1. Präs. Lobnig: So ist es! – Beifall von der F-Fraktion.*) Dieses nicht Teilnehmen ist von unserer Seite durchaus als solches zu begreifen, dass das eine Wehrmaßnahme gegen den verfassungswidrigen ESM-Beschluss von ÖVP, SPÖ und den Grünen im Parlament in Wien zu verstehen ist, geschätzte Damen und Herren. (*Abg. Ing. Rohr lacht lautstark.*) Denn nur damit werden wir auch in weiterer Folge in den nächsten Monaten die Möglichkeit haben, diese Beschlüsse des Weiteren auch zu bekämpfen.

Ich möchte aber auch auf etwas zurückkommen, nachdem das heute auch schon in den Wortmeldungen vor mir Thema war, nämlich auf den Beschluss heute im Ausschuss für Budget, Landeshaushalt und Finanzen, wie er korrekt heißt, wo es darum gegangen ist, die Gesetzesnovellierungen, die von der linken Einheitspartei vorgebracht wurden, nämlich im Bereich des Naturschutzgesetzes und auch des Ortbildpflegegesetzes, einer Beschlussfassung zuzuführen, von

Mag. Darmann

Ihnen auch beschlossen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, zur Hintanhaltung von Plakatflut und zu ausufernden Wahlkampfkosten. Geschätzte Damen und Herren, es ist für mich vorhin wenig, zu wenig herausgekommen, was unser Zugang auch in der Debatte in diesem Ausschuss war. Unsere Abgeordneten haben für die Freiheitlichen klargemacht in der Debatte im Budget- und Finanzausschuss, dass wir natürlich dafür sind, entsprechende Maßnahmen gesetzlich in die Gesetzesform zu gießen, die eine Eindämmung der – bei der letzten Wahl ja jedem noch erinnerlichen – Plakatflut möglich macht, die auch eine entsprechende Reduzierung der Wahlkampfkosten mit sich bringen kann natürlich im Sinne der Bevölkerung, keine Frage. Aber – und das Aber ist wesentlich – wenn wir es auch waren am Anfang, die gesagt haben, eine lose Vereinbarung ist nichts wert, ist das Papier nicht wert, auf die sie geschrieben ist, weil es diese Personen, die es unterschreiben, vielleicht nach der Wahl nicht mehr gibt, und wir gefordert haben, ein solches Gesetz muss es geben, ist wohl hoffentlich für jeden von uns klar, dass dieses Gesetz nicht verfassungswidrig sein darf. Entgegen manchen Wortmeldungen vor mir haben sowohl die Stellungnahme des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes als auch die Stellungnahme des Verfassungsdienstes des Landes Kärnten als auch die eingegangene Stellungnahme, nachdem ja die Gewerbsfreiheit entsprechend betroffen ist, der Wirtschaftskammer Kärnten ergeben, dass hier massive, ich betone hier – massive!!!! – verfassungsrechtliche Bedenken in der Umsetzung dieser von SPÖ, ÖVP und Grünen vorliegenden geschaffenen Novellierungen bestehen, geschätzte Damen und Herren. Wenn heute auch eine zwischendurch von manchen als amüsanter verstandene Diskussion im betreffenden Ausschuss stattgefunden hat über das Gelöbnis der einzelnen Abgeordneten des Kärntner Landtages auf die Verfassung, sage ich, dieses Gelöbnis auf die Verfassung beinhaltet nach bestem Wissen und Gewissen, keinem von vornherein mit Verfassungswidrigkeit bedrohten Gesetz die Zustimmung zu geben, geschätzte Damen und Herren, um es auch formal korrekt so zu formulieren, wie es ist. (*Beifall von der F-Fraktion. – Einwand von Abg. Mag. Cernic.*) Die Stellungnahmen heute haben in mehrfacher Hinsicht bewiesen, dass nicht nur die Meinungsfreiheit in wesentlichen Punkten schwerst unter Beschuss gerät durch die vorlie-

genden Gesetzesnovellen, aber auch die Erwerbsfreiheit schwerst unter Beschuss gerät durch die vorliegenden Gesetzesnovellen und darüber hinaus – und das war überhaupt das klarste Ergebnis der Diskussion im heutigen Ausschuss in der Früh – die Materien durch SPÖ, ÖVP und Grüne in Gesetzen geregelt wurden und auch zur Umsetzung kommen sollen, die mit dieser Materie, nämlich mit Wahlplakaten und Wahlwerbung, nichts zu tun haben und auch damit klar gemacht wurde von Seiten des Vertreters des Verfassungsdienstes des Landes Kärnten, dass schwerste Verfassungswidrigkeit im Raum stehen würde, geschätzte Damen und Herren. Das macht es natürlich für uns schon schwierig in diesem Bereich, das muss ich klipp und klar sagen, (*Zuruf von Abg. Mag. Cernic.*) – danke für den Hinweis – schwierig, einem Gesetz in dieser Form die Zustimmung zu geben, wenngleich mehrfach klargelegt wurde, und das Schwarz auf Weiß bereits vorweg, noch bevor ein Verfassungsgerichtshof angerufen wird, dass es hier Probleme mit der Verfassungskonformität geben kann. Deswegen haben wir uns nicht, wie in einer Aussendung von der SPÖ dargestellt, einfach dagegen ausgesprochen und dagegen gestimmt, sondern, geschätzte Damen und Herren, wir haben es auch klar gemacht, bei aller zugrunde liegenden Bereitschaft, ein gemeinsames Gesetz zu verabschieden, welches das möglich macht, können wir das nicht tun, wenn eine Verfassungswidrigkeit damit verbunden ist. Das heißt, wir haben uns auch der Abstimmung heute im Ausschuss enthalten und nicht dagegen gestimmt, geschätzte Damen und Herren, wenn es das formal auch nicht gibt, aber ich habe es dort zum Ausdruck gebracht fürs Protokoll, dass das nicht als Gegenstimme gegen diese Gesetzesmaterie zu werten ist, wo wir ja grundlegend einer Meinung sind, was die Grundüberlegung einer solchen Beschlussfassung betrifft, nämlich, was damit bezweckt werden sollte, aber die Form, in die es gegossen wurde, ist schwerst bedenklich und für mich konkret, aber ich vermute, auch für meine Kollegen, mit einer gewissenhaften Ausübung des Mandates, hier auf die Verfassung angelobt, nicht zu vereinbaren, geschätzte Damen und Herren. Zum Schluss bleibt mir noch eines, was ich heute nicht unerwähnt lassen will, denn wenn hier immer wieder versucht wird, ein Bild zu zeichnen, dass wir nicht der geltenden Rechtslage entsprechend vorgehen, indem wir, wie ich es vorhin erklärt habe, sehr wohl korrekt

Mag. Darmann

von unserem Recht Gebrauch machen, an einem Abstimmungsverfahren nicht teilzunehmen, fragt man sich ob des Demokratieverständnisses auf Bundesebene, wie dort mit Transparenz, Demokratie und Offenheit gegenüber der Bevölkerung umgegangen wird. Denn in der heutigen Sitzung des Nationalrates in Wien hat tatsächlich die ÖVP einen Antrag eingebracht, den Untersuchungsausschuss abzustellen. Das ist eine demokratiepolitische Sauerei! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Es kann schon sein, dass ich damit jetzt einen Ordnungsruf riskiert habe, mit der Sauerei, aber das ist es, geschätzte Damen und Herren! Ich werde dazu auch weiter stehen, denn – ohne jetzt zu wissen, ob diese Abstimmung schon über die Bühne gegangen ist, ich gehe davon aus, dass es erst später so sein wird – es wird davon auszugehen sein, dass die ÖVP, die beantragt hat, den Untersuchungsausschuss einzustellen, das ja wohl auf Geheiß der SPÖ getan hat, denn es ist ja um die Ladung ihres Bundeskanzlers gegangen, den Sie mit allen Mitteln im Ausschuss verhindern wollten, geschätzte Damen und Herren! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Dann sind das die Themen, die die Bevölkerung noch viel mehr bewegen sollten, nicht, ob wir heute ein siebentes Mal darüber diskutieren, ob der Kärntner Landtag aufgelöst wird oder nicht. Es sind so viele andere Punkte, ich habe es schon gesagt, die am Arbeitsplan stehen, für was wir bei der letzten Wahl beauftragt worden sind, für was wir bezahlt bekommen, was wir an Arbeit abzuarbeiten und zu erledigen haben und Verantwortung zu übernehmen haben für unser Mandat, sondern wie von Kollegen im Nationalrat dieses Mandat verstanden wird, nämlich Aufklärung mit allen Mitteln zu verhindern durch Abstecken eines Untersuchungsausschusses, der klar aufzeigen würde, welche Probleme in dieser Republik wirklich nahezu unter den Teppich gekehrt werden und der heutige Beschluss im Nationalrat durch SPÖ und ÖVP wird klarstellen, dass diese Parteien, vor allem auf Bundesebene, alles andere als das gepachtet haben, was sie der Bevölkerung in Kärnten versuchen, vorzugaukeln, nämlich Glaubwürdigkeit. Danke schön! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet ist der nächste Klubobmann, Ing. Reinhart Rohr.

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wie oft auch immer, meine Herren – heute waren es ja nur mehr Herren – in der freiheitlichen Landtagsriege Sie sich wiederholen und Argumente anführen gegen die Ihrer Meinung nach SPÖ-/ÖVP- und Grüne – von Ihnen so bezeichnete – „linke Einheitspartei“, dann muss ich sagen, wenn das so ist, dass demokratisch gewählte Parteien von Ihnen im Landtag als die pauschal „linke Einheitspartei“ bezeichnet werden, dann muss ich Ihnen entgegen halten, dass Sie nur mehr der kleine rechte Rand als Freiheitliche in Kärnten sind! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und Abg. Dr. Lesjak.*) Denn wenn es nach der Bevölkerung geht, haben Sie schon lange keine Legitimation mehr, hier zum siebenten Mal davonzulaufen! (*Abg. Mag. Darmann: Mehr wie ihr!*) Und wenn Sie die Demokratie beschwören und das Demokratieverständnis auf Bundesebene, wie immer das entschieden wird und wie immer man dazu stehen mag, (*Abg. Mag. Darmann: Bist du für den Untersuchungsausschuss oder dagegen?*) wird es jedenfalls demokratische Mehrheiten geben für Entscheidungen, Herr Kollege Darmann. Im Landtag schleicht ihr euch als 17 Abgeordnete gegen 19 Abgeordnete (*Abg. Mag. Darmann: Weil es die Verfassung ermöglicht!*) zum siebenten Mal hinaus und tut so, als ob das euer demokratisches, der Verfassung entsprechendes Recht wäre. (*Abg. Mag. Darmann: Das ist es!*) Nein, das ist es nicht! (*1. Präs. Lobnig: Selbstverständlich!*) In der Sache entsprechend dagegen zu sein (*Abg. Mag. Darmann, eine Ausgabe der Verfassung hoch haltend: Kennst du das? Das ist die Verfassung!*) und auch durch Ausziehen sich einer Abstimmung zu verweigern und zu entziehen, ist eine Sache, aber wenn es um Grundsatzfragen der Demokratie geht, sieben Mal davonzulaufen, das ist eine Verspottung und Verhöhnung der Menschen in Kärnten, das muss ich Ihnen sagen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) In Wahrheit ist das eine Schande, denn sowohl der Herr Verfassungsgerichtshofpräsident Holzinger wie auch dessen

Ing. Rohr

Vorgänger Korinek (*Abg. Mag. Darmann: Und der Herr Bundespräsident?*) haben eindeutig und klar festgestellt, das, was Sie hier heute bereits zum siebenten Mal exerzieren und verursachen, das ist den grundsätzlichen Prinzipien der Demokratie zuwider laufend und das kann nicht im Sinne der Demokratie sein. (*Abg. Mag. Darmann: Das fordert der Herr Bundespräsident!*) Daher fordere ich euch auf, Herr Darmann, geht einmal in euch und denkt einmal darüber nach, was Demokratie ist, was demokratiepolitische Grundsätze sind, wenn Sie da schon auf die Bundesebene verweisen. Wir sind hier in Kärnten und wir haben hier Politik zu machen und wir haben hier die Verantwortung in Kärnten zu tragen. Ich muss Ihnen schon eines sagen, mein sehr geschätzten Damen und Herren, wenn die Ausreden, die da von Ihnen getätigt werden, warum der Landtag jetzt nicht aufzulösen ist und warum ihr euch heute zum siebenten Mal davonschleicht, Gültigkeit haben, dann muss ich euch einfach unterstellen, dass ihr die Verfassung und dass ihr in Wahrheit das Prinzip der Gewaltentrennung noch immer nicht kapiert habt. Es gibt eine Regierung, dort sitzen vier Freiheitliche, mit absoluter Mehrheit in der Regierung und es gibt einen Landtag. Und was eine ESM-Verfassungsklage betrifft, die ihr sozusagen im Auftrag des Herrn FPK-Strache, Entschuldigung, FPÖ-Strache aus Wien zu erledigen habt, da ist der Herr Dörfler mit dem Herrn Ragger, mit dem Herrn Scheuch und mit dem Herrn Dobernig zuständig. Das sollen sie dort beschließen, das hat mit dem Landtag nichts zu tun, auch wenn sie heute vielleicht ein bisschen mehr enttäuscht sind, weil Sie das letzte Mal ja noch die Hoffnung in sich getragen haben, dass der deutsche Bundesverfassungsgerichtshof hoffentlich diesen ESM-Vertrag kippen wird und ihr damit entsprechend Aufwind bekommen werdet. Aber die deutschen Verfassungsrichter wissen auch, was es bedeutet hätte, diesen ESM-Verfassungsvertrag zu kippen und damit natürlich auch die Solidarität in Europa in Frage zu stellen und die wirtschaftlich damit verbundenen Risiken und Folgen mit zu verursachen. Na ja, gut, ihr werdet offensichtlich nach dem siebenten Mal, nachdem man euch das gesagt hat, auch nicht wirklich gescheiter, sondern ihr verwendet das noch immer als entsprechendes Argument. Das letzte Mal, eben wie gesagt, war es der ESM-Verfassungsvertrag, dann ist es wieder einmal die Aufklärung aller laufenden Gerichts-

verfahren, aller laufenden Ermittlungen. Das ist die zweite große Ausrede. Und jetzt muss ich euch eines schon sagen: Wenn nach eurer Diktion der Herr „Landesvater“, euer Landesvater sein Erinnerungsvermögen verliert, weil er beispielsweise nicht weiß, dass er bei Connect Parteikassier gewesen ist und weil er nicht weiß, dass es Connect noch immer gibt, obwohl man gesagt hat, es wird aufgelöst werden, und weil er nicht weiß, dass die Connect € 240.000,- in Rechnung gestellt hat beim Herrn Dr. Seeber, dass diese € 240.000,- nicht auf ein Connect-Konto gekommen sind, sondern auf ein BZÖ-Konto, wo der Herr Dörfler Parteikassier war, dann stellt sich ja die Frage, wo ist denn das Geld, was ist denn mit diesen € 240.000,- tatsächlich passiert? Und vor allem, wie wird denn die Connect sich liquidieren, wenn dort auf einmal Forderungen von € 240.000,- stehen, wo sie eine Rechnung ausgestellt hat, aber das Geld andere eingenommen haben? Wie soll denn das funktionieren? Und der Herr Dörfler, Herr Darmann, der Herr Dörfler weiß von allem nichts, fühlt sich nicht zuständig, obwohl er Parteikassier war und obwohl er sein Ehrenwort für jeden ordnungsgemäß verwendeten Cent auch via ZIB 2 vor allen Österreicherinnen und Österreichern gegeben hat. Oder, wo er sich überhaupt nicht daran erinnern kann: Dass er Genehmigungsvorbehalte für beschränkte Bauausschreibungen erteilt hat. Zizerlweis, nachdem die Medien ihn Tag für Tag aufarbeiten und aufblättern, kommt er dann drauf, wohl, es gibt einen schriftlichen Genehmigungsvorbehalt, aber das hat ja nur der Informationspflicht gedient und wo er vergessen hat, dass er selber bei einer Firma angerufen hat, wo er gesagt hat, ein Prozent des Bauauftrages das muss wohl mindestens drinnen sein als Sponsoring. Meine Damen und Herren, ja glaubt ihr wirklich, dass die Kärntnerinnen und Kärntner für blöd verkauft werden können mit diesem schäbigen Spiel, wo man in den Fernseher hinein hunderttausendprozentig verspricht, ehrlich und korrekt zu sein, wissen Sie, was hundertprozentig korrekt ist? Der Herr Dörfler ist es nicht und wenn einer sagt, hunderttausendprozentig bin ich das, dann ist das schon sehr, sehr zweifelhaft und dann ist das wirklich auch, sage ich einmal, in jeder Form zu hinterfragen.

Deswegen, meine Damen und Herren, wäre es höchst an der Zeit, auch wenn der Herr Darmann da heraußen steht und eine Fülle von Reformpro-

Ing. Rohr

jekten und Themenstellungen beschreibt, wie es beispielsweise das Ortsbildpflege- und das Naturschutzgesetz ist, wo wir selbstverständlich, die Mehrheit dieses Landtages, die Roten, die Schwarzen und die Grünen gemeinsam, sich darauf verständigt haben, dass wir die Plakatflut, die es in der Vergangenheit gegeben hat, der Bevölkerung nicht mehr zumuten wollen und dass wir damit auch einen wesentlichen Beitrag zum Sparen leisten wollen. Ihr schleicht euch davon und sagt, na ja, eigentlich sind verfassungsrechtlich noch so viele Bedenken vorhanden, dass wir uns vorerst einmal der Stimme enthalten. Entweder gibt es ein Bekenntnis, dass man sagt, wir haben in Kärnten eine Situation, dass wir sparen müssen auf allen Linien, dann müssen wir auch dazu stehen, dass man ein Ortsbildpflege- und ein Naturschutzgesetz mit entsprechenden Plakatierungseinschränkungen beschließen kann und will. Die Mehrheit dieses Landtages wird es tun, da können Sie sich sicher sein, Gott sei Dank, ich bin sehr froh, dass heute hier auch alle Parteien, die von Ihnen so bezeichneten „Linksparteien“, zu ihren Vorhaben gestanden sind. Sie haben das ja auch in entsprechenden Parteiengesprächsrunden ausgemacht, der rechte Rand ist für heute einmal draußen geblieben, aber vielleicht ändert sich das dann bis zur nächsten Landtagssitzung, und wenn dann weitere Reformvorhaben wie das Rechnungshofgesetz – natürlich notwendig – auf die Agenda genommen werden, um Zeit zu schinden und zu sagen und den Eindruck zu erwecken, es darf nicht am 25. November gewählt werden, sondern es muss am 3. März gewählt werden und wenn dann euer Programm, das ihr euch jetzt in eurem Arbeitseifer, den ihr nach außen hin versucht, darzustellen, nicht erfüllt sein wird, dann werdet ihr hergehen und sagen, der 3. März ist noch ein bisschen zu früh und deswegen verschieben wir den geplanten Wahltermin nach hinten. Ich sage euch eines, Kärnten braucht eine neue Reformregierung, Kärnten braucht eine Konzentration aller Kräfte, die dieses Land saniert, Kärnten mit der höchsten je da gewesenen Verschuldung braucht einen Sanierungskurs, wir brauchen Maßnahmen gegen die Abwanderung, wo täglich neun Kärntnerinnen und Kärntner aus dem Land verschwinden. Ja glaubt ihr, dass das eine Gaude ist, wenn die Sozialpartner sich zu einem Gipfel treffen und nach ihren Berechnungen feststellen, dass im Jahr 2030 40.000 Arbeitskräfte in Kärnten abgehen werden? Und

was ist bisher getan worden von dieser Regierung? Was ist bisher an Konzepten geboten worden von dieser Regierung? Dem Herrn Scheuch als Planungsreferenten, dem ist überhaupt nichts dazu eingefallen, dem Vorgänger vom Scheuch. Der jetzige Scheuch ist draufgekommen, dass jetzt auf einmal am 16. und 17. Oktober zumindest das Projekt „Strale! K“, das schon seit einhalb Jahren in der Schublade beim Uwe gelegen ist, vom Kurt herausgezogen wird, damit man einmal darüber redet. Das ist reichlich spät, meine Damen und Herren von den Freiheitlichen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Dann wird es noch notwendig sein, weg vom Proporz! Der Proporz hat in Kärnten in Wahrheit in der letzten Zeit nicht wirklich etwas gebracht, weil er zum einen die entsprechenden Minderheitenrechte im Landtag nicht berücksichtigt hat, die Oppositionsrechte im Landtag nicht entsprechend berücksichtigt hat. Deswegen gibt es von uns ein klares Bekenntnis, von SPÖ, ÖVP und von den Grünen, dass wir an einem Verfassungsentwurf arbeiten, wo ganz klar die Verantwortlichkeiten für die Zukunft festgeschrieben werden, *(Zwischenruf von Abg. Mag. Darmann.)* nämlich eine Koalitionsregierung, dass sich die stärksten Kräfte dort finden. Auf jeden Fall wird es die Reformkräfte für die Zukunft in diesem Land brauchen *(Abg. Mag. Darmann: Da sind wir auch drinnen!)* in einer Regierung, wo ich denke, dass dann Vieles von dem, was jetzt verhaut worden ist, wieder saniert werden wird. Also brauchen wir auch eine neue Landesverfassung, wo der Proporz zumindest für die darauffolgenden Wahlen abgeschafft wird. Wir brauchen eine entsprechende Landesverfassung, wo sichergestellt ist, dass entsprechende Minderheitenrechte für die Opposition in diesem Landtag festgeschrieben sind und wir brauchen natürlich auch, sage ich einmal, eine Regierung und einen Landtag, die willens sind, erstens einmal einen Ton zu pflegen, wo nicht ein Regierungsmitglied dem Landtag ausrichtet, wenn er die Kelag verscherbeln will, weitere Energieholding-Anteile verscherbeln will, die interessieren mich nicht, weil das ist ein Kabarett und eine Juxtruppe. Meine Herren in der FPK, ich sage euch schon eines, *(Abg. Mag. Darmann: Damit warst du gemeint!)* das sage ich euch schon, was im Jahr 2001 rechtlich Gültigkeit gehabt hat, als man 49 Prozent der Kärntner Energieholding an die RWE übertragen hat, dass nämlich der Landtag

Ing. Rohr

laut Landesverfassung, Artikel – ich glaube – 46 entsprechend auch die Genehmigung sicherstellen musste für diese Übertragung der Anteile, das hat sich rechtlich in keinster Weise verändert! Jetzt sind es halt nicht 49 Prozent der KLH, jetzt sind es 12,85 Prozent der KLH, die an die RWE übertragen werden sollen und das macht auf einmal der Herr Dobernig im Alleingang, obwohl namhafte Wirtschaftsexperten sagen, für diese 98 Millionen Euro, die sich der Herr Dobernig da zur Budgetsanierung ins Sackerl stecken will, für diese 98 Millionen Euro, das ist ein Unterpreis. Es wären jedenfalls bis zu 50 Millionen Euro mehr erzielbar gewesen. Da denke ich mir dann schon, das ist ja eigentlich schwerster Schaden, der diesem Land zugefügt wird, wenn der Herr Dobernig in einem monokratischen, nämlich in alleiniger Verantwortung durchgeführten Verfahren die Ressourcen der Zukunft verscherbelt, Landesvermögen der Kärntnerinnen und Kärntner ins Ausland verkauft, da denke ich mir, vielleicht hätte es andere Möglichkeiten gegeben. Vielleicht hätte es die Möglichkeit gegeben, den Kelag-Gewinn einmal in entsprechender Höhe auszuschütten und nicht 25 von 90 Millionen Euro Gewinn, sondern vielleicht einmal 50 Millionen von 90 Millionen Euro Gewinn jährlich auszuschütten. Dann hätten wir nicht einmal vier Jahre gebraucht, dass wir die 100 Millionen in der Landeskasse gehabt hätten als entsprechende Gewinnausschüttung. Wir wären noch immer im Besitz der 12,85 Prozent, die er um 98 Millionen – für meine Begriffe um 50 Millionen zu billig – als alleinigen Akt an andere weiterbringen will. Wir werden uns das nicht gefallen lassen, das sage ich euch auch. Wir werden das rechtlich prüfen, inwieweit hier Volksvermögen zu unterpreisig verscherbelt wird und inwieweit hier entstandener möglicher Schaden, der künftig entstehen könnte, durch entsprechende Schadloshaltung beim Finanzreferenten, der meint, das im Alleingang machen zu müssen, sicher gestellt werden kann.

Im Übrigen, nachdem ja schon klar ist, dass die Freiheitlichen heute zum siebenten Mal davonlaufen, Herr Präsident, darf ich den Antrag zur Geschäftsbehandlung gemäß § 64 stellen, nämlich, dass gemäß § 60 Abs. 5 der Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes 6 gestellt wird. Zum Tagesordnungspunkt 7 darf ich Ihnen einen Antrag überreichen, bei dem ich Sie bitte, eine namentliche Abstimmung des Verhand-

lungsgegenstandes vorzunehmen! (*Der Redner übergibt dem Vorsitzenden den Antrag. – Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Zu Wort gemeldet ist der nächste Klubobmann, der Abgeordnete Ing. Hueter.

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne! Es ist schwierig, da nahtlos anzuschließen. Ich habe jetzt schon wieder alle Varianten gehört, wer wann schuld ist und wer was nicht getan hat. (*Zwischenruf von Abg. Astner.*) Persönlich halte ich es lieber mit der Auffassung, dass ich einfach glaube, wir müssen wieder zurück zum Start kommen, wir müssen wieder dahin kommen, wo wir vom Wähler den Auftrag bekommen haben, Politik zu verändern, das heißt, hier nicht Schlammschlachten zu fabrizieren, sondern zu verändern. Wir sind auf die Verfassung ange-lobt. Wir haben dieses gelbe Büchlein gekriegt, das ist die Verfassung, das stimmt ja. Das ist für mich quasi nur so ein Richtwert, wo man hingehet. Das heißt, in diesem Richtwert drinnen muss man sich bewegen, keine Frage, aber es gibt daneben noch Mehrheiten. Mehrheiten sagen halt oft etwas anderes, als es vielleicht in der Verfassung niedergeschrieben ist. Ich weiß, die Verfassung – soweit kenne ich sie – wir brauchen dieses Zweidrittel-Quorum, um einen Landtag überhaupt frühzeitig aufzulösen. Das ist legitim, das nimmt die FPK momentan auch in Anspruch, okay, aber es gibt neben all diesen Dingen auch noch diesen Faktor Vernunft. Ich glaube, da sollten wir schön langsam auf diese Ebene kommen.

De facto ist mit dem heutigen Tag, der siebenten Sonderlandtagssitzung, der Herbstwahltermin Geschichte, das wissen wir ja. Ich glaube, das wissen wir alle, weil wir gesagt haben, in der Adventzeit wollen wir den Kärntnerinnen und Kärntnern nicht zumuten, vielleicht einen Wahlkampf auch noch zu haben oder eine Wahl. Wir distanzieren uns da wirklich davon. Das heißt, wir sind de facto am 7. Jänner angelangt. Jetzt ist einmal von unserem Obmann Gabriel

Ing. Hueter

Obernosterer dieser 20. als Termin genannt worden, wo es geheißen hat, diese Wehrpflichtabstimmung Ja, Nein, dass man den auch gleichzeitig als Wahltermin für den Landtag hernehmen könnte. Das ist eine Variante, ob das die richtige ist, weiß keiner. Dann gibt es eine zweite Variante von Seiten der FPK, das ist der 3. März. Da könnten einige sagen, das ist ein Diktat. Ich sage das überhaupt nicht, das ist kein Diktat, aber es ist eine Variante, okay. (*1. Präs. Lobnig: 2014!*) Nein, nein, 3.3.2013 ist ganz klar gesagt worden, das muss man schon wissen, Herr Präsident! Wenn jetzt alle vernünftigen Kräfte, die hier im Landtag sitzen, die in den Parteien sitzen, hergehen, dann müsste es irgendwo dazwischen ja vielleicht auch noch eine Möglichkeit geben, wo man sich verständigt, wo man das außer Streit stellt und sagt, dieser Termin ist es. Wir gehen dann wirklich zu dem, was meine Vorredner gesagt haben, die Klubobleute, wieder zu dieser Arbeit zurück, für die der Landtag eigentlich gewählt wurde. Landesrechnungshof ist genannt worden, da gibt es einige Themen, die an der Zeit wären, und wenn man sie politisch außer Streit stellt, dann könnten wir das relativ geschwind machen. An das appelliere ich! Ich glaube, wir sollten die Mehrheiten respektieren. Die Verfassung, auf die wir angelobt sind, müssen wir respektieren, auf die haben wir ein Gelöbnis abgelegt, aber wir sind auch dazu da, um zu arbeiten. Wenn wir dazu da sind, um zu arbeiten, dann, glaube ich, stelle ich mir unter Arbeit ein bisschen was anderes vor als das, was in den letzten eineinhalb Monaten vonstatten geht, deswegen sollten wir wieder zurück an den Start gehen und zur Vernunft, zum Vertrauen der WählerInnen. Wir alle leiden ein bisschen an der Reputation, daher sind wir alle gut beraten, hier den Wahltermin außer Streit zu stellen, das Parteipolitische zu lassen und zur Arbeit zurück zu kehren.

Ich könnte jetzt natürlich auch ein paar Dinge zu den Grünen sagen. Zur Barbara habe ich mir aufgeschrieben, sie muss in die Regierung. Das heißt für mich umgekehrt, du weißt wahrscheinlich das Patentrezept. Du könntest das an die jetzigen Regierungsmitglieder weitergeben, dann wissen sie genau, wie man Kärnten über Nacht entschuldet, dann wissen sie wahrscheinlich ganz genau, wie das über Nacht zu machen ist. (*Abg. Dr. Lesjak: Nicht über Nacht, in fünf Jahren!*) Ich frage mich: Warum haben wir die Grü-

nen nicht schon viel, viel früher gehabt, wenn die jetzt auf einmal alles wissen? Wenn ich jetzt ein bisschen über den Tellerrand hinausschaue, Richtung Wien als Beispiel genannt, wo zwischen Rot und Grün eine Mehrheit ist, ein Gemeinderat oder ein Landtag gewählt wurde, wo die Grünen als zuständige Referenten in den Verkehrsausschüssen 150.000 Unterschriften negieren, dann sage ich dir ganz ehrlich, dann habe ich Gott sei Dank ein anderes Verständnis von Demokratie. Ich bin auch für die Volksentscheidung. Zum Kollegen Darmann vielleicht noch eines, weil du gesagt hast, das mit den Volksentscheidungen, ESM sei genannt, da kann man über alles reden. Wenn das in der Verfassung ist, bin ich auch dafür, dass man die Verfassung dahingehend macht, dass man auch eine Volksbefragung zwingend vorschreibt. Aber dann würde ich mir auch wünschen, dass man zum Beispiel, gerade weil das Kollege Rohr beim Kelag-Verkauf gesagt hat, dann würde ich mir das aber mindestens gleich wünschen, wenn hier Anteile der Kelag verkauft werden, dass eine Volksbefragung gemacht wird oder wenigstens der Landtag beauftragt wird, das heißt, konsultiert wird: Ist die Mehrheit, die im Landtag sitzt, dafür? Über den Preis streite ich gar nicht. Ob der mit 98 Millionen Euro zu wenig oder zu hoch ist, da bin ich wirklich Laie, das kann ich gar nicht beurteilen. Aber dass der Landtag dort konsultiert wird, das wäre, glaube ich, an der Zeit, vor allem weil ich das aus moralischen Gründen bei anderen fordere. Da sehe ich diese Diskrepanz.

Wie gesagt, unter dem Strich sollte heute nach dieser theoretischen Hürde, Herbstwahl 2012, was abgehakelt werden kann, übrig bleiben: Die vernünftigen Kräfte sollten sich hier zusammensetzen, wir sollten uns auf einen gemeinsamen Wahltag im Frühjahr 2013 einigen, parallel dazu ein paar Themen außer Streit stellen. In der Zeit sollten wir arbeiten und dann sollten wir bedenken, es gibt nach jeder Wahl den Tag danach. Wenn wir uns da jetzt gar so befetzen und der eine schaut den anderen nicht mehr an und was weiß ich, was da noch alles kommt, ich glaube, wir sind alle Menschen, die eine Seele haben. Wenn man sich gar so verletzt fühlt, ist das nicht gar so gescheit, weil man sich dann nach der Wahl wieder in die Augen schauen und „weiterarbeiten muss“. Das erwarte ich mir einfach, dass wir in der Auseinandersetzung mit beiden

Ing. Hueter

Füßen auf dem Boden bleiben, dass wir hier im menschlichen Rahmen bleiben, um hier auch diese Verletzungen auszuschalten. Ich kann nur appellieren: Setzen wir uns zusammen, finden wir einen gemeinsamen Wahltermin und stellen wir ein paar Dinge außer Streit, die wir jetzt in der Kürze auch noch machen werden. Ich glaube, dann gibt es auch den Tag danach. Wir sollten alle, weil wir auf die Verfassung angelobt wurden, zum Wohle der Kärntnerinnen und Kärntner arbeiten. Ich mache es mit Freude und ich glaube, die ÖVP auch. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Der Nächste in meiner Rednerliste ist der Abgeordnete Klubobmann Mag. Gernot Darmann.

Abgeordneter **Mag. Darmann** (F):

Danke, Herr Präsident! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Hohes Haus! Es wird dieses Mal ein kürzerer Auftritt, aber nichtsdestotrotz ein, wie ich meine, wichtiger. Zum einen, die vom Herrn Kollegen Klubobmann Hueter aufgeworfene oder in den Raum gestellte Diskrepanz möchte ich insofern gleich einmal beseitigen, weil du gesagt hast, ESM und Einbindung der Bevölkerung, da müsste man verfassungsrechtliche Grundlagen schaffen, dann wärest du dafür. Ich sage, und das ist auch unser Zugang, diese verfassungsrechtlichen Grundlagen bestehen bereits und die Bevölkerung wäre einzubauen gewesen. Das ist auch mit ein Grund, wieso wir diesen Beschluss durch das Parlament oder durch den Nationalrat mit dem ganzen Gesetzgebungsprozedere, Bundesrat und Bundespräsident und so weiter, auch bekämpfen. Zum zweiten, und da hast du die Diskrepanz festmachen wollen, hast du gesagt, wenn wir das beim einen fordern, wir Freiheitlichen, dass die Bevölkerung bei so wesentlichen Entscheidungen wie diesem ESM-Vertrag miteingebunden wird, dann forderst du das auch bei einer Aktion wie dem Kelag-Verkauf. Dann sage ich, auch dort hat sich das zuständige Regierungsmitglied, das dafür rechtlich zuständige Regierungsmitglied im rechtlichen Rahmen befunden. Das heißt, hier ist von unserer Seite aus keine Diskrepanz er-

kenntbar, sondern in beiden Fällen gibt es rechtliche Normierungen, also Normierungen, die klar regeln, was zu tun ist. Im Fall ESM-Beschluss des Nationalrates wäre die Bevölkerung einzubinden gewesen. Das hat nicht stattgefunden. Im Fall des Beschlusses des Kelag-Anteilsverkaufs, nicht Kelag-Verkaufs, sondern Kelag-Anteilsverkaufs, hat auch der zuständige Referent entsprechend der gesetzlichen Vorgaben gehandelt.

Geschätzte Damen und Herren, ich möchte aber, und das war der eigentliche Grund, wieso ich mich zu Wort gemeldet habe, noch einmal auf den Kollegen Klubobmann Rohr zurückkommen, der gesagt hat, wir haben nichts daraus gelernt, was der Bundesverfassungsgerichtshof in Deutschland in seiner Beschlussfassung dargelegt hat. Im Gegenteil, geschätzte Damen und Herren, auch wenn der Verfassungsgerichtshof der Bundesrepublik Deutschland die Ratifizierung und den ESM-Vertrag der Bundesrepublik Deutschland nicht als verfassungswidrig qualifiziert hat, hat er sehr wohl eines getan, er hat klare Anmerkungen zur beschlossenen Ratifizierung gemacht, nämlich insofern, als er den deutschen Bundestag beauftragt hat, eine Einschränkung der Haftungssumme der Bundesrepublik Deutschland vorzuschreiben. Das heißt, die offene Haftung, die auch für die Republik Österreich aufgrund des ESM-Vertrages jetzt zu befürchten ist, hat der Verfassungsgerichtshof in Deutschland insofern beschnitten, als er den Bundesgesetzgeber in Deutschland dazu verpflichtet hat, ansonsten Verfassungswidrigkeit gegeben wäre, eine Haftungssumme mit 190 Milliarden Euro zu beschränken. Die darüber hinausgehende Summe, geschätzte Damen und Herren, ebenfalls eine Einschränkung durch den Bundesverfassungsgerichtshof in Deutschland, muss der deutsche Bundestag freigeben. Das heißt, auch hier gibt es eine Einschränkung, dass der Bundesgesetzgeber in Deutschland einen darüber hinausgehenden Zugriff der Europäischen Union genehmigen muss, der bis dahin so aber nicht vorgesehen war. Und das ist auch das Mindeste, das Mindeste, das man von der Republik Österreich und von der Bundesregierung verlangen kann, dass sie die bis jetzt zugestandenen Haftungen von 20 Milliarden, die Österreich schon schwerst belasten würden, auch in diesen Deckel hinein nehmen, dass alles, was darüber hinausgeht, schlichtweg einer Genehmi-

Mag. Darmann

gung durch den Nationalrat der Republik Österreich vorzubehalten ist. Dann würden wir dem Risiko entgehen, hier noch weitere Milliarden, zig Milliarden, ja hunderte Milliarden aufs Auge gedrückt zu bekommen, um es salopp zu formulieren, und damit eines verhindern, geschätzte Damen und Herren, mit der derzeitigen bekannten Haftungssumme von rund 20 Milliarden fehlt uns, wenn diese schlagend werden, dieses Geld schon unausweichlich im Sicherheitsbereich, wenn wir heute schon über das Bundesheer geredet haben, aber vor allem im Sozialbereich, im Gesundheitsbereich, im Bildungsbereich, für Infrastrukturinvestitionen, in all diesen Bereichen fehlen diese 20 Milliarden Euro und auch die 8 Milliarden, die bis jetzt weggezahlt worden sind aus Österreich hinaus. Wenn aber, geschätzte Damen und Herren, weitere 20, 30, 40, 80, 100, 150 Milliarden Euro Haftungen schlagend werden für die Republik Österreich, dann sind wir in einem Bereich, wo die Republik Österreich pleite ist. Und dieses Geld, geschätzte Damen und Herren, das müssen Sie sich auch einmal überlegen, das Geld, das nicht vorhanden ist, das muss man noch einmal dazu betonen, wird vom österreichischen Steuerzahler durch entsprechende Sparpakete in Zukunft aufzubringen sein. Und da rede ich jetzt einmal allein davon, dass auch die Bundesregierung, in diesem Fall ohne die Grünen, den Fiskalpakt mit beschlossen hat, der vorsieht, dass in den nächsten Jahren das Budget der Republik Österreich zumindest um 4 ½ oder 4,8 Milliarden Euro zu reduzieren ist, nämlich die Verschuldung, um diesem Fiskalpakt gerecht zu werden. Weitere 4 ½ Milliarden jährlich, die der österreichischen Bevölkerung entzogen werden aufgrund dieses Beschlusses durch SPÖ und ÖVP auf Bundesebene. Zusätzlich zu den Geldern, die bereits über die Bundesgrenzen hinaus den Plei-testaaten gezahlt worden sind, zusätzlich zu den Haftungen von 20 Milliarden, die wir bereits unterschrieben haben durch SPÖ, ÖVP und Grüne, und zusätzlich zu dem, dass weitere hunderte Milliarden im Endeffekt, im Extremfall sind das ganz genau 386 Milliarden Euro worst case, die als Haftungen und schlagend werdende Summe auf die Republik Österreich zukommen können, dass das entsprechend zu verhindern sein wird. Nichts anderes ist unser Zugang, um diese Gelder für unsere Bevölkerung in Österreich, für die entsprechenden Maßnahmen, vor allem im Sozial-, Gesundheits-, Bildungs-, Sicherheitsbereich,

aber auch für Infrastrukturmaßnahmen abzusichern und im Land für den österreichischen Steuerzahler zu belassen und auch einzusetzen, geschätzte Damen und Herren.

Eines zum Abschluss mit auf den Weg, auch von meiner Seite jetzt zu diesem Tagesordnungspunkt: Es ist schlichtweg, wie vorhin auch wieder von Herrn Klubobmann Rohr vorgeführt, eine Pflanzerei der Öffentlichkeit und auch der Medienöffentlichkeit, geschätzte Damen und Herren, dass bei jeder einzelnen Sondersitzung des Kärntner Landtages die SPÖ während der Debatte hergeht, zu feig ist, sich einer Abstimmung zu stellen, und den vorliegenden Antrag auf Auflösung des Landtages vertagt. Das soll nämlich hier einmal die Klarstellung sein, dass wir somit noch bei keiner einzigen Abstimmung über diesen Antrag gefehlt haben, weil es diese Abstimmung in den letzten Sondersitzungen noch nie – noch nie! – gegeben hat, weil stets vorweg, noch während der Diskussion, eine Abstimmung darüber vertagt wurde. Das, geschätzte Damen und Herren, soll hier einmal klargestellt sein, auch für die Medienöffentlichkeit, die das vielleicht bis jetzt noch nicht mitbekommen hat und wenn mitbekommen, noch nicht kommuniziert hat. Geschätzte Damen und Herren, wir sind entsprechend unserem Auftrag durch die Kärntner Landesverfassung und durch unser freies Mandat in unserem Handeln gedeckt. Danke schön! (*Abg. Ing. Rohr: Hol die Leute herein! – Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Zu Wort gemeldet hat sich auch die Frau Abgeordnete Mag. Nicole Cernic. Ich bitte Sie, zu sprechen!

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Es ist einerseits schon wirklich verlockend, sich nicht an gewissen Schlammschlachten zu beteiligen, auf der anderen Seite kann man wohl nicht im Raum stehen lassen, was insbesondere von Ihnen, Herr Klubobmann Darmann von der FPK, in den Raum gestellt wurde. Sie rücken sich Ihre blaue Wahrheit zurecht, so wie es Ihnen behagt. Sie verdre-

Mag. Cernic

hen hier Tatsachen und erzählen Dinge, die so nicht sind, wie Sie es hier darlegen. Zum Beispiel haben Sie rund 20 Minuten – ich habe auf die Uhr geschaut – Ihrer heutigen Rede darüber geredet, dass wir keine vorzeitigen Neuwahlen haben können, weil hier noch Gesetze zu beschließen sind und man da besonders sorgfältig sein muss, die müssen ja schließlich der Verfassung entsprechen. Etwas, das Sie überhaupt sehr gerne zitieren, die Verfassung und das Entsprechen der Verfassung und so weiter. (*Abg. Mag. Darmann: Ich bin Jurist!*) Ja, Herr Darmann, aber da darf ich Ihnen das entgegen halten. (*Die Rednerin hält ein Schriftstück hoch:*) Wissen Sie was, das ist? Das ist ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes über ein Gesetz, das Sie gemacht haben, die ÖVP hat dazu die Hände hinauf gehalten, weil sie wieder ein paar Krümel dafür kriegt, das ist ein Gesetz, das Sie gemacht haben, ich werde es Ihnen gleich sagen, aber ich denke, dass Sie es schon erkennen, (*Abg. Mag. Darmann: Den Bundesadler erkenne ich!*) Sie werden auch wissen, worauf ich anspiele, (*Abg. Mag. Darmann: Den Bundesadler erkenne ich!*) denn so weit wird es ja reichen bei Ihnen, dass Sie wissen, welches Gesetz, das Sie zu verantworten haben, nämlich das KABEG-Gesetz, (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) welches Gesetz in einzelnen Passagen vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben wurde. (*Abg. Mag. Darmann: Es gibt eine Außerstreitstellung! ... können wir das gemeinsam korrigieren!*) Darum geht es ja nicht! Es geht nicht darum, Herr Darmann, dass Sie dann die anderen gebraucht haben, um Ihre misslichen Handlungen zu reparieren. (*Abg. Mag. Darmann: Der Dr. Reithofer wird sich bedanken für diese Wortmeldung! Das ist ja niveaulos! Das ist niveaulos!*) Darum geht es nicht, (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) sondern es geht darum, dass Sie sich hier herstellen und dem geschätzten, dem von Ihnen so häufig als geschätzt bezeichneten Publikum vor dem Internet erzählen, dass die FPK sich ständig darum bemüht, verfassungskonform zu agieren und man jetzt nicht Neuwahlen machen kann, damit Sie ja können. Ich werde Ihnen was sagen: (*Abg. Mag. Darmann: Ja bitte!*) Als es nicht um Neuwahlen gegangen ist, haben Sie sich einen Tinnef geschert um verfassungskonform, einen Tinnef haben Sie sich geschert! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Und ihre Auslegungen von Gesetzen waren immer, ich würde einmal sagen, zumindest äußerst großzügig, geschätzte, nicht anwesende Damen und

Herren von der FPK. So geht es einfach nicht! Man kann sich nicht die Welt zurechtrücken, wie man sie gerne hätte. (*Abg. Mag. Darmann: Du musst es ja wissen!*) Man braucht Zeit, um ordentlich zu arbeiten, wenn es darum geht, Neuwahlen zu verhindern und man rollert über alle anderen drüber und ignoriert ihre Einwände, denn wir haben Sie damals darauf aufmerksam gemacht, dass das, was Sie da machen, nicht verfassungskonform ist, ignoriert ihre Einwände, wenn es um die eigenen Interessen geht. So, meine sehr geehrten Damen und Herren, so geht es einfach nicht und so können Sie sich da nicht darstellen. Oh ja, Sie können schon, aber Sie müssen damit rechnen, dass es einen Widerspruch gibt.

Und ich darf Ihnen auch zu Ihren Fragen zum Rettungsschirm doch einiges sagen. Ich brauche da gar nicht selber reden, ich kann da einfach zitieren, der Adolf Winkler hat es in einem Leitartikel in der Kleinen Zeitung am 7. September so vorzüglich zusammengefasst. Er hat geschrieben: „Am Hypo-Rettungsschirm hängen noch 16 Milliarden Kärntner Landeshaftungen aus Jörg Haider's Ära. In Summe kommt er Österreich teurer als der Europäische Rettungsschirm ESM, wegen dem die FPK Neuwahlen in Kärnten blockiert.“ Es ist die einfache Feststellung, Herr Darmann, dass es in der Verantwortung, in Ihrer Verantwortung, einen bedeutend größeren Schaden und ein bedeutend größeres Risiko gibt im Zuge des Bauchflecks der Hypo (*Abg. Mag. Darmann: Schlecht vorbereitet!*) und der Art und Weise, wie damit umgegangen worden ist, als es das aus sonst (*Abg. Mag. Darmann: Schlecht vorbereitet!*) irgendwelchen anderen Vorgangsweisen in Österreich gibt. Nein, Herr Darmann, ich habe mich nicht schlecht vorbereitet! Für Sie ist immer schlecht vorbereitet, wer nicht Ihre blauen Wolkenkonstrukte unterstützt! Manchmal habe ich wirklich das Gefühl, Sie glauben das alles, was Sie da erzählen an verdrehten Tatsachen, auch wirklich noch selber, aber so ist das nicht. Auch nicht, wenn Sie hier erzählen, zum wievielten Male, dass Ihr Landeshauptmann als Kassier keine Ahnung davon haben kann, was in seine Parteikasse geflossen ist. Herr Darmann, es ist nicht glaubwürdig! Sie können das drehen und wenden, wie Sie wollen, Sie haben einen Kassier, der sagt, er legt die Hand dafür ins Feuer, (*Abg. Mag. Darmann: Wird gegen ihn ermittelt?*) dass nichts in seine

Mag. Cernic

Kasse geflossen ist (*Abg. Mag. Darmann: Wird gegen ihn ermittelt?*) und wenige Wochen später sagt er, er hat keine Ahnung, was in seine Kasse geflossen ist. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Mag. Darmann: Wird gegen ihn ermittelt?*) Meine sehr geehrten Damen und Herren, das steht nicht zur Debatte! (*Abg. Mag. Darmann: Ah so? Das steht nicht zur Debatte?*) Nein, ich weiß, wenn es jetzt darum geht, dass wir Ihnen nachweisen, dass die Unwahrheit gesagt wird, dann ist auf einmal das Ermitteln interessant. Wenn ermittelt wird, ist die Anklage interessant. Sie reden sich das so zurecht, wie Sie das gerne haben, aber, Herr Darmann, wir haben Gott sei Dank in den letzten Wochen die Möglichkeit gehabt, (*Abg. Mag. Darmann: Es ist immer wieder amüsant, dir zuzuhören!*) diese Ihre Darstellung wieder zurecht zu rücken und auch das war wirklich ein positiver Effekt dieser Sonderlandtagssitzungen, dass es die Möglichkeit gegeben hat, Ihre Darstellungen, die über weite Strecken nicht korrekt sind und nicht den Tatsachen entsprechen, durch entsprechende Tatsachen zu widerlegen. (*Abg. Mag. Darmann: Viel Blödsinn dabei von eurer Seite!*) Meine sehr geehrten Damen und Herren, Neuwahlen so schnell wie möglich, unabhängig vom Datum, wären für Kärnten das Beste gewesen, (*Abg. Mag. Darmann: Jetzt werden sie nicht mehr SPÖ wählen, jetzt werden sie Cernic wählen!*) was uns hätte passieren können, denn es hätte Sie daran gehindert, so wie Sie das in der Kelag machen, dem Land in dieser Zeit noch weiteren Schaden zuzufügen. (*Einsetzender Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Das war die Intention und diese Intention war gut! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Mag. Gernot Darmann. Bitte!

Abgeordneter **Mag. Darmann** (F):

Auch wenn meine Stimme mehr und mehr leidet und stirbt, die Debatte im Landtag lebt und dafür sind wir da und deswegen, geschätzte Damen und Herren, können wir uns auch nacheinander melden und miteinander diskutieren und das taugt mir. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Das hat

auch die Diskussion im Parlament immer ausgezeichnet. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, zwei Punkte. Erster Punkt: Wenn die Kollegin Cernic hier herausgeht und uns die Landeshaftungen für die Hypo vorwirft, uns den Freiheitlichen, sei ihr ausgerichtet und in den Protokollen des Kärntner Landtages nachzulesen, wie auch in den Regierungssitzungsprotokollen der Kärntner Landesregierung, dass die Grundlage für die Landeshaftungen für die Hypo in den 90er-Jahren durch SPÖ und ÖVP geschaffen wurden, geschätzte Damen und Herren. Erster Punkt. Zweiter Punkt: Wenn wir von der Kollegin Cernic von der SPÖ als Freiheitliche die Landeshaftungen der Hypo oder zur Hypo vorgehalten bekommen, sei ihr mit auf den Weg gegeben, auch wenn sie es vorhin bei, zugegeben, einem Zwischenruf von mir nicht so wahrnehmen wollte und ihn gleich einmal als falsch dargestellt hat, aber auch das ist wahr, dann nachzulesen, geschätzte Kollegin, ihr Klubobmann Rohr war einer der letzten Vertreter der SPÖ, der die höchsten Haftungen, die die Hypo bis dato dem Land entsprechend übergeben hat, mit beschlossen hat und somit ist die Sozialdemokratie beim letzten Haftungsbeschluss zu den Hypo-Haftungen in der Landesregierung mit dabei gewesen, unterstrichen, Rufzeichen, geschätzte Damen und Herren!

Das ist das Eine! Das Zweite: Wenn wir darüber diskutieren, und das soll so sein heute, über Verfassungsrecht in einem alten Gesetz – die Frau Cernic lebt halt lieber in der Vergangenheit – dann bin ich der, der jetzt gerne in die Zukunft schaut. Heute ist im entsprechenden Ausschuss zur Beschlussfassung, und wir haben vorhin darüber gesprochen, des Naturschutzgesetzes oder der Novelle zum Naturschutzgesetz und Ortsbildpflegegesetz ein wesentlicher Satz durch den Vertreter des Verfassungsdienstes des Landes Kärnten geprägt worden. Im Extremfall droht mit den vorliegenden Gesetzesbeschlüssen durch SPÖ, ÖVP und den Grünen der kommenden Wahl eine Anfechtung und eine Aufhebung. Das sollte für sich ausreichend wirken, wenn wir schon über Verfassungswidrigkeiten reden, dass das wohl das nicht der Weisheit letzter Schluss sein wird, den ihr auch noch alle wirklich bis zum letzten Punkt und bis zur letzten Minute dieser heutigen Sitzung verteidigen werdet oder verteidigen könnt. Können tut ihr es natürlich nach außen hin. Tatsache ist aber, wenn sogar

Mag. Darmann

der Verfassungsdienst des Landes Kärnten sagt, im Extremfall – (*Abg. Köchl: Das sagt er ja nicht!*) das hat er heute gesagt, das ist im Protokoll ebenso, auch wenn es ein Resümee-Protokoll ist, nachzulesen, Herr Abgeordneten-Kollege Köchl – dass diese Wahl, die auf uns zukommt, im Extremfall, im worst case aufgrund der 132 Verordnungen, die ins Haus stehen und die allesamt durch Mitbewerber im Wahlkampf angefochten werden können, hier auch entsprechend eine Wahlaufhebung der kommenden Landtagswahl stattfinden wird und Sie werden dies zu verantworten haben! Danke schön!

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Damit ist die Rednerliste abgearbeitet. Ich halte fest, dass über weite Strecken dieser Debatte keine Beschlussfähigkeit gegeben war, auch nicht die einfache Mehrheit an Abgeordneten hier war. Ich verweise auf die Geschäftsordnung, dass auch bei der Debatte Beschlussfähigkeit da sein muss. Ich komme jetzt zur Abstimmung über den Vertagungsantrag nach § 60 Abs. 5. Wer dieser Vertagung zustimmt, bitte um ein Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP, der Grünen gegen die Stimmen der Freiheitlichen die notwendige einfache Mehrheit. Ich möchte aber noch einmal festhalten, dass damit auch zum siebenten Mal inhaltlich der Auflösungsantrag nicht zur Abstimmung gekommen ist, weil vorher ein Geschäftsordnungsantrag das verhindert hat.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 7:

7. Ldtgs.Zl. 147-9/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Budget, Landeshaushalt und Finanzen betreffend Auflösung des Kärntner Landtages vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode Neuwahlen JETZT

./ mit Gesetzentwurf

Ich bitte den Berichtstatter, den Abgeordneten Leikam, zu berichten!

Berichtstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Hohes Haus! Geschätzte Zuhörer! Dieser Tagesordnungspunkt beschäftigt sich mit der Auflösung des Landtages vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode, erweitert um einen Gesetzesentwurf zur Änderung der Landesverfassung und der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages nämlich, dass die erhöhten Anwesenheitsquoten in Bezug auf die Beschlussfassung der Auflösung des Landtages aufgrund demokratiepolitischer Anforderungen an die Regelungen der Bundesländer anzugleichen sind.

Ich bitte um das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Die Generaldebatte ist eröffnet. Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Die Generaldebatte ist daher geschlossen. Der Berichtstatter hat das Schlusswort!

Berichtstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Ich verzichte auf das Schlusswort und bitte um das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, bitte um ein Handzeichen! Es ist die einfache Mehrheit erforderlich. – Das ist mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP und der Grünen die erforderliche einfache Mehrheit. Ich bitte, zu berichten!

Berichtstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Der Kärntner Landtag möge beschließen:

Artikel I

Der Kärntner Landtag beschließt gemäß Art. 14 Abs. 2 der Kärntner Landesverfassung – K-LVG, LGBl. Nr. 85/1996 idGF. seine Auflösung vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode.

Leikam

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo**
(F):

Die Annahme von Artikel I ist beantragt. Hier ist

Zweidrittelmehrheit erforderlich. Diese ist nicht gegeben, daher ist gemäß der Landtagsgeschäftsordnung so vorzugehen, nachdem auch kein weiterer Antrag vorliegt, dass ich gemäß der Landtagsgeschäftsordnung die Sitzung schließe.

Ende der Sitzung: 15.05 Uhr